

Preussische Gesetzsammlung

Jahrgang

1933

Stück Nr. 1—82
(Nr. 13821—14055)



Biblioteka Jagiellońska



1002366056

L 1941.744

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium.

Berlin

R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W 9, Linkestraße 35.

Berichtigungen.

Jahr- gang	Seite	Zeile		Statt:	Ist zu lesen:	Ist einzufügen oder zu streichen:	Be- richtigung auf Seite
		von oben	von unten				
1933	12	25 26	— —	Betriebsführung in den Fällen der §§ 25, 26	Betriebsprüfung in dem Falle des § 25	—	30
1933	51	4	—	Kapitel VIII	Kapitel VII	—	90
1933	68	24	—	§ 2 Abs. 2	§ 2 Abs. 1	—	90
1933	68	—	21	Bergütungen	Bergünstigungen	—	90
1933	129	4	—	Reichsgesetzbl. I S. 209	Reichs-Min.-Bl. S. 209	—	162
1933	142	—	—	Berichtigungen des Vordrucks f, siehe S. 194			
1933	143	—	4	§ 232	§ 223	—	194
1933	392	—	7	Reichsgesetzbl. S. 261	Gesetzsamml. S. 265	—	399
1933	424	—	20	13. Dezember 1931	13. November 1931	—	500
1933	486	—	10	diesem	diesem	—	500



In einem Teile der Auflage der Preuß. Gesetzsammlung Nr. 32 lautet auf S. 162 die Unterschrift „Der Preußische Minister für Wissenschaft und Arbeit“ statt „Der Preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit“.

408452

III

Herzogs- und Landesbibliothek Bonn

Berlin

K. von Decker's Verlag, Berlin W. 9, Lindenstraße 36.

Zeitliche Übersicht

der in der Preussischen Gesetzsammlung vom Jahre 1933
enthaltenen Gesetze, Verordnungen usw.

Datum des Gesetzes usw.	I n h a l t	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1931				
26. Okt.	Staatsvertrag zwischen dem Freistaate Preußen und dem Freistaate Anhalt über die teilweise Änderung der Landesgrenze und den Austausch von Gebietsteilen zwischen der preussischen Gemeinde Löbejün, Saalkreis, und der anhaltischen Gemeinde Cattau, Kreis Cöthen.	58	13979 Anl.	341—342
1932				
8. Sept.	Polizeiverordnung des Ministers für Handel und Gewerbe, des Ministers des Innern und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten sowie des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, betr. Wänderung der Hafensordnung für den Hafen Hamburg vom 14. März 1930.	1	—	3
21. Okt.	Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Lande Preußen über die Regelung der Beteiligungen an der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse.	17	13849 Anl.	60—61
27. —	Viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, betr. die Einfuhr österreichischen Geflügels.	2	—	6 Ziffer 2
5. Nov.	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesitz.	1	—	3 Nr. 1
8. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Halberstadt für die Erweiterung des städtischen Friedhofs.	1	—	3 Nr. 2
10. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zur Landschaftsordnung der Pommerschen Landschaft.	1	—	3 Nr. 3
22. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Landschaftsordnung der Pommerschen Landschaft.	1	—	4 Nr. 4
22. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesitz.	1	—	4 Nr. 5
23. —	Ergänzungsverordnung zur Robbenschutzverordnung vom 15. Mai 1929.	10	—	30 Ziffer 1
30. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Landschaftsordnung der Pommerschen Landschaft.	3	—	8
30. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Landschaftsordnung der Pommerschen Landschaft.	4	—	10 Nr. 1
30. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesitz.	4	—	10 Nr. 2

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1932				
30. Nov.	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zu den reglementarischen Bestimmungen bei dem Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Kreditinstitute.	4	—	10 Nr. 3
30. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung der Satzung der Central-Landschaftsbank.	31	—	156 Nr. 1
12. Dez.	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Schlesiſchen Landschaft.	1	—	4 Nr. 6
12. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verlängerung der Wirksamkeit des Beschlusses des 28. Generallandtags der Schlesiſchen Landschaft über die Ermächtigung der Schlesiſchen Generallandschaftsdirektion, mit Zustimmung des Engeren Ausschusses Satzungsanträge für die Schlesiſche Landschaft und die Schlesiſche Landschaftliche Bank zu beschließen.	1	—	4 Nr. 7
14. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zu den Neuen Satzungen der Landschaft der Provinz Sachsen.	4	—	10 Nr. 4
19. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Satzung der Schleswig-Holsteinischen Landschaft.	7	—	24 Nr. 1
23. —	Verordnung über Vereinfachungen bei der Zusendung von Gewerbesteuerbescheiden im Besteuerungsverfahren.	2	—	6 Ziffer 1
23. —	Polizeiverordnung des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Kommissar des Reichs, und des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Kommissar des Reichs, über das Naturschutzgebiet Langenbergteich bei Sande im Kreise Paderborn.	26	—	107
27. —	Verordnung über Verleihung des Ausbaurechts an die Stadt Insterburg zum Ausbau der Angerapp und ihrer Ufer.	3	13824	7
29. —	Verordnung über das Kostenwesen im Verfahren über den Antrag auf Aufhebung der Hinausschiebung der Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden.	1	13822	2—3
29. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zu den Verordnungen, betr. das Ritterschaftliche Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg.	7	—	24 Nr. 2
29. —	Beschluß des Preußischen Staatsministeriums über die Errichtung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes unter Festsetzung der Satzung des Verbandes.	55	—	318 Ziffer 4
30. —	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen bei den Landwirtschaftskammern.	1	13821	1—2
31. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung der von der Pommerſchen Generallandschaftsdirektion beschlossenen Änderung des § 298 c der Landschaftsordnung.	14	—	39 Nr. 1
31. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Satzung der Neuen Pommerſchen Landschaft für den Kleingrundbesitz.	14	—	39 Nr. 2

Datum des Gesetzes usw.	I n h a l t	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
5. Jan.	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zu den reglementarischen Bestimmungen des Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Kreditinstituts.	10	—	30 Nr. 1
12. —	Verordnung über die Regelung des Verfahrens bei Stellung von Darlehnsanträgen zur Arbeitsbeschaffung (§ 11 der Durchführungsbestimmungen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung vom 6. Januar 1933).	5	13827	11
14. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Schlawer Kleinbahn-Gesellschaft m. b. H. in Schlawe zum Ausbau der bisher schmalspurigen Kleinbahnstrecke von Schlawe bis Bollnow in Vollspur und zur Verlegung der Bahnstrecke von Schlawe bis Rufferow.	10	—	30 Nr. 2
14. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zu den reglementarischen Bestimmungen des Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Kreditinstituts.	11	—	32
18. —	Verordnung zur Abänderung und Ergänzung der Ersten Sparverordnung vom 12. September 1931.	2	13823	5—6
18. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung der von der Pommerischen Generallandschaftsdirektion beschlossenen Änderung des § 314 der Landschaftsordnung.	14	—	39 Nr. 3
18. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Satzung der Neuen Pommerischen Landschaft für den Kleingrundbesitz.	14	—	39 Nr. 4
19. —	Beschluß des Preußischen Staatsministeriums über die Änderung des § 16 der Satzung des Sparfassen-Giroverbandes Schleswig-Holstein.	44	—	234 Ziffer 2
21. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Königsmusterhauzen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahn-Gesellschaft, A.-G. in Berlin, für den Bau und Betrieb eines Verbindungsgleises an die Neukölln-Mittenwalder Eisenbahn bei Mittenwalde und eines Gleishogens zur Vermeidung der Spitzkehre bei Gallun.	14	—	39 Nr. 5
23. —	Verordnung zur Verbilligung der Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin.	3	13825	7—8
25. —	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Aufwertung von Erbpachtzinsen (Kanon), Grundmieten, Erbleihen und ähnlichen Ansprüchen vom 28. Dezember 1927.	4	13826	9
25. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Ergänzung der Genehmigungsurkunde für die Stendal-Langermünder Eisenbahn-Gesellschaft.	26	—	107 Nr. 1
26. —	Beschluß des Preußischen Staatsministeriums über die Errichtung der „Niedersächsischen Landesbank-Girozentrale“ in Hannover unter Festsetzung der Satzung der Bank und unter gleichzeitiger Auflösung der „Landesbank der Provinz Hannover“ sowie der „Girozentrale Hannover“.	31	—	156

Datum des Gesetzes u/ro.	I n h a l t	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
28. Jan.	Zweite Verordnung über die Durchführung der Gemeindefinanzverordnung vom 2. November 1932.	5	13828	12—19
31. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Spenge für den Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen der Kreisstraße Enger-Spenge und der Kreisstraße Bielefeld-Spenge-Hückerkruz-Bünde.	18	—	66 Nr. 1
4. Febr.	Verordnung zur Abänderung der Zweiten Preußischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931.	6	13829	21
4. —	Verordnung über die Auflösung der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände.	6	13830	21—22
4. —	Verordnung über die Festsetzung des Wahltags für die kommunalen Neuwahlen.	6	13831	22
6. —	Verordnung zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933.	7	13832	23—24
6. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Neufreudental für den Ausbau des Landwegs von Neufreudental nach Soltmahnen zur Kiesstraße.	18	—	66 Nr. 2
6. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Bestätigung von Änderungen der Satzung der Stadtchaft der Provinz Brandenburg.	23	—	92 Nr. 1
7. —	Verordnung zur Änderung des Landeswahlgesetzes.	8	13833	25
8. —	Verordnung über die Neuwahl des Preußischen Landtags.	8	13834	25
8. —	Verordnung über die Auflösung der Amtsvertretungen der Ämter im Landkreis Wehlar.	10	—	30 Ziffer 2
8. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung des vierten Nachtrags zur Satzung des Bremenschen ritterschaftlichen Kreditvereins.	18	—	66 Nr. 3
8. —	Bekanntmachung des Preußischen Ministers des Innern, betr. die Deutsche Arzneytage 1933.	23	—	92 Ziffer 2
9. —	Verordnung über die Auslegung der Wählerverzeichnisse für die Wahl des Preußischen Landtags.	9	13835	27
9. —	Verordnung über Stimmabgabe im Reiseverkehr bei der Wahl des Preußischen Landtags am 5. März 1933.	9	13836	27—28
14. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Niedrich für den Ausbau von Weinbergswegen in der Gemarkung Niedrich.	18	—	66 Nr. 4
14. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Winkel für den Ausbau von drei Weinbergswegen in der Feldlage „Im Hellersberg“ in der Gemarkung Winkel.	18	—	66 Nr. 5
14. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung der Ergänzung des § 181 Abs. 3 der Landschaftsordnung der Pommerschen Landschaft.	28	—	112
16. —	Verordnung über Bildung einer zweiten Kammer bei dem Landesarbeitsgerichte Königsberg (Pr.).	10	13837	29

Datum des Gesetzes vfn.	I n h a l t	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
16. Febr.	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Aktiengesellschaft Chemische Fabriken in Berlin für den Bau einer 15 000 Volt-Leitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen den Werken Coswig und Reinsdorf.	23	—	92 Nr. 2
17. —	Verordnung über das Verbot des Ausschankes von Branntwein und des Kleinhandels mit Trinkbranntwein für Sonnabend, den 4., Sonntag, den 5., Sonnabend, den 11., und Sonntag, den 12. März 1933.	10	13838	29
18. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung des Fünften Nachtrags zur Ostpreussischen Landschaftsordnung (Ausgabe 1929).	26	—	107 Nr. 2
20. —	Verordnung über die Auflösung des staatlichen Polizeiamts in Ratibor.	11	13840	31
23. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung des von der Schlesischen Generallandschaftsdirektion am 25. Januar 1933 gefaßten Beschlusses über Änderung der Bestimmungen über die landschaftliche Zwangsverwaltung.	24	—	97 Nr. 1
27. —	Gesetz zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Februar 1932.	11	13839	31
2. März	Verordnung, betr. die Ergänzung der Verordnung vom 1. Oktober 1931 zur Regelung der Zuständigkeit der Landes- und Kreispolizeibehörden.	12	13841	33
2. —	Verordnung über die Aufhebung der Verordnung des Preussischen Staatsministeriums über das öffentliche Flaggen.	13	13842	35
2. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Schippenbeil für die Erhaltung des sogenannten Wollberges.	24	—	97 Nr. 2
3. —	Polizeiverordnung zur Änderung von Polizeiverordnungen.	14	13845	38
4. —	Verordnung zum Schutze der Felder und Gärten gegen fremde Tauben.	18	13852	64—65
6. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Brachwitz für die Anlagen zur Versorgung der Gemeinde mit Trinkwasser einschl. der Zufahrtswege und der erforderlichen Rohrleitungen.	24	—	97 Nr. 3
8. —	Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen.	18	13850	63
9. —	Verordnung zur Abänderung der Verordnung zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 in den dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Behörden und Anstalten vom 3. Juli 1925.	18	13851	63—64

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
9. März	Verordnung über die Bestimmung der Central-Landschaftsbank für die Preussischen Staaten in Berlin für die Hinterlegung von Wertpapieren in den Fällen der §§ 1082, 1392, 1667, 1814, 1818, 2116 des BGB. als Hinterlegungsstelle.	23	—	92 Biffer 1
10. —	Verordnung über die Einberufung des Landtags.	14	13843	37
10. —	Verordnung über anderweite Anwendung der Vorschriften der Landeswahlordnung bei der Feststellung und Berufung der am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten zum Preussischen Landtage.	14	13844	37—38
10. —	Verordnung über die Einrichtung zentraler Vormerkungsstellen für Versorgungsanwärter für Stellen im Gemeindedienst.	15	13848	49—50
10. —	Tier- und Pflanzenschutzverordnung.	20	13854	71—78
10. —	Polizeiverordnung über die Aufhebung der Schmuckkreisverordnung vom 20. Oktober 1928.	20	13855	78
13. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Preussische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Berlin für den Bau einer 60 000 Volt-Einfachleitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen dem Umspannwerke Verka i. S. und dem Kraftwerke bei der Obertalsperre.	26	—	107 Nr. 3
13. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Dellinghofen für den Ausbau der sogen. Pastoratsgasse.	31	—	156 Nr. 2
14. —	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli/4. August 1932.	15	13846	41
17. —	Verordnung zur Regelung einiger Punkte des Gemeindeverfassungs-, Verwaltungs- und Abgabenrechts sowie zur Änderung und Ergänzung der Ersten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung.	16	13847	43—49
18. —	Verordnung zur Durchführung dringender Finanzmaßnahmen.	17	13849	51—61
22. —	Verordnung zur Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung.	19	13853	67—69
24. —	Bekanntmachung des Preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Änderungen der Satzung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz.	36	—	193
29. —	Verordnung über das Verfahren vor dem Provinzialrate (Landeskulturabteilung) und dem Oberverwaltungsgerichte (Landeskultursenat) und über Änderung von Landeskulturgesetzen.	21	13856	79—82
29. —	Verordnung über die Festsetzung der Zahl der von den Provinzen usw. in den Staatsrat zu entsendenden Vertreter.	21	13857	82
29. —	Neunte Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.	22	13859	90
29. —	Neunte Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landwirtschaftlicher (ritterchaftlicher) Kreditanstalten.	23	13861	91—92

Datum des Gesetzes u. v.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
29. März	Vereinbarung, betr. die Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Lande Preußen und dem Lande Thüringen über die Durchführung der Grundstückszusammenlegungen, Gemeinheitsteilungen und Ablösungen im Lande Thüringen durch die preußischen Landeskulturbehörden vom 5. Dezember 1925.	44	13929	232—233
28. April			Anl.	
30. März	Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932	22	13858	83—89
30. —	Verordnung über die Neuwahl von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen.	23	13860	91
30. —	Verordnung zur Regelung des im § 45 der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vorgesehenen Verteilungsverfahrens (Verteilungsverordnung).	26	13867	101—105
30. —	Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchführung des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930.	26	13868	106
1. April	Bekanntmachung des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Änderungen der Satzung der Landwirtschaftskammer in Kassel.	33	—	164
4. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Schlesischen Landschaft über die Zwangsverwaltung.	36	—	194 Nr. 1
6. —	Gesetz zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung.	24	13862	93—95
6. —	Gesetz über die Beendigung der Amtszeit ehrenamtlicher Beamter von Gemeinden und Gemeindeverbänden, über die Bestätigung von Gemeindebeamten und über Wahlen in den Hohenzollerischen Ländern.	24	13863	95—96
6. —	Gesetz zur Ausführung des Gleichhaltungsgesetzes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 31. März 1933.	24	13864	96
6. —	Gesetz über die Erklärung der Rechtsunwirksamkeit von Wahlen zur Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk.	24	13865	97
7. —	Gesetz zur dritten Änderung des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Aflerwegen im Interesse der Volksgeundheit vom 29. Juli 1922.	25	13866	99
7. —	Verordnung zur Übertragung des Rechtes zum Ausbau der Ems oberhalb von Schöneflieth.	27	13869	109
8. —	Bekanntmachung des Preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Kommissar des Reichs) über Änderungen der Satzung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen.	41	—	224
12. —	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933.	27	13870	109

Datum des Gesetzes vfr.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
15. April	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigungsurkunde der Köln=Bonner Eisenbahnen.	39	—	208 Nr. 1
18. —	Polizeiverordnung über das Leichenwesen.	31	13883	149–153
18. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse.	36	—	194 Nr. 2
18. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Bitterfeld für den Ausbau der Kreisstraße Bitterfeld-Düben.	36	—	194 Nr. 3
20. —	Polizeiverordnung für Kleinbahnen (nebenbahnähnliche Kleinbahnen und Straßenbahnen) mit Maschinenbetrieb. — B. V. R. —	32	13890	158–162
20. —	Verordnung über die Vereinfachung der Darlehnsaufnahme für Arbeiten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramme von 1932.	33	13891	163
22. —	Erlaß über Beamtenernennungen in Preußen.	28	13871	111
22. —	Erlaß über die Ausübung des Gnadenrechts in Preußen.	28	13872	111
22. —	Verordnung über die Regelung der Polizeistunde für Eisdielen, Trinkhallen und Getränkewagen.	28	13873	111–112
22. —	Polizeiverordnung über das Meldewesen.	30	13882	129–147
24. —	Erster Nachtrag zur Gebührenordnung der Überwachungs- ausschüsse für die Genehmigung zur Kennzeichnung von Eiern und für die Überwachung der Kennzeichnungs- berechtigten vom 1. Juli 1932.	31	13884	153
24. —	Erste Ausführungsvorschrift zum Reichsgesetz zur Wieder- herstellung des Berufsbeamtentums.	32	13889	157
24. —	Beschluß des Preußischen Staatsministeriums über die Er- richtung des „Westfälischen Sparkassen- und Giro- verbandes“ unter Festsetzung der Satzung des Verbandes.	44	—	234 Ziffer 3
25. —	Erlaß über Ausfertigung und Verkündung der Landes- gesetze, Beamtenernennungen und die Ausübung des Gnadenrechts in Preußen.	29	13874	113
26. —	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 und des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1933.	29	13875	113–117
26. —	Gesetz über Anleiheermächtigungen.	29	13876	118–122
26. —	Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizei-amts.	29	13877	122–123
26. —	Gesetz über die Gleichhaltung der Rechtsverhältnisse der Staatsminister mit den Rechtsverhältnissen der Reichs- minister (Staatsministergesetz).	29	13878	123–124
26. —	Gesetz zur Umgestaltung des Gerichtswesens in Berlin.	29	13879	125–126
26. —	Zweite Ausführungsverordnung zur Verordnung des Reichs- präsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933.	29	13880	126–127

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
26. April	Verordnung, betr. die Ergänzung der Verordnungen vom 1. Oktober 1931 und 2. März 1933 zur Regelung der Zuständigkeit der Landes- und Kreispolizeibehörden.	29	13881	127
26. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichswehrfiskus) für militärische Zwecke in den Landkreisen Pr. Holland, Heiligenbeil, Wehlau und Labiau.	33	—	164
27. —	Verordnung zur Ergänzung der Verordnung vom 13. November 1931, betr. neu zu errichtende Schankwirtschaften.	31	13885	154
28. —	Polizeiverordnung über das Schlachten von Tieren.	31	13886	154—155
29. —	Verordnung zur Ergänzung des Gesetzes über die Beendigung der Amtszeit ehrenamtlicher Beamter von Gemeinden und Gemeindeverbänden, über die Bestätigung von Gemeindebeamten und über Wahlen in den Hohenzollerischen Landen vom 6. April 1933.	31	13887	155
29. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Provinz Hannover für den landstraßenmäßigen Ausbau der im Zuge einer geplanten Straße durch das Große Moor von Börden bis Hunteburg belegenen Wegestrecke von Börden über die Siedlung Campemoor.	63	—	369 Nr. 1
1. Mai	Bekanntmachung des Preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten (Kommissar des Reichs) über Änderungen der Satzung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern.	39	—	207 Ziffer 1
2. —	Gesetz, betr. die Wahl der Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und Geschworenen.	32	13888	157
3. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Preussische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Berlin für die Herstellung und den Betrieb einer Kabelverbindung zwischen dem Pumpspeicherwerke Waldeck in Hemfurth und dem Kraftwerke Hemfurth I.	36	—	194 Nr. 4
6. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Schmitsch für den Ausbau eines in dem nordwestlichen Teile der Ortslage zwischen dem Wiesenweg und der Plischnitzer Straße verlaufenden Feldwegs.	36	—	194 Nr. 5
8. —	Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz und zum Schutzpolizeibeamtengesetz.	55	—	318 Ziffer 1
8. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Husum-Eiderstedt für den Ausbau des Dammes Festland-Nordstrand.	36	—	194 Nr. 6
8. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Landkreis Saarbürg für den Ausbau der Obermoselstraße in der Gemarkung Wehr.	44	—	235 Nr. 1

Datum des Gesetzes u/ro.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
10. Mai	Eine von dem Minister des Innern erlassene Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die staatliche Prüfung ausländischen Rotlaufferrams.	39	—	208 Ziffer 2
11. —	Verordnung zum Reichsgesetz über die Durchführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933 vom 12. April 1933.	33	13892	163–164
15. —	Bäuerliches Erbhofrecht.	34	13893	165–183
15. —	Dritte Ausführungsverordnung zur Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933.	35	13899	191
18. —	Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaffungsgesetzes vom 28. Juni 1902 und des Polizeistrafengesetzes vom 2. August 1929.	35	13894	185
18. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Ratibor für die Sicherung der Grundwasserversorgung der Stadt Ratibor.	39	—	208 Nr. 2
18. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung des ersten Nachtrags zur Satzung der Central-Landschaft für die Preußischen Staaten.	44	—	235 Nr. 2
19. —	Gesetz zur Änderung des Polizeibeamtengesetzes vom 31. Juli 1927.	35	13895	186
20. —	Verordnung zur Ergänzung der Verordnung vom 22. April 1933 über die Regelung der Polizeistunde für Eisdielen, Trinkhallen und Getränkewagen.	35	13900	191
22. —	Zehnte Verordnung über die Voderung der Wohnungszwangswirtschaft.	36	13902	193
23. —	Gesetz über die Änderung stempelsteuerrechtlicher Bestimmungen.	35	13896	186–189
23. —	Rechtsmittelverordnung für die Stempelsteuer.	35	13901	192
24. —	Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der Provinziallandtage auf die Provinzialausschüsse.	35	13897	189–190
24. —	Gesetz über die Verlegung des Amtsgerichts Wehlers.	35	13898	190
25. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Genehmigung des am 27. April 1933 beschlossenen Nachtrags zur Satzung der Schlesiichen Landschaft.	44	—	235 Nr. 3
27. —	Verordnung über die Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern in Schankstätten.	41	13916	213–214
28. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen für den Bau einer bei Lobach im Stadtkreis Kemscheid von ihrer bestehenden Gasfernleitung abzweigenden Gasfernleitung zum Gaswerk in Südeswagen sowie für den Bau von Anschlußleitungen zu den Mannesmannröhren-Werken Kemscheid, der Feilenfabrik Prehermühle, der Firma Robert Weber, Wermelskirchen, der Firma Gebr. Wilms, Wermelskirchen, der Firma Brotfabrik Bergisch-Born.	44	—	235 Nr. 4

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
29. Mai	Gesetz über die Ergänzung des Gesetzes zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung vom 6. April 1933.	37	13903	195
30. —	Verordnung zur Regelung des Milchpreises.	41	13917	214
31. —	Gesetz über die Wahl der Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und Geschworenen.	37	13904	195–196
31. —	Gesetz über die Einsetzung eines Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin.	37	13905	196–197
31. —	Gesetz zur Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931.	37	13906	197–198
31. —	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens.	39	13910	207
31. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Ziegenhain für die Sicherstellung der Wasserversorgung der Stadt.	45	—	240 Nr. 1
1. Juni	Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Land.	37	13907	198
1. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Kirchspiel Schöppingen für den chausseemäßigen Ausbau der Reststrecke der Straße Schöppingen—Darfeld.	41	—	215 Nr. 1
1. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Kirchspiel Haltern für den chausseemäßigen Ausbau der Verbindungsstraße Flaesheim—Westrup—Sythen.	41	—	215 Nr. 2
1. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Lübbecke für den Ausbau der Umgehungsstraße Ost—West zwischen Mindener- und Bahnhofstraße (Fernverkehrsstraße 65) in Lübbecke.	44	—	235 Nr. 5
1. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Ruhrtalperenverein in Essen für die aus Anlaß des Baues der neuen Verjetalsperre im Kreise Altena erforderliche Verlegung der Kreisstraße im Verjetal.	44	—	235 Nr. 6
1. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Landkreis Saarburg für den Ausbau der Obermoselstraße in den Gemarkungen Helfant und Winheringen.	44	—	235 Nr. 7
2. —	Polizeiverordnung über die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung von Mitteln oder Verfahren, die zur Verhütung, Vinderung oder Heilung von Menschen- oder Tierkrankheiten bestimmt sind.	41	13918	215
2. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas Aktiengesellschaft in Essen für den Bau einer bei Genend (Kreis Mörs) von der bestehenden Gasfernleitung von Dintorf nach Mörs abzweigenden Gasfernleitung zur Zeche Rheinland in Repelen.	45	—	240 Nr. 2

Datum des Gesetzes u. s. w.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
7. Juni	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stromversorgung= Aktiengesellschaft Oldenburg= Ostfriesland in Oldenburg i. D. für den Bau und Betrieb je einer 20 000 Volt-Leitung von Nesse über Ostermarsch Norddeich nach Westermarsch und von Verumersehn nach Nesse.	47	—	246 Nr. 1
7. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Bersenbrück für den Straßendurchbruch im Flecken Börden.	63	—	369 Nr. 2
9. —	Gebührenordnung des Preußischen Ministers des Innern für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau einschließlich der Trichinenschau bei Schlachtungen außerhalb der Gemeinden mit Schlachthauszwang (G. D.).	44	—	234 Ziffer 1
12. —	Gesetz über die Zulassung als Verwaltungsrechtsrat.	40	13911	209—210
12. —	Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung) vom 2. November 1932 in Fassung der Verordnung vom 17. März 1933.	40	13912	210
12. —	Gesetz über die Neubildung der preußischen Steuerauslässe.	40	13913	211
12. —	Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole.	40	13914	211 212
13. —	Bekanntmachung der Vereinbarung vom 29. März/28. April 1933, betr. die Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Lande Preußen und dem Lande Thüringen über die Durchführung der Grundstückszusammenlegungen, Gemeinheitsteilungen und Ablösungen im Lande Thüringen durch die preußischen Landeskulturbehörden vom 5. Dezember 1925.	44	13929	232—233
14. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Amt Jbbenbüren für die Wasserversorgung des Amtes Jbbenbüren.	44	—	235 Nr. 8
15. —	Gesetz über die Beendigung der Amtszeit der Schiedsmänner.	41	13915	213
15. —	Zweite Ausführungsvorschrift zum Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.	38	13908	199—201
15. —	Dritte Ausführungsvorschrift zum Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.	38	13909	202—206
15. —	Erlaß des Preußischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Tworog für die Anlegung eines öffentlichen Weges.	47	—	246 Nr. 2
16. —	Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Grenzmark Posen= Westpreußen.	44	13927	231
16. —	Sondergebührenordnung des Preußischen Ministers des Innern für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau einschl. der Trichinenschau bei Schlachtungen in der Provinz Hessen= Nassau außerhalb der Gemeinden mit Schlachthauszwang.	44	—	235 Ziffer 4
17. —	Polizeiverordnung über die Verwendung von brennbaren Flüssigkeiten zu Koch- und Heizzwecken.	44	13928	232

Datum des Gesetzes usw.	I n h a l t	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
19. Juni	Beschluß des Preussischen Staatsministeriums über die Änderung der Satzung der Landeskreditkasse zu Kassel.	66	—	378
19. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Halleische Pfännerschaft Abteilung der Mansfeld N.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Halle a. S. für die Fortführung des Braunkohlenbergwerkes Friedrich-Ernst bei Senftenberg N.-L. für Abraumzwecke.	45	—	240 Nr. 3
20. —	Bekanntmachung des Preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Änderung der Satzung der Landwirtschaftskammer Niederschlesien in Breslau.	52	—	292 Ziffer 2
20. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Änderung der Genehmigungsurkunde der Zschopau-Finsterwalder Eisenbahngesellschaft vom 16. Dezember 1885.	71	—	402 Nr. 1
21. —	Verordnung über die Auflösung der preussischen Landwirtschaftskammern.	41	13922	224
21. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Landelektrizität G. m. b. H. Überlandwerk Saalkreis Bitterfeld zu Halle in Halle a. S. für den Bau einer 15 000 Volt-Leitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen Hohenlubast, Gräfenhainichen und Gröbern.	47	—	246 Nr. 3
22. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Gebührenordnung der Schlesi- schen Landschaft.	51	—	288
22. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs-N.-G. Thüringenwerk in Weimar für den Bau einer 100 000 Volt-Leitung zwischen Jena und Breitung, Kr. Herrschaft Schmalkalden, und einer 50 000 Volt-Leitung zwischen Gotha und Breitung.	56	—	320 Nr. 1
22. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichswehrfiskus) für den Bau militärischer Anlagen in den Kreisen Schlawa i. P., Stolp, Köslin, Neustettin, Schlochau, Deutsch Krone, Nezekreis, Arnswalde und Friedeberg Nm.	56	—	320 Nr. 2
23. —	Gesetz über die Befähigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände.	42	13919	217—221
23. —	Gesetz über die Neugliederung von Gerichtsbezirken im Bereich der Oberlandesgerichte Frankfurt a. M., Hamm und Köln.	42	13920	221—222
23. —	Gesetz, betr. die Einziehung der Renten der Preussischen Landesrentenbank.	42	13921	222—223
23. —	Bekanntmachung über die Änderung der Satzung der Preussischen Landesrentenbank.	44	13930	234
24. —	Gesetz über die Aufteilung der Stadtgemeinde Gladbach-Rheydt.	43	13923	225—228

Datum des Gesetzes u. s. w.	I n h a l t	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
24. Juni	Bekanntmachung des Preussischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten über Änderung der Satzung der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden.	52	—	292 Ziffer 1
26. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung zur Verlegung des Sitzes der Liegnitz-Rawitscher Eisenbahn-Gesellschaft von Liegnitz nach Berlin.	77	—	424 Nr. 1
28. —	Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Leichenwesen vom 18. April 1933.	45	13932	238
29. —	Gesetz zur Änderung des Haushaltfeststellungsgesetzes 1933.	47	13935	245
29. —	Gesetz zur Ergänzung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926.	49	13941	251
29. —	Vierte Ausführungsvorschrift zum Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.	49	13949	264–265
30. —	Gesetz über die Gestütverwaltung.	44	13924	229
1. Juli	Beschluß über die Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze.	45	13933	239
4. —	Gesetz über eine Ergänzung des Gesetzes, betr. Einführung einer Altersgrenze.	44	13925	230
4. —	Gesetz zur Sicherung der Verwaltung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk.	44	13926	230–231
5. —	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausdehnung der Pächterschutzordnung auf Jagdpachtverträge vom 18. August 1927 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 1927.	45	13931	237–238
6. —	Polizeiverordnung über das Schlachten von Tieren.	50	13956	272
7. —	Gesetz zur Änderung des Behördenaufbaues in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.	51	13957	273
8. —	Gesetz über den Staatsrat.	46	13934	241–243
8. —	Verordnung über die Ausführung des Pächterschutzgesetzes vom 23. Juni 1933.	47	13936	245–246
10. —	Durchführungsverordnung zu § 14 des Gesetzes über den Staatsrat vom 8. Juli 1933.	49	13950	265
12. —	Gesetz über die Zulässigkeit des Verwaltungszwangsverfahrens und über sonstige finanzielle Zwangsbefugnisse.	49	13942	252–254
13. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung einer Änderung der Satzung des Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'schen ritterchaftlichen Kreditvereins.	56	—	320 Nr. 3
15. —	Erste Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts.	48	13937	247

Datum des Gesetzes u. s. w.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
15. Juli	Zweite Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts.	48	13938	247-248
15. —	Dritte Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts.	48	13939	248-249
15. —	Verordnung über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das einer Schlachthausgemeinde aus einer Schlachtung außerhalb des Gemeindebezirkes zugeführt wird.	50	13955	270-271
15. —	Verordnung zur Übertragung des Rechtes zum Ausbau der Fesche unterhalb von Salzwedel an die Stadtgemeinde Salzwedel.	52	13962	290
15. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Berlin für den Bau eines Entwässerungsgrabens von der Panke zum Tegeler See.	63	—	369 Nr. 3
16. —	Beschluß des Staatsministeriums über die Herabsetzung übermäßig hoher Dienst- oder Versorgungsbezüge bei Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten subventionierter Unternehmungen.	48	13940	249-250
17. —	Gesetz über den Provinzialrat.	49	13943	254-257
17. —	Gesetz über die Übertragung von Zuständigkeiten der Provinzial-(Kommunal-)landtage, der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und der Kreistage auf die Provinzial-(Landes-)ausschüsse, den Verbandsausschuß und die Kreisausschüsse.	49	13944	257-258
17. —	Gesetz über die Landesregierung.	49	13945	258-259
17. —	Weiteres Gesetz über eine Ergänzung des Gesetzes, betr. Einführung einer Altersgrenze.	49	13946	259
17. —	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung.	49	13947	259-260
17. —	Gesetz über die Wiederherstellung aufgelöster Landkreise.	49	13948	260-264
17. —	Verordnung über Bestätigung von Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände.	49	13951	265-266
17. —	Erlaß über Beamtenernennungen.	49	13952	266-267
17. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Restkreis Merzig-Wadern für den Ausbau der Provinzialstraße Nunkirchen-Wadern innerhalb der Gemarkung Nunkirchen.	56	—	320 Nr. 4
20. —	Gesetz über die Veterinärverwaltung.	50	13953	269
21. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung zur Erweiterung des Gesellschaftszweckes der Krefelder Eisenbahn-Gesellschaft.	82	—	503 Nr. 1
22. —	Gesetz zur Wiederherstellung des uneingeschränkten Begnadigungsrechts des Staatshaupts.	50	13954	270

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
25. Juli	Gesetz zur Änderung von Gesetzen über Wasser- und Bodenkultur-Angelegenheiten.	51	13958	274—286
25. —	Verordnung über Bildung von Kammern bei dem Arbeitsgericht Berlin.	51	13960	287—288
26. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die „Eintracht“, Braunkohlenwerke und Brikkettfabriken in Welzow N.-L., für den Weiterbetrieb des Braunkohlenwerkes Werminghoff.	61	—	357 Nr. 1
27. —	Verordnung zur Durchführung des § 41a der Gewerbesteuerverordnung (Warenhauszweigstellensteuer).	52	13963	290—291
27. —	Anordnung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit, des Finanzministers, des Ministers des Innern und des Justizministers über die Bestimmung der Niedersächsischen Landesbank — Girozentrale — in Hannover als Hinterlegungsstelle gemäß Artikel 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.	55	—	318 Ziffer 3
28. —	Gesetz über die Auflösung der Tierärztekammern.	51	13959	286—287
31. —	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsrat und des Gesetzes über den Provinzialrat.	52	13961	289
1. Aug.	Preussisches Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht.	53	13965	293—310
1. —	Ausführungsverordnung zum Preussischen Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht vom 1. August 1933.	60	—	354
1. —	Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 14. Juli 1933.	52	13964	292
1. —	Verordnung zur Ergänzung der Zweiten Verordnung über die Durchführung der Gemeindefinanzverordnung vom 28. Januar 1933.	55	13967	313
4. —	Verordnung über Änderungen der Regelung des Verkehrs mit Raupenkraftfahrzeugen.	55	—	318 Ziffer 2
4. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung des Sechsten Nachtrags zur Ostpreussischen Landschaftsordnung (Ausgabe 1929).	65	—	374 Nr. 1
15. —	Verordnung über die Bildung gemeinschaftlicher Anerbengerichte.	55	13968	314
15. —	Verordnung über das Kostenwesen im Verfahren zur Regelung der Auszahlung gekündigter Geschäftsguthaben bei gemeinnützigen Baugenossenschaften.	55	13969	314—316
16. —	Durchführungsverordnung zu dem Gesetze zur Beseitigung der Mißstände im Versteigerergewerbe vom 7. August 1933.	55	13970	316
16. —	Bekanntmachung, betr. die Auflassung in Preußen belegener Grundstücke vor Amtsgerichten und Notaren anderer Länder.	55	13973	317—318
18. —	Polizeiverordnung über das Singen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes.	55	13971	317

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
19. Aug.	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Aktiengesellschaft Obere Saale in Weimar für die Herstellung eines Vorbedens der Saalealsperre am Kleinen Bleiloch.	65	—	374 Nr. 2
21. —	Polizeiverordnung zur Ergänzung der Polizeiverordnung vom 17. Juni 1933 über die Verwendung von brennbaren Flüssigkeiten zu Koch- und Heizwecken.	59	13986	350
21. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Wolf für den Ausbau eines Weinbergswegs.	61	—	357 Nr. 2
23. —	Verordnung, betr. die Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden in den vormals waldeckischen Kreisen.	55	13972	317
24. —	Ausführungsverordnung zum Bäuerlichen Erbhofrecht.	57	13975	321—332
25. —	Verordnung über die Ausführung des Gesetzes über Pächterschutz vom 22. April 1933.	58	13980	343
25. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Celle für die Anlegung eines Flughafens in den Gemarkungen Celle und Westercelle.	82	—	503 Nr. 2
27. —	Gesetz zur Durchführung des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Befreiung des Reichspräsidenten von Hindenburg von Reichs- und Landessteuern für das Rittergut Neudorf vom 27. August 1933.	54	13966	311
29. —	Gesetz über die Wiedereinrichtung aufgehobener Amtsgerichte und die Schaffung von Zweigstellen der Amtsgerichte.	56	13974	319—320
30. —	Verfahrensordnung zum Bäuerlichen Erbhofrecht.	57	13976	333—338
30. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Spielvereinigung 04 Thale e. V. in Thale (Harz) für Zugänglichmachung und Erweiterung ihres Sportplatzes in Thale.	63	—	369 Nr. 4
2. Sept.	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Weißenfels für Begradigung der Chaussee von Weißenfels nach Leipzig zwischen km 1,6 und 1,8.	63	—	370 Nr. 5
7. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung des Nachtrags zur Satzung der Schlesischen Landschaft: Unterverteilung von Hypotheken im Siedlungsverfahren.	63	—	370 Nr. 6
7. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung des Nachtrags zu den reglementarischen Bestimmungen bei dem Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Kreditinstitute.	65	—	374 Nr. 3
8. —	Gesetz über die Eingliederung einiger Parzellen der Landgemeinde Altenberg des Landkreises Königsberg i. Pr. in den Stadtkreis und die Stadtgemeinde Königsberg i. Pr.	58	13977	339—340
8. —	Gesetz über eine Änderung des preussischen Staatsgebiets.	58	13978	340—342
8. —	Gesetz über die Eingliederung von zwei Parzellen der Landgemeinde Gießmannsdorf, Kreis Bunzlau, in die Landgemeinde Klein Neundorf, Kreis Löwenberg.	58	13979	342

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
8. Sept.	Gesetz über die Neuregelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Pferde-Kennwesens.	59	13981	345
8. —	Gesetz über die Eingliederung einiger Parzellen der Landgemeinde Neu Mertinsdorf, Kreis Allenstein, in die Landgemeinde Raschum im Kreise Rößel.	59	13982	346
11. —	Zweite Ausführungsverordnung zum Bäuerlichen Erbhofrecht.	59	13984	347
11. —	Polizeiverordnung über das Schlachten von Tieren.	66	14010	377
12. —	Verordnung, betr. den Oberpräsidenten und Provinzialrat (Landeskulturabteilung) der Provinz Oberschlesien.	59	13983	346
13. —	Gesetz zur Aufrechterhaltung des Landgerichts Arnberg.	60	13987	351
14. —	Verordnung zur Überleitung gerichtlicher Geschäfte im Bereich der Oberlandesgerichte Frankfurt a. M., Hamm und Köln.	60	13990	353
14. —	Verordnung über die Eingliederung der wiedereingerichteten Amtsgerichte in die Bezirke der Arbeitsgerichte.	60	13991	354
15. —	Gesetz zur Änderung des Artikels 10 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung.	60	13988	352
15. —	Gesetz über die Eingliederung einer Anzahl Parzellen der Landgemeinde Kattun, Kreis Deutsch Krone, in die Landgemeinde Stöwen des Regekreises.	60	13989	352-353
15. —	Verordnung zur Festsetzung und Änderung amtsgerichtlicher Bezirksgrenzen.	59	13985	347-350
20. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Neustadt (Oberschlesien) für den Bau einer Chaussee vom Bahnhof Langenbrück zum Stauteich an der Bischofsmühle bei Oberlangenbrück.	67	—	380 Nr. 1
22. —	Gesetz zur Änderung des Staatsministergesetzes vom 26. April 1933.	61	13992	355
22. —	Gesetz über eine vorläufige Vereinfachung der Verwaltung der Hauptstadt Berlin.	61	13993	356
22. —	Gesetz über die Änderung von Dienstbezügen im Bereich der Bereitschaftspolizei.	61	13994	357
22. —	Verordnung zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Herkunftszuweisung des Hopfens.	62	13995	359-363
22. —	Verordnung zur Abänderung der Satzung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) vom 18. März 1930.	63	14000	368
25. —	Verfügung des Justizministers über die Aufhebung des Ortsgerichts Sayn-Mühlhofen.	62	13996	364
25. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen (Ruhr) für die Verlegung einer Gasfernleitung von der Zeche Minister Stein in Dortmund-Eving zur Zeche Hanja in Dortmund-Huckarde.	67	—	380 Nr. 2

Datum des Gesetzes u. s. w.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
28. Sept.	Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Aufhebung der Anordnung vom 4. Dezember 1926, betr. die fleischbeschauliche Beurteilung des Fleisches von EINHUFERN, die mit ansteckender Blutarmut behaftet sind.	67	—	380
28. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Elektrowerke, A.-G. in Berlin, für den Bau dreier 20 000 Volt-Leitungen zur Übertragung elektrischer Energie zwischen Glogau und Bautsch, Glogau und Grabig sowie Glogau und Klein Gräbich.	67	—	380 Nr. 3
29. —	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933.	63	14002	369
30. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas Aktiengesellschaft in Essen für den Bau einer Verbindungsgasfernleitung zwischen den bestehenden Anschlußleitungen zu den Vereinigten Stahlwerken in Hilden und zum städtischen Gaswerk in Hilden nebst einer Abzweigung zur Firma Alexander Coppel in Hilden.	70	—	399 Nr. 1
2. Okt.	Bekanntmachung über das neue preussische Landeswappen.	64	14003	371
4. —	Gesetz zur Angleichung der Schulverwaltung in dem Restgebiete der früheren Provinzen Westpreußen und Posen.	63	13997	365
4. —	Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Staatsaufsichtsrechts.	63	13998	366—367
4. —	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Vertretung vor den Verwaltungsgerichten.	63	13999	367—368
4. —	Verordnung über Zuteilung des früheren waldeckischen Landesteils an den Bezirk des Oberbergamts in Clausthal-Zellerfeld.	63	14001	368—369
5. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Kleinbahn Aktiengesellschaft Gransee-Neuglobsow in Berlin für die Herstellung und den Betrieb einer nebenbahnähnlichen Kleinbahn vom Reichsbahnhof Gransee nach Neuglobsow mit Abzweigung von Schulzendorf nach Lindow.	71	—	402 Nr. 2
5. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Berglicht für den Ausbau der Provinzialstraße Dhron—Thalfang (Dhronalstraße).	77	—	424 Nr. 2
9. —	Verordnung zur Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer.	64	14004	372
10. —	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausdehnung der Pachtordnung auf Jagdpacht- und Fischereipachtverträge vom 5. Juli 1933.	64	14005	372
10. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Datteln für den chaussেমäßigen Ausbau einer bei km 3,2 der Kreisstraße Datteln—Sidingmühle abzweigenden Verbindungsstraße zwischen den Bauernschaften Kloßtern und Bochum.	70	—	399 Nr. 2
10. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Datteln für den chaussেমäßigen Ausbau der Straße Der-Erkenschwick—Alßen.	70	—	399 Nr. 3

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stückes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
11. Okt.	Verordnung des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über eine durch Notenwechsel getroffene Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhle zur Änderung der Grenzen der Diözesen Trier und Limburg.	65	14006	373-374
12. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Stadt Lichtenau für die Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Lichtenau.	77	—	424 Nr. 3
14. —	Beschluß über die Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze.	66	14011	377-378
16. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Westfälische Ferngas-Aktiengesellschaft in Dortmund für den Bau einer Gasfernleitung von der Hardtstraße in Werdohl durch die Amtsbezirke Werdohl und Lüdenscheid des Kreises Altena bis zum Stahlwerk Plate in Brüninghausen.	77	—	425 Nr. 4
18. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Überlandzentrale Helmstedt, A.-G. in Helmstedt, für den Bau einer 50 000 Volt-Leitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen dem Dampfstraßwerke bei Harbke und dem Umspannwerk in Dier.	72	—	406 Nr. 1
19. —	Gesetz über das Freifahrtrecht und den Fortfall der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Preussischen Landtags.	66	14007	375
19. —	Gesetz über die Aufhebung des Ständigen Ausschusses des Preussischen Landtags.	66	14008	376
19. —	Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Ausführung des Gesetzes über Pächterschutz vom 22. April 1933 vom 25. August 1933.	66	14009	376
19. —	Verordnung über die Senkung der Grundsteuer für Neuhausbesitz.	67	14012	379
21. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Genehmigung zur Erweiterung des Zweckes der Wittenberge-Perleberger Eisenbahn.	82	—	503 Nr. 3
24. —	Gesetz über die Änderung der Grenzen des Stadtkreises Magdeburg.	68	14013	381-382
24. —	Gesetz über Abänderung der Staatsschuldenordnung.	68	14014	383
24. —	Gesetz über Neuwahlen zu den Landwirtschaftskammern.	68	14015	384
24. —	Verordnung über veränderte Abgrenzung der Oberbergamtsbezirke.	68	14017	386
24. —	Durchführungsverordnung zu § 14 des Gesetzes über den Provinzialrat vom 17. Juli 1933.	68	14018	387
24. —	Verordnung über die Herabsetzung der Zinssätze im Pfandleihgewerbe.	69	14021	392
24. —	Erste Verordnung zur Änderung des Verzeichnisses der Wasserläufe erster Ordnung.	70	14023	394
25. —	2. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Schlachtvieh- und Fleischschau einschließlich der Trichinenschau bei Schlachtungen außerhalb der Gemeinden mit Schlachthauszwang (G.D.) vom 9. Juni 1933.	74	—	416

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
26. Okt.	Ausführungsgesetz zum Reichserbhofgesetz.	68	14016	384-385
26. —	Gesetz, betr. die Errichtung der Stiftung „Preußenhaus“.	72	14028	403
26. —	Zweiter Nachtrag zur Gebührenordnung der Überwachungsausschüsse für die Genehmigung zur Kennzeichnung von Eiern und für die Überwachung der Kennzeichnungsberechtigten vom 1. Juli 1932 in der Fassung des Ersten Nachtrags vom 24. April 1933.	70	14025	398
26. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Winnekendonk für den Ausbau der Verbandsstraße D II a.	77	—	425 Nr. 5
27. —	Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1933.	69	14019	389-390
28. —	Gesetz über Grenzberichtigungen zwischen Gemeinden des Kreises Grafschaft Schaumburg und des Kreises Neustadt a. Abge.	69	14020	391-392
28. —	Gesetz über die Dienst- und Versorgungsbezüge der Inhaber vereinigter Schul- und Kirchenämter.	70	14022	393
31. —	Beschluß über die Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze.	72	14030	405-406
31. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Neubeckum für den chausseemäßigen Ausbau einer in Verlängerung der Brockstraße herzustellenden Verbindungsstraße zur Straße nach Warendorf.	72	—	406 Nr. 2
31. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gasgesellschaft Aggertal, G. m. b. H. in Gummersbach, für den Bau einer Gasfernleitung von Wiesdorf nach Köln-Ralf nebst einer Anschlußleitung nach Bergisch-Gladbach.	77	—	425 Nr. 6
4. Nov.	Erste Verordnung über Wohnsiedlungsgebiete.	70	14024	394-397
4. —	Erster Nachtrag zur Verordnung über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das einer Schlachthausgemeinde aus einer Schlachtung außerhalb des Gemeindebezirks zugeführt wird.	77	14039	423
11. —	Gesetz über Neuernennung der Besitzer bei Pachteinigungsämtern.	71	14026	401
12. —	Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditinstitute.	71	14027	401-402
15. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Strausberg für die Errichtung einer Rieselfeldanlage nebst Nebeneinrichtungen.	77	—	425 Nr. 7
15. —	Erlaß des Preussischen Staatsministeriums über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Haltern für den chausseemäßigen Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen den Provinzialstraßen Münster—Wesel und Haltern—Recklinghausen.	77	—	425 Nr. 8
16. —	Polizeiverordnung, betr. Verbot des Verkehrs mit Gefangenen.	74	14034	414

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nr. des Stüdes	Nr. des Gesetzes	Seite
1933				
17. Nov.	Gesetz über die Versorgung der Schutzpolizeibeamten bei Zuruhesetzung, Entlassung und Entziehung oder Neufestsetzung der Versorgungsbezüge nach dem Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.	72	14029	404—405
18. —	Anordnung des Justizministers über die Bildung gemeinschaftlicher Anerbengerichte.	74	14035	414—415
27. —	Gesetz über Erleichterungen bei der Schlachtsteuer.	73	14031	407—408
27. —	Bekanntmachung der neuen Fassung des Schlachtsteuergesetzes.	73	14032	408—412
29. —	Polizeiverordnung über die Verwahrung von Sensen.	76	14037	419
30. —	Gesetz über die Geheime Staatspolizei.	74	14033	413—414
1. Dez.	Gesetz über die Landesforstverwaltung.	75	14036	417—418
5. —	Zweite Durchführungsbestimmungen zum Schlachtsteuergesetz (2. SchlStD.V.).	76	14038	419—422
5. —	Verordnung über neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften.	77	14040	423—424
15. —	Gemeindeverfassungsgesetz.	78	14041	427—441
15. —	Gesetz über die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzgesetz).	78	14042	442—474
15. —	Gesetz über die Staatshaushaltsordnung.	79	14043	475—476
15. —	Gesetz über die Erweiterung der Befugnisse der Oberpräsidenten.	79	14044	477—479
15. —	Gesetz über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates.	79	14045	479—483
15. —	Gesetz über die Änderung der Staatsaufsicht über die Hauptstadt Berlin.	79	14046	483—484
15. —	Gesetz über das Feuerlöschwesen.	79	14047	484—489
15. —	Gesetz über baupolizeiliche Zuständigkeiten.	80	14048	491—492
15. —	Zweite Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole.	80	14051	495
18. —	Gesetz zur Änderung der Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes über die Zugehörigkeit von Rabbinern zu den Schuldeputationen und Schulvorständen.	80	14049	492—493
18. —	Gesetz über die Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen.	80	14050	493—495
20. —	Erste Verordnung zur Durchführung des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 15. Dezember 1933.	81	14052	497—498
20. —	Erste Verordnung zur Durchführung des Gemeindefinanzgesetzes vom 15. Dezember 1933.	81	14053	499—500
20. —	Bestimmungen des Preussischen Staatsministeriums über Amtszwohnungen, Umzugskostenentschädigungen, Tagelöhner und Entschädigung für Reisekosten des Preussischen Ministerpräsidenten und der Preussischen Staatsminister.	82	14055	502—503
23. —	Gesetz über den Übergang von Zuständigkeiten der Mitgliederversammlungen der Ärztekammern auf die Vorstände dieser Kammern und über die Bildung der Ärztekammervorstände und des Ärztekammerausschusses.	82	14054	501—502

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin,

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W. 9, Linienstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achtsseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung.

Sachverzeichnis

zur

Preussischen Gesetzsammlung

Jahrgang 1933.

A

Abdeckereiwesen, Übergang des ständigen Ausschusses für das Abdeckereiwesen an das Ministerium für Landwirtschaft usw. (G. v. 20. Juli) 269.

Abfindungen für Angestellte usw. in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 19, 20) 201.

Abgaben, öffentliche Abgaben unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 8 Nr. 1) 252.
f. Gemeinde- usw. Abgaben.

Ablehnung der Mitglieder der Anerbengerichte und des Erbhofgerichts (G. v. 11. Mai §§ 31, 34) 173.

Ablösung, Genehmigung zur Regulierung der Verwendung der in einem Ablösungsverfahren festgestellten Geldentschädigung (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. h, Abs. 3) 81.

Verträge über die Durchführung von Ablösungen usw. in anderen Staaten durch die preussischen Landeskulturbehörden, f. Landeskulturbehörden.

Adenau (Rheinprovinz), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VI I) 349.

Ämter, Haushaltsführung der Ämter (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 143) 471.

Ärztelkammern, Übergang von Zuständigkeiten der Mitgliederversammlungen der Ärztekammern auf die Vorstände dieser Kammern und über die Bildung der Ärztekammervorstände und des Ärztekammerausschusses (G. v. 23. Dez.) 501.

Ärztelkammerausschuß, neue Vorschriften über die Bildung (G. v. 23. Dez. § 6) 502.

Aggertal, Gasgesellschaft, G. m. b. H. in Gummersbach, Verleihung des Enteignungsrechts für den Bau einer Gasfernleitung von Wiesdorf nach Köln-Ralf nebst einer Anschlußleitung nach Bergisch-Gladbach (St. M. G. v. 31. Okt.) 425 Nr. 6.

Akelei gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 14) 72.

Allenstein (Ostpreußen), Änderung der Grenzen des Kreises Allenstein (G. v. 8. Sept.) 346.

Altdamm (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 3) 350.

Altenberg (Ostpreußen), Eingliederung einiger Parzellen der Landgemeinde Altenberg des Landkreises Königsberg i. Pr. in den Stadtkreis und die Stadtgemeinde Königsberg i. Pr. (G. v. 8. Sept.) 339.

Altenkirchen (Rheinprovinz), Zuteilung des Amtsgerichts Altenkirchen zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Altenkirchen, Daaden, Kirchen und Wissen bei dem Amtsgericht Altenkirchen (B. v. 18. Nov. V Nr. 6) 415.

Altenteil bei bäuerlichen Erbhöfen (G. v. 15. Mai § 18) 170.

Altersgrenze, Ergänzung des Gesetzes, betr. Einführung einer Altersgrenze, vom 15. Dezember 1920/8. Februar 1924 (G. v. 4. Juli) 230. (G. v. 17. Juli) 259.

Altersgrenze der Hochschullehrer, Aufhebung des Kap. IV Teil 2 der Verordnung vom 12. September 1931 (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 1) 5.

Altona (Schleswig-Holstein), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Altona und Wandsbek bei dem Amtsgericht Altona (B. v. 18. Nov. VII) 415.

Ämterbezirke, Änderung der Ämterbezirke und Vereinigung von Gemeinden usw. bezüglich der Verwaltung der Polizei, Abänderung der Verordnung vom 3. September 1932 (B. v. 17. März Art. IX Nr. 12, 13) 48.

Bildung usw. von Ämterbezirken in den bei der Neugliederung beteiligten Landkreisen durch die Oberpräsidenten (G. v. 17. Juli Kap. II § 2) 262.

Ämterblatt, Veröffentlichung der Satzung der überörtlichen Prüfungsverbände für den Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Regierungsamtsblättern (B. v. 28. Jan. § 7) 14.

Bekanntmachungen in dem Verteilungsverfahren wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände im Regierungsamtsblatte (B. v. 30. März §§ 7, 10, 19) 102.

Ämterenthebung, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Ämterenthebung der Vorstandsmitglieder der Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 23) 277. — desgl. der Deichverbände (daf. Art. 35) 279.

Amtsenthebung (Fortf.)

Anderung der Vorschriften des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 über die Amtsentsetzung der Vorstandsmitglieder der Fischereigenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 71) 285.

Amtsenthebung der Beisitzer der Auerbengerichte und des Erbhofgerichts (G. v. 15. Mai §§ 31, 34) 173. (W. v. 24. Aug. II Nr. 24, 25) 328.

Amtsgerichte, Wiedereinrichtung aufgehobener Amtsgerichte und die Schaffung von Zweigstellen der Amtsgerichte (G. v. 29. Aug.) 319. (W. v. 15. Sept.) 347. (W. v. 14. Sept.) 354.

Errichtung von Amtsgerichten in Bramsche und Gemünden (Wohra) (G. v. 29. Aug. § 2) 319.

Verlegung des Amtsgerichts Wehlers nach Gersfeld (G. v. 24. Mai) 190.

Anderung der Amtsgerichtsbezirke Neuwied und Ehrenbreitstein (G. v. 23. Juni § 5) 222.

Änderungen von Amtsgerichtsbezirken auf Grund der 2. Sparverordnung (W. v. 15. Sept. Art. III) 348.

Organisatorische Änderungen bei den zum Bezirk des Landgerichts Berlin gehörigen Amtsgerichten (G. v. 26. April §§ 5 bis 7) 125.

Ermächtigung des Justizministers zur Aufhebung, Bezirksveränderung und Bezeichnung der zum Bezirke des Landgerichts Berlin gehörigen Amtsgerichte (G. v. 26. April § 10) 126.

§. Auerbengerichte, Arbeitsgerichte.

Amtsrichter, Zuständigkeit usw. in Ausübung des Strafvollstreckungs- und Gnadenrechts (G. v. 1. Aug. §§ 2 ff.) 293.

Amtsverschwiegenheit, Pflicht der Mitglieder und Schriftführer der Auerbenbehörden (W. v. 24. Aug. II Nr. 21) 326.

Pflicht der Ehrenbeamten der Gemeinden und der zur ehrenamtlichen Mitwirkung herangezogenen Bürger, Geldbußen usw. bei Zuwiderhandlungen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 19) 431.

§. Geheimhaltung.

Amtsvertretung, Anhörung zur kommissarischen Verwaltung der Bürgermeisterstelle (W. v. 29. April § 2) 155. — Aufhebung des § 6 Abs. 2, § 8 des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 (daf. § 3) 155.

Auflösung der Amtsvertretungen in der Rheinprovinz und in der Provinz Westfalen (W. v. 4. Febr.) 21. — Wahltag (W. v. 4. Febr.) 22.

Auflösung der Amtsvertretungen im Landkreis Weklar (W. v. 8. Febr.) 30 Ziffer 2.

§. Gemeindeverbände.

Amtsvorsteher, Bestätigung der Amtsvorsteher und deren Stellvertreter (G. v. 6. April § 2) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

Auerbengerichte, Bildung usw. der Auerbengerichte (G. v. 15. Mai §§ 29 bis 32) 172. (W. v. 24. Aug. II Nr. 21 bis 24) 326. (W. v. 11. Sept.) 347. (G. v. 26. Okt. §§ 5, 6) 385.

Gemeinschaftliche Auerbengerichte (W. v. 15. Aug.) 314. (W. v. 18. Nov.) 414.

Verfahren vor den Auerbengerichten und Kosten (G. v. 15. Mai §§ 37, 38) 174. (W. v. 24. Aug. II 28) 329. (W. v. 30. Aug.) 333.

Auerbengüter, Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Auerbengutsachen (W. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. b, c) 81.

§. Ansiedlungs-, Rentengüter, Erbhofrecht.

Auerbenrecht, neue Bestimmungen über das Auerbenrecht bei bäuerlichen Erbhöfen (G. v. 15. Mai §§ 1 ff.) 165. (W. v. 24. Aug. II Nr. 1 ff.) 322.

Die für einzelne Provinzen usw. geltenden Auerbengesetze mit Einschluß des Gewohnheitsrechts treten außer Kraft (G. v. 15. Mai § 55) 177.

Aufhebung des Gesetzes, betr. das Auerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen Land, Essen Stadt, Duisburg, Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr, vom 2. Juli 1898 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 6) 178.

Aufhebung des waldeckischen Gesetzes über das Auerbenrecht bei land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen vom 27. Dezember 1909 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 9) 179.

Inkraftbleiben des Gesetzes, betr. das Auerbenrecht bei Renten- und Ansiedlungsgütern, vom 8. Juni 1896 und der Vorschriften des Zwangsauslösungsgesetzes vom 22. April 1930 über das Auerbenrecht bei Waldgütern (G. v. 15. Mai § 58) 179.

§. Erbhofrecht, Höfegesetze, Landgüterordnungen.

Angestellte, Ausführungsvorschrift zum Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (v. 15. Juni) 199.

Bestätigung von Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände (W. v. 17. Juli) 265.

Angerapp (Fluß), Verleihung des Ausbaurechts an die Stadt Insterburg zum Ausbau der Angerapp und ihrer Ufer (W. v. 27. Dez. 32) 7.

Anhalt (Freistaat), Auffassung in Preußen gelegener Grundstücke vor Amtsgerichten und Notaren in Anhalt (Bef. v. 16. Aug.) 317.

Staatsvertrag mit Anhalt über die teilweise Änderung der Landesgrenze und den Austausch von Gebietsteilen zwischen der preussischen Gemeinde Löbejün, Saalkreis, und der anhaltischen Gemeinde Cattau, Kreis Cöthen (v. 26. Okt. 31) 341. (G. v. 8. Sept.) 340.

Anleihen, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Aufnahme von Anleihen seitens der Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 14) 275. — desgl. seitens der Deichverbände (daf. Art. 39) 280.

§. Gemeinde-, Staatsanleihen.

Ansiedlung, Beschränkung des Kredits des Gesetzes zur Förderung der Ansiedlung vom 31. Juli 1931 (G. v. 26. April § 2 Nr. 14) 119.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Wahrnehmung der Rechte des Staates bei den provinziellen Wohnungsfürsorge-Gesellschaften (Heimstätten) und Siedlungsgesellschaften (W. v. 30. März § 3 Nr. 1c) 84.

Ansiedlung (Fortf.)

Zins- und Tilgungsbeträge usw. für Darlehen des Reiches usw. zur Förderung der Bau-tätigkeit auf dem Gebiete des Siedlungs-wesens unterliegen der Beitreibung im Verwaltungs-zwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 4d) 252.

Senat für Siedlung und Auseinander-Setzung beim Oberverwaltungsgericht, s. Oberverwal-tungsgericht.

s. Spruchkammern für Siedlung und Aus-einander-Setzung.

s. Wohnsiedlungsgebiete.

Ansiedlungsgüter, Inkraftbleiben des Gesetzes, betr. das Anerbenrecht bei Renten- und Ansied-lungsgütern, vom 8. Juni 1896 (G. v. 15. Mai § 58) 179.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Ansied-lungsguts-fachen (G. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buch-staben a bis d) 81.

Anstalten, Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 bei Anstalten des öffentlichen Rech-tes (B. v. 15. Juni § 3) 202.

Durchführung des Reichsgesetzes zur Ände-rung von Vorschriften auf dem Gebiete des all-gemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 248.

Forderungen gewisser unter Verwaltung des Oberpräsidenten usw. stehender Anstalten aus der laufenden Bewirtschaftung usw. von Grund-stücken unterliegen der Beitreibung im Ver-waltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3b) 252. — Zwangsbefugnisse bei verpachteten land- und forstwirtschaftlich ge-nutzten Grundstücken (Sequestration, Räumung) (daj. § 3) 253.

s. Körperschaften.

Anstellung, Erlaß der Reichskanzlers über Beamten-ernennungen in Preußen, Übertragung auf das Staatsministerium (v. 22. April) 111. — desgl. auf den Ministerpräsidenten (v. 25. April) 113.

Bestimmungen über Beamtenernennungen und Vollziehung der Bestallungsurkunden durch den Ministerpräsidenten, die Staatsminister oder nachgeordnete Behörden (G. v. 17. Juli) 266. — der Beamten der Oberrechnungskammer (G. v. 15. Dez. Art. I § 3 Nr. 1) 475.

Aufhebung des Art. 86 der Verfassung über die Mitwirkung des Provinzialausschusses bei Er-nennung des Oberpräsidenten usw. (G. v. 17. Juli Art. II) 256.

Begründung des Beamtenverhältnisses der Kommunalbeamten durch Urkunde (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 3) 5.

Berufung der Schulzen, Schöffen, Bürger-meister und Beigeordneten in den Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 34) 434.

Ernennung der Vorsitzenden, ihrer Stellver-treter und der Mitglieder der Bezirksämter in Berlin (G. v. 22. Sept. § 2) 356.

Apollofalter gehört zu den geschützten Tierarten (B. v. 10. März § 1 IV 2) 71.

Arbeitsbeschaffung, Regelung des Verfahrens bei Stellung von Darlehnsanträgen zur Arbeits-beschaffung (§ 11 der Durchführungsbestim-mungen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaf-fung vom 6. Jan. 1933) (B. v. 12. Jan.) 11.

Vereinfachung der Darlehnsaufnahme für Arbeiten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramme von 1932 (B. v. 20. April) 163.

Bereitstellung von Geldmitteln zur Förderung der Arbeitsbeschaffung auf Grund der Verord-nung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung vom 15. Dezember 1932 (G. v. 26. April § 5) 121.

Arbeitsgemeinschaften, an Stelle der Arbeitsge-meinschaften ernennen die Minister für Wirtschaft und Arbeit und des Innern Mitglieder des Ver-bandsausschusses des Siedlungsverbandes Ruhr-fohlenbezirk (G. v. 6. April § 2) 230.

Arbeitsgerichte, Bildung von Kammern bei dem Arbeitsgerichte Berlin (B. v. 25. Juli) 287.

Eingliederung der wiederingerichteten Amts-gerichte in die Bezirke der Arbeitsgerichte (B. v. 14. Sept.) 354.

Arbeitslose, Außerkraftsetzung des Credits des Ge-setzes über die Beteiligung des Preussischen Staates an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge vom 29. Juni 1931 (G. v. 26. April § 1 Buchst. b) 118.

Beschränkung des Credits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur ver-stärkten Förderung von Maßnahmen der wert-schaffenden Arbeitslosenfürsorge vom 13. Januar 1929 (G. v. 26. April § 2 Nr. 26) 120.

Arnsberg (Westfalen), Gliederung des Bezirks-ausschusses in Arnsberg bleibt bestehen (B. v. 31. März § 10) 87.

Aufhebung des Landgerichts Arnsberg (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Bestehenbleiben des Land-gerichts (G. v. 13. Sept.) 351.

Bei dem Landgericht verbleiben die Amts-gerichte Arnsberg, Balve, Bigge, Brilon, Frede-burg, Marsberg, Medebach, Meschede, Reheim und Warstein; zugelegt werden die Amtsgerichte Soest, Werl und Menden (G. v. 13. Sept.) 351. (B. v. 14. Sept.) 353.

Zulegung des Amtsgerichts Arnsberg zu dem Landgericht Hagen (Westf.) (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Arsenik, Aufhebung der Ministerialverordnung, betr. Vorsichtsmaßregeln bei Verpackung und Ver-sendung des Arsens, vom 22. Juli 1823 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 10) 239.

Folgende für die Herzogtümer Schleswig und Holstein ergangene Anordnungen werden auf-gehoben:

1. Kanzeipatent, betr. die Veräußerung des Arsens vom 17. August 1811;

Arsenik (Fortf.)

2. Kanzleischreiben, betr. eine nähere Bestimmung der Vorschriften wegen Veräußerung des Arseniks für die Herzogtümer, vom 17. Januar 1824;
3. Kanzleipatent, enthaltend die Vorschrift, daß vor dem Verkauf von Arsenik aus den Apotheken zum Gebrauch wider schädliche Tiere demselben eine Beimischung von Kienruß zu geben sei, vom 17. Oktober 1831;
4. Kanzleipatent, betr. die Veräußerung des Arseniks zum Reinigen des Viehs, vom 25. März 1834
(Beschl. v. 14. Okt. Nr. 8, 11 bis 13) 378.

Arzneien, deutsche Arzneitaxe 1933 (Bef. v. 8. Febr.) 92 Ziffer 2.
f. Heilmittel.

Asbach (Rheinprovinz), Zulegung des Amtsgerichts Asbach zu dem Landgericht Koblenz (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Attendorf (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Attendorf zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Auerhahn, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 6) 78. — Jagd zur Nachtzeit (daf. § 3) 73.

Aufgebotsverfahren in dem Verteilungsverfahren wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 30. März §§ 9 bis 11) 103.

Auflassung in Preußen belegener Grundstücke vor Amtsgerichten und Notaren anderer Länder (Anhalt) (Bef. v. 16. Aug.) 317.

Auflösung der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 4. Febr.) 21.

Auflösung der Vertretungskörperschaften usw. der Gemeinden (B. v. 20. Dez. §§ 9, 10) 499.

Auflösung der preußischen Landwirtschaftskammern (B. v. 21. Juni) 224.

Auflösung des bisherigen Staatsrats (G. v. 8. Juli § 15) 243.

Aufsicht, Übertragung der staatlichen Aufsicht über verschiedene Behörden, Anstalten, Körperschaften usw. auf die Oberpräsidenten (B. v. 30. März) 83. — f. Provinzialverbände, Staatsarchive usw.

Regelung verschiedener Punkte des Staatsaufsichtsrechts in Gemeinde- usw. Angelegenheiten (G. v. 4. Okt.) 366.

Staatsaufsicht über die Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 6, 58 bis 68) 428.

Aufsicht über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 7 ff.) 444.

Anderung des § 1 der Verordnung vom 13. September 1932 über die Aufsicht des Staates über Körperschaften usw. durch den Oberpräsidenten (G. v. 15. Dez. Art. I) 477.

Aufsicht über die Provinzialverbände (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 7) 478.

Aufsicht (Fortf.)

Staatliche Aufsicht über die Sparkassen, Girozentralen und Sparkassen- und Giroverbände, Änderung der Verordnung vom 20. Juli/4. August 1932 (B. v. 14. März) 41.

Anderung der Staatsaufsicht über die Hauptstadt Berlin (G. v. 15. Dez.) 483.

Anderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Aufsicht über die Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 13, 23) 275. — desgl. über die Deichverbände (daf. Art. 31) 278.

Aufsicht über die Bodenverbesserungsgenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 50) 281.

Aufsicht über die Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien (G. v. 25. Juli Art. 55) 281.

Aufsicht über das Landeserbhofgericht (G. v. 26. Okt. § 4) 385.

f. Schulaufsicht.

Aufwertung, neunte Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landwirtschaftlicher (ritter-schaftlicher) Kreditanstalten (B. v. 29. März) 91.

Aufwertung von Erbpachtzinsen (Kanon), Grundmieten, Erbleihen und ähnlichen Ansprüchen — Änderung des Gesetzes vom 28. Dezember 1927 (G. v. 25. Jan.) 9.

Auseinandersetzungen, Genehmigung zur Festsetzung des Regulierungskostenpauschsages in Auseinersezungsfachen durch den Oberpräsidenten (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. f) 81.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten in den durch ein Auseinandersezungungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. i Abs. 3) 81.

Senat für Siedlung und Auseinandersezung beim Oberverwaltungsgericht, f. Oberverwaltungsgericht.

f. Spruchkammern für Siedlung und Auseinandersezung.

Ausländer, Beschwerden gegen polizeiliche Verfügungen in Angelegenheiten der Ausländerpolizei (B. v. 30. März § 15 Nr. 1) 89.

f. Reichsangehörigkeit, Deutschblütige.

Ausschluß der Mitglieder der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände bei grober Ungebühr usw. (B. v. 22. März § 2) 67. — bei Verletzung der Pflicht zur Verschwiegenheit (daf. § 3) 68.

Ausschließung der Mitglieder der Auerbengerichte und des Erbhofgerichts (G. v. 11. Mai §§ 31, 34) 173.

Ausstopfer müssen über die Herkunft der Tiere geschützter Arten ein Verzeichnis führen (B. v. 10. März § 9) 75.

B

Badöfen, Aufhebung des Edikts, betr. Abschaffung der Badöfen in den Häusern auf dem platten Lande, vom 8. Januar 1724 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 6) 239.

Bäcköfen (Fortf.)

Aufhebung der Verordnung wegen besserer Einrichtung der Bäcköfen in der Kurmark vom 16. April 1794 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 3) 377.

Badepolizeiverordnung, Änderung der Polizeiverordnung vom 28. September 1932 (Pol. B. v. 3. März § 1) 38.**Bäder**, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau der domänenfiskalischen Bäder und Mineralbrunnen vom 23. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 29) 120.**Balve** (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Balve zu dem Landgericht Hagen (Westf.) (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.**Bauer** heißt der Eigentümer eines Erbhofs (G. v. 15. Mai §§ 1, 2) 165. (B. v. 24. Aug. II Nr. 1, 2) 322.**Bauerlaubnis**, =dispense, f. Baupolizei.**Bauerndürfer** sind Gemeinden, in denen der überwiegende Teil der Volksgenossen dem Reichsnährstande angehört (G. v. 14. Dez. § 2) 428. Verleihung usw. eines Gemeindebriefs durch den Minister des Inneren (G. v. 15. Dez. § 49) 437.

f. Gemeindeverfassung.

Baugenossenschaften, f. Wohnungsbau.**Baumpflanzungen**, Änderung des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29. Juli 1922 (G. v. 7. April) 99.**Baupolizei**, Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden in den vormals waldeckischen Kreisen zur Erteilung der polizeilichen Bauerlaubnis — Baugenehmigung (B. v. 23. Aug.) 317.

Gesetz über baupolizeiliche Zuständigkeiten (v. 15. Dez.) 491.

Aufgehoben werden:

1. die Bauordnung für die Stadt Berlin vom 30. November 1641;
2. die Zirkularordre an die Beamten, was sie bei dem Anbau der Amtsuntertanen beachten sollen, vom 16. April 1705;
3. die Verordnung, betr. die Anwendung der in den Städten geltenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden auf solchen zum platten Lande gehörigen Grundstücken, welche innerhalb der Städte oder im Gemenge mit städtischen bebauten Grundstücken liegen, vom 17. Juli 1846 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 1, 3, 12) 239.

Aufgehoben werden:

1. Publikandum, betr. die Veränderung an den Fassaden der auf königliche Kosten erbauten Privathäuser, vom 31. August 1787;
2. Edikt wegen Auseinanderbauens der Untertanen-Gehöfte und =Gebäude in der Kurmark vom 15. Juni 1795;

Baupolizei (Fortf.)

3. Verordnung gegen die Verbindung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf dem platten Lande in der Kurmark vom 28. August 1796;

4. Nachtrag zu dem Edikt vom 15. Juni 1795 wegen Auseinanderbauens der Untertanen-Gehöfte und =Gebäude in der Kurmark vom 19. April 1804;

5. Kaiserlich französisches Dekret, betr. Verbot der Anlage von Bauten und Brunnen in der Nähe von Friedhöfen außerhalb der Ortschaften, vom 7. März 1808;

6. Rabinettsordre, daß bei jeder wesentlichen Veränderung an öffentlichen Gebäuden usw. die Behörde, die sie vornehmen will, das Einverständnis der höchsten Baubehörde einholen soll, vom 4. Oktober 1815;

7. Rabinettsordre über Bauanlagen in der Umgegend von Pulvermagazinen vom 5. November 1822;

8. Ministerialreskript, betr. Baugenehmigungspflicht in Städten, vom 30. September 1834;

9. Reskript des Ministers des Innern und der Polizei, betr. Berücksichtigung der nachbarlichen Verhältnisse bei Beurteilung der Bauanträge, vom 6. April 1835 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 2, 4 bis 7, 9, 10, 14, 15) 377.

f. Feuerpolizei.

Bau- und Finanzdirektion in Berlin, Aufgaben gehen auf den Präsidenten über (B. v. 17. März Art. IX Nr. 11) 48.

Den Präsidenten ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1c) 266.

Beamte, Erste Ausführungsvorschrift zum Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (v. 24. April) 157. — Zweite (v. 15. Juni) 199. — Dritte (v. 15. Juni) 202. — Vierte (v. 29. Juni) 264.

Erste Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts (v. 15. Juli) 247. — Zweite (v. 15. Juli) 247. — Dritte (v. 15. Juli) 248.

Beamte der Länder sollen nicht zu Mitgliefern der Bezirks- usw. Verwaltungsgerichte ernannt werden (G. v. 14. Dez. § 4) 479. — können nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister und Beigeordneter sein (B. v. 22. März § 4) 68. (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 35) 434.

Ernennung der Beamten, f. Anstellung.

f. Dienstbezüge, Dienststrafordnung.

f. Polizeibeamte, Gemeinde- usw. Beamte.

Begnadigung, f. Gnadenrecht.**Begräbnisplätze**, Aufhebung der Verordnung fürstlicher geheimer Konferenz, die Verlegung und Einrichtung der Friedhöfe betreffend, vom 11. März 1836 für Hohenzollern-Sigmaringen (Beschl. v. 1. Juli Nr. 11) 239.

Begräbnisplätze (Fortf.)

Aufhebung des Kaiserlich französischen Dekrets, betr. Verbot der Anlage von Bauten und Brunnen in der Nähe von Friedhöfen außerhalb der Ortschaften, vom 7. März 1808 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 7) 377.

Behörden, Aufhebung des § 42 der Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden vom 26. Dezember 1808 und des Abschnittes D XIIa der Kabinettsorder vom 31. Dezember 1825 (G. v. 12. Juli § 5 Nr. 1) 254.

f. Oberpräsidenten usw.

Beigeordnete, Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Beigeordnete sein dürfen (B. v. 22. März § 4) 68. — Beigeordnete dürfen nicht gleichzeitig der Vertretungskörperschaft angehören (daf. § 4 Abs. 3) 68. — Neue Bestimmungen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 35) 434.

Verwaltung der Stellen der Beigeordneten in den Stadtgemeinden unter 10000 Einwohnern (G. v. 6. April § 2) 93. (G. v. 17. Juli § 1) 259. — desgl. über 10000 Einwohner (G. v. 6. April § 3) 93. — Neue Bestimmungen (G. v. 15. Dez. § 32) 433.

Bestätigung der Beigeordneten in den Stadtgemeinden (G. v. 6. April § 3) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

Wahl des Beigeordneten in den Städten der Hohenzollerischen Lande (G. v. 6. April § 5) 96.

Neue Vorschriften über die Berufung usw. der Beigeordneten in den Städten (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 29 ff.) 433. (B. v. 20. Dez. § 8) 498.

Der Erste Beigeordnete in Stadtkreisen führt die Amtsbezeichnung Bürgermeister (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 29 Abs. 3) 433. — der mit der Verwaltung der städtischen Finanzen beauftragte Beigeordnete die Bezeichnung Kammerer, die übrigen Beigeordneten führen die Bezeichnung Stadtrat (daf. § 29 Abs. 3) 433.

Verwaltung der Stellen der Beigeordneten in den Ämtern (G. v. 6. April § 5) 94.

Bestätigung der Beigeordneten in den Ämtern (B. v. 29. April) 155. (G. v. 23. Juni) 217.

f. Gemeindegewählten.

Bekanntmachungen, Vorschriften über die öffentlichen Bekanntmachungen in Gemeindeangelegenheiten (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 12) 429. (B. v. 20. Dez. § 5) 498.

f. Amtsblatt.

Belgard (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 1) 349.

Bendorf (Hessen-Nassau), Ausdehnung des Ortsgerichtsbezirktes Bendorf (Verf. v. 24. Sept.) 364.

Bentheim (Hannover), Aufhebung der Bentheimischen Landesverordnung vom 23. September 1690, Teil V Titel 20 Nr. 6 über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 2) 64.

Bergbau, Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen (G. v. 18. Dez.) 493.

Berglicht (Rheinprovinz), f. Wege B. 20.

Bergwerke, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerken vom 26. Juli 1926 (G. v. 26. April § 2 Nr. 8) 119.

Bereitstellung von Geldmitteln zur Gewährung von Darlehen zwecks Ausgestaltung staatlicher Bergwerksunternehmungen (G. v. 26. April § 3 Buchst. c) 120.

Bereitstellung von Geldmitteln zur Stützung notleidender Bergwerksunternehmungen (G. v. 26. April § 5 Buchst. f) 121.

Bergwohlverleih gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 2) 72.

Berleburg (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Berleburg zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Berlin, Gliederung des Bezirksausschusses in Berlin bleibt bestehen (B. v. 30. März § 10) 87.

Stellvertretung im Bezirksverwaltungsgericht Berlin (G. v. 15. Dez. § 5) 480.

Verbilligung der Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin (B. v. 23. Jan.) 7.

Vorläufige Vereinfachung der Verwaltung der Hauptstadt Berlin (G. 22. Sept.) 356.

Stellung der Bezirksämter als Gemeindevorstand (B. v. 17. März Art. I) 43.

Einsetzung eines Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin (G. v. 31. Mai) 196. — Änderung der Staatsaufsicht über die Hauptstadt Berlin (G. v. 15. Dez.) 483.

Auf die Hauptstadt Berlin findet das Gemeindeverfassungsgesetz keine Anwendung (G. v. 15. Dez. § 69) 441. (B. v. 20. Dez. § 7) 500.

Sondervorschriften für die Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Stadtgemeinde (B. v. 28. Jan. § 19) 18. (G. v. 31. Mai § 2 Abs. 4) 196. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 145) 472. (G. v. 15. Dez. § 1 Abs. 3) 483.

Aufhebung der Bauordnung für die Stadt Berlin vom 30. November 1641 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 1) 239.

Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Berlin für den Bau eines Entwässerungsgrabens von der Panke zum Tegeler See (St. M. G. v. 15. Juli) 369 Nr. 3.

Umgestaltung des Gerichtswesens in Berlin — Zusammenlegung der Landgerichte I, II und III — (G. v. 26. April) 125.

Bildung von Kammern bei dem Arbeitsgerichte Berlin (B. v. 25. Juli) 287.

Amtsgerichtsbezirk Berlin gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Tempelhof (B. v. 15. Aug. I Nr. 1) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Berlin, Charlottenburg, Lichtenberg, Pantow, Schöneberg, Weissensee und Wedding sowie den Bezirk des Amtsgerichts Tempelhof mit Ausnahme der

Berlin (Fortf.)

Landgemeinden Blankenfelde, Dahlewitz, Glasow, Mahlow und Zühndorf bei dem Amtsgerichte Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Aktiengesellschaft Chemische Fabriken in Berlin, f. Westfälisch= usw.

Kleinbahn-Aktiengesellschaft Gransee — Neuglobsow in Berlin, f. Eisenbahnen Nr. 1

Königswusterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahn-Gesellschaft, A.-G. in Berlin, f. Eisenbahnen Nr. 3.

Liegnitz-Kawitscher Eisenbahngesellschaft in Berlin, f. Eisenbahnen Nr. 5.

Preussische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Berlin, f. Elektrizitäts-Aktiengesellschaft.

Elektrowerke, A.-G. in Berlin, f. Elektrowerke.

Berlin-Charlottenburg, Amtsgerichtsbezirk Charlottenburg gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Tempelhof (B. v. 15. Aug. I Nr. 1) 314. — zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Berlin-Lichtenberg, Amtsgerichtsbezirk Lichtenberg gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Berlin-Pankow, Amtsgerichtsbezirk Pankow gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Berlin-Schöneberg, Amtsgerichtsbezirk Schöneberg gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Tempelhof (B. v. 15. Aug. I Nr. 1) 314. — zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Berlin-Tempelhof, Bildung eines gemeinschaftlichen Auerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Tempelhof bei dem Amtsgericht in Tempelhof (B. v. 15. Aug. I Nr. 1) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Amtsgerichtsbezirk Tempelhof mit Ausnahme der Landgemeinden Blankenfelde, Dahlewitz, Glasow, Mahlow und Zühndorf gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Berlin-Wedding, Amtsgerichtsbezirk Wedding gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Berlin-Weißensee, Amtsgerichtsbezirk Weißensee gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Berlin (B. v. 18. Nov. I Nr. 1) 414.

Bernkastel-Cues (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Auerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Bernkastel-Cues und Rhauen bei dem Amtsgericht in Bernkastel-Cues (B. v. 15. Aug. IV Nr. 3) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Bersenbrück (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 2) 319. (B. v. 15. Sept. § 5) 347.
f. Wege B. 7.

Berufspädagogisches Institut, Errichtung eines einheitlichen staatlichen Berufspädagogischen Instituts (B. v. 4. Febr.) 21.

Berufszählung, f. Volkszählung.

Berufung wegen Verpflichtung zur Entrichtung einer Stempelsteuer (G. v. 23. Mai Art. 1 I 9) 187. (B. v. 23. Mai) 192.

Beschwerden gegen Verfügungen, Beschlüsse und Bescheide von Behörden der allgemeinen Landesverwaltung (B. v. 17. März Art. IX Nr. 8) 47.

Beschwerde gegen Verfügungen des Oberpräsidenten von Berlin (B. v. 30. März § 16 Nr. 2) 89.

Beschwerden gegen Entscheidungen, die die Verwaltungsbehörden an Stelle der Bezirks-, Kreis- und Stadtausschüsse, Magistrate usw. als Beschlußbehörden treffen (G. v. 15. Dez. § 9 bis 11) 481.

Beschwerden gegen die Untersagung der Ausübung des Versteigerergewerbes (B. v. 16. Aug. § 3) 316.

Beschwerden gegen polizeiliche Verfügungen in Angelegenheiten der Ausländerpolizei (B. v. 30. März § 15 Nr. 1) 89.

Beschwerde gegen unfreiwillige Versetzung der Lehrer an öffentlichen Volks- und mittleren Schulen in den Ruhestand (B. v. 30. März § 15 Nr. 2) 89.

Beschwerden der Gemeinden (Gemeindevverbände) und Schulverbände gegen Verfügungen und Bescheide, die die Verwaltungsbehörden im Wege der Kommunalaufsicht oder der Schulaufsicht erlassen (G. v. 15. Dez. § 11) 482.

Beschwerden gegen Anordnungen der Aufsichtsbehörden in Gemeindeangelegenheiten (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 67) 440.

Beschwerde gegen die Änderung einer Beförderungsregelung für Kommunalbeamte durch die Aufsichtsbehörde (B. v. 15. Juli § 3 Abs. 2) 249.

Beschwerde gegen die Entziehung eines Ehrenamtes in der Gemeindeverwaltung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 26) 432.

Beschwerden in dem Verteilungsverfahren wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 30. März §§ 16, 17) 104.

Beschwerden gegen Beschlüsse des Provinzialrats (Landeskulturabteilung) in Landeskultursprachfachen (B. v. 29. März §§ 5, 8) 79.

Beschwerde gegen Beschlüsse der Auerbengerichte in Sachen des bäuerlichen Erbhofrechts (G. v. 15. Mai §§ 27, 35, 40) 172. (B. v. 24. Aug. II Nr. 20, 26, 30) 326. (B. v. 30. Aug. §§ 2, 23) 333.

Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über Beschwerden in Angelegenheiten der Benutzung der Wasserläufe (G. v. 25. Juli Art. 7) 274. — desgl. der Wassergenossenschaften (das. Art. 17, 18, 25) 276. — desgl. der Freihaltung des Überschwemmungsgebiets (das. Art. 29) 278. — desgl. der Deichverbände (das. Art. 32, 40) 278. — desgl. gegen wasserpolizeiliche Verfügungen (das. Art. 44) 280.

Beschwerden (Fortf.)

Beschwerde gegen Anordnungen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Schlesien (G. v. 25. Juli Art. 63) 283. — desgl. in der Provinz Brandenburg und im Havelgebiet der Provinz Sachsen (das. Art. 63, 64) 283.

Anderung der Vorschriften des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 über Beschwerden in Angelegenheiten der Fischereigenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 65, 67) 284.

Beschwerden gegen Anordnungen auf Grund des Kleblausgesetzes (B. v. 30. März § 14) 88.

Beschwerden in Angelegenheiten der Wohnungsunternehmungen und Verbände (B. v. 1. Aug. § 2) 292.

Beschwerden wegen Versagung von Bau-dispensen usw. (G. v. 15. Dez. § 2) 491.

Beschwerden in Angelegenheiten der Feuerwehrverbände (G. v. 15. Dez. § 15) 487.

Beschwerden gegen Maßnahmen der Strafvollstreckungsbehörden (G. v. 1. Aug. §§ 21, 40, 70) 298.

Befoldungsordnung für die unmittelbaren Staatsbeamten, Änderungen (G. v. 26. April § 4) 124. (G. v. 26. April § 8) 126. (G. v. 15. Dez. Art. II § 2) 476.

§. Dienstbezüge.

Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 6. April) 95. (B. v. 29. April) 155. — Neue Bestimmungen (G. v. 23. Juni) 217. — Aufhebung der Vorschriften des Gesetzes vom 6. April 1933 und der Verordnung vom 29. April 1933 (das. § 13) 220.

Bestätigung von Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 17. Juli) 265.

Bestätigung der Vorsitzenden, ihrer Stellvertreter und der Mitglieder der Bezirksämter in Berlin (G. v. 22. Sept. § 2) 356.

§. Anstellung.

Bestellungen, Ausfertigung und Vollziehung der Bestellungsurkunden für unmittelbare Staatsbeamte (G. v. 17. Juli) 266.

§. Anstellung.

Betriebsvertretungen, Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 (v. 12. April) 109. (B. v. 29. Sept.) 369.

Abänderung der Verordnung zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 in den dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellten Behörden und Anstalten vom 3. Juli 1925 (B. v. 9. März) 63.

Betriebszählung, §. Volkszählung.

Bezirksämter, Herabsetzung der Zahl der Mitglieder der Bezirksämter in Berlin (B. v. 23. Jan.) 7.

Stellung der Bezirksämter als Gemeindevorstand (B. v. 17. März Art. I) 43.

Bestätigung der Mitglieder der Bezirksämter (G. v. 6. April) 95. (G. v. 23. Juni) 217. (G. v. 22. Sept. § 2) 356.

Bezirksämter (Fortf.)

In welchen Fällen ein Mitglied nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen darf (B. v. 22. März § 1) 67. — Mitglieder dürfen nicht gleichzeitig der Vertretungskörperschaft angehören (das. § 4) 68.

Die Mitglieder der Bezirksämter ernannt der Oberbürgermeister (G. v. 22. Sept. § 2) 356.

Die Zuständigkeiten der Bezirksversammlung gehen auf die Bezirksämter über (G. v. 22. Sept. § 1) 356.

Bezirksausschuß, Gliederung der Bezirksausschüsse in Berlin, Arnberg und Düsseldorf bleibt bestehen (B. v. 30. März § 10) 87.

Die Zuständigkeit der Spruchkammern beim Landeskulturamt geht auf den Bezirksausschuß über, Änderung der Verordnung vom 3. September 1932 (B. v. 17. März Art. IX Nr. 2) 46.

Zuständigkeit des Bezirksausschusses in Berlin im Verwaltungstreitverfahren gegen Verfügungen des Geheimen Staatspolizeiamts (G. v. 26. April § 1 Abs. 3) 122.

Zuständigkeit zur Ausführung des Gaststättenengesetzes vom 28. April 1930 (B. v. 30. März § 2) 106.

Bezirksausschuß entscheidet auf Beschwerden gegen die Unterjagung der Ausübung des Versteigerergewerbes (B. v. 16. Aug. § 3) 316.

Mitwirkung des Bezirksausschusses bei Änderung von Amtsbezirken und bei Vereinigung von Stadtgemeinden, Amtsbezirken usw. bezüglich der Verwaltung der Polizei (B. v. 17. März Art. IX Nr. 12, 13) 48.

Mitwirkung bei Versagung der Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 6. April § 3) 95. (G. v. 23. Juli § 4) 218.

Beseitigung der Bezirksausschüsse als Beschlussbehörden (G. v. 15. Dez. § 1) 479.

Bezirksausschüsse in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgerichte erhalten die Bezeichnung „Bezirksverwaltungsgericht“ (G. v. 15. Dez. § 2) 479.

§. Bezirksverwaltungsgericht.

Bezirksbürgermeister, Bestätigung der Bezirksbürgermeister in Berlin (B. v. 6. April § 3) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

Bezirksbürgermeister darf nicht gleichzeitig der Vertretungskörperschaft angehören (B. v. 22. März § 4 Abs. 3) 68.

§. Bürgermeister.

Bezirkshaushalt, Haushaltsführung der Bezirksverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez.) 442. (B. v. 20. Dez.) 499.

Bezirkskommissionen, Übergang der Aufgaben und Zuständigkeiten auf den Oberpräsidenten, Auflösung der Bezirkskommissionen (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 1, 3, Art. III) 477.

§. Provinzialkommissionen.

Bezirksverbände, Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Angelegenheiten der Bezirksverbände Kassel und Wiesbaden (B. v. 30. März § 2 Nr. 3) 84.

Bezirksverbände (Fortf.)

Aenderung des Aufbaues und der Verwaltung der Bezirksverbände (G. v. 15. Dez. Art. III) 478.
 f. Gemeindeverbände.

Bezirksversammlung, Auflösung der Bezirksversammlungen der Verwaltungsbezirke der Stadtgemeinde Berlin (B. v. 4. Febr.) 21. — Wahltag (B. v. 4. Febr.) 22.

In welchen Fällen ein Mitglied nicht an der Beratung und Beschlußfassung teilnehmen darf (B. v. 22. März § 1) 67. — Ausschluß eines Mitgliedes wegen grober Ungebühr usw. (daf. § 2) 67. — Pflicht zur Verschwiegenheit (daf. § 3) 68. — Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Mitglieder sein dürfen (daf. § 4) 68.

Übergang der Zuständigkeiten der Bezirksversammlungen auf die Bezirksämter (G. v. 22. Sept. § 1) 356.

f. Gemeindevertretung.

Bezirksverwaltungsgericht, Bezirksausschüsse erhalten in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgerichte die Bezeichnung „Bezirksverwaltungsgericht“ (G. v. 15. Dez. § 2) 479. — Ernennung usw. der Mitglieder (daf. § 4) 479. — Vertretung im Vorsitz (daf. § 5) 480. — Entscheidungen (daf. § 6) 481. — Kosten (daf. § 7) 481. — Änderungen der Zuständigkeiten (daf. §§ 8 ff.) 481.

Biber gehört zu den geschützten Tierarten (B. v. 10. März § 119) 71.

Biedenkopf (Hessen-Nassau), Aufteilung des Landkreises Dillenburg in die Landkreise „Dillkreis“ mit dem Kreisitz in Dillenburg und „Biedenkopf“ mit dem Kreisitz in Biedenkopf (G. v. 17. Juli Kap. I § 9) 261.

Biederitz (Sachsen), Aenderung der Grenzen der Landgemeinde Biederitz und der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Magdeburg (G. v. 24. Okt.) 381.

Bigge (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Bigge zu dem Landgericht Paderborn (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Birkhahn, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 6) 78. — Jagd zur Nachtzeit (daf. § 3) 73.

Bitburg (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Bitburg und Neuerburg bei dem Amtsgericht in Bitburg (B. v. 15. Aug. IV Nr. 4) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Bitterfeld (Sachsen), elektrische Überlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, e. G. m. b. H. in Halle, f. Saalkreis.
 f. Wege B. 5.

Bleßhuhn gehört zu den ungeschützten Vogelarten (B. v. 10. März § 111) 71.

Bochum (Westfalen), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Bochum und Wanne-Eickel bei dem Amtsgericht Bochum (B. v. 18. Nov. V Nr. 4) 415.

Bodenverbesserung, f. Landeskultur, Moore, Heideländereien.

Bodenverbesserungsgenossenschaften, f. Wasser-
 genossenschaften.

Die einzelnen Genossenschaften, f. auch unter Ortsnamen.

Bohrungen, Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen (G. v. 18. Dez.) 493.

Bondengüter, Aufhebung der Verordnung Christians VII., betr. das Näherrecht in den Bondengütern auf der Geest, vom 18. Juni 1777 in Schleswig-Holstein (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1 b Ziffer 3) 178. — f. Erbhofrecht.

Bonn (Rheinprovinz), Aenderung des Oberbergamtsbezirkes Bonn (B. v. 24. Okt. §§ 1, 2) 386.

Bottrop (Westfalen), Amtsgerichtsbezirk Bottrop gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Gladbeck (B. v. 18. Nov. V Nr. 3) 415.

Brachvögel, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 11) 78.

Brachwitz (Sachsen), Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde für die Anlagen zur Versorgung der Gemeinde mit Trinkwasser einschl. der Zufahrtswege und der erforderlichen Rohrleitungen (St. M. G. v. 6. März) 97 Nr. 3.

Bramsche (Hannover), Errichtung eines Amtsgerichts in Bramsche (G. v. 29. Aug. § 2) 319. (B. v. 15. Sept. § 5) 347. (B. v. 14. Sept.) 354.

Brandenburg (Provinz), Aufhebung der Landgüterordnung für die Provinz Brandenburg vom 10. Juli 1883 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 2) 178. — f. Erbhofrecht.
 f. Landschaften II 3.

Branntwein, Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Kleinhandels mit Trinkbranntwein für den 4., 5., 11. und 12. März 1933 (B. v. 17. Febr.) 29.

Bremenscher Ritterschaftlicher Kreditverein in Stade, f. Landschaften N. II 8.

Breslau (Niederschlesien), Übertragung der Wahrnehmung der staatlichen Denkmalpflege beim Dome zu Breslau auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 5 Nr. 1b) 85.

Aenderung des Oberbergamtsbezirkes Breslau (B. v. 24. Okt. § 5) 386.

Brieg (Niederschlesien), Aufteilung des Landkreises Brieg in die Landkreise „Brieg“ mit dem Kreisitz in Brieg und „Ohlau“ mit dem Kreisitz in Ohlau (G. v. 17. Juli Kap. I § 1) 260.

Aenderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

Zulegung des Amtsgerichts Wanzen zu dem Arbeitsgerichte Brieg (B. v. 14. Sept.) 354.

Brilon (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Brilon zu dem Landgericht Paderborn (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Brotterode (Hessen-Nassau), Amtsgerichtsbezirk Brotterode gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Schmalkalden (B. v. 18. Nov. VI) 415.

Brücken, Bereitstellung von Geldmitteln für Häfen und Brücken zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5 Buchst. d) 121.

Bublitz (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 1) 349.

Bürger ist der Einwohner, der das Bürgerrecht in der Gemeinde besitzt (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 3) 428. (B. v. 20. Dez. § 3) 497.

Bürgermeister darf nicht gleichzeitig der Vertretungskörperschaft angehören (B. v. 22. März § 4 Abs. 3) 68.

Verwaltung der Stelle in Stadtgemeinden unter 10000 Einwohnern (G. v. 6. April § 2) 93. (G. v. 17. Juli § 1) 259. — desgl. über 10000 Einwohner (G. v. 6. April § 3) 93. — Neue Bestimmungen (G. v. 15. Dez. § 32) 433.

Bestätigung der Bürgermeister in Stadtgemeinden (G. v. 6. April § 3) 95. (G. v. 23. Juni 217.

Wahl des Bürgermeisters in den Städten der Hohenzollerischen Lande (G. v. 6. April § 5) 96.

Bürgermeister ist Leiter der Gemeinde in Städten, Aufgaben, Berufung, Entlassung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 4, 27 bis 39) 428. (B. v. 20. Dez. §§ 4, 7, 8) 498.

In Stadtkreisen führt der Erste Beigeordnete die Amtsbezeichnung Bürgermeister (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 29) 433.

Mitwirkung des Bürgermeisters in Stadtkreisen bei der Anlegung usw. der Erbhöferrolle (G. v. 15. Mai §§ 48, 49, 52) 176. (B. v. 24. Aug. II Nr. 35, 36) 330.

Bürgermeister in Stadtkreisen ist Schlachtsteuerstelle (G. v. 27. Nov. § 15) 411.

Verwaltung der Stelle des Bürgermeisters in den Ämtern (G. v. 6. April § 5) 94. — Kommissarische Verwaltung (B. v. 29. April § 2) 155.

Bestätigung der Bürgermeister in den Ämtern (B. v. 29. April) 155. (G. v. 23. Juni) 217.

Mitwirkung des Bürgermeisters in den Ämtern im Haushaltswesen der Gemeinden (G. v. 15. Dez. § 142 Abs. 3, 4) 471.

f. Bezirksbürgermeister, Oberbürgermeister.

Bürgerrecht in den Gemeinden, Besitz, Erlöschen, Verwirkung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 3, 15, 16, 21, 23, 24) 428. (B. v. 20. Dez. §§ 2, 3) 497. f. Ehrenbürgerrecht.

Bunzlau (Niederschlesien), Änderung der Grenzen des Kreises Bunzlau (G. v. 8. Sept.) 342.

Änderung des Amtsgerichtsbezirks (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (B. v. 15. Sept. § 1) 347.

Zulegung des Amtsgerichts Raumburg a. Du. zu dem Arbeitsgerichte Bunzlau (B. v. 14. Sept.) 354.

Burbach (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Burbach zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Amtsgerichtsbezirk Burbach gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Siegen (B. v. 18. Nov. V Nr. 5) 415.

Burgdorf (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 II 1) 348.

Burgsteinfurt (Westfalen), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 IV) 349.

Bussarde, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 14) 78.

C

Calenberg (Hannover), Aufhebung der Bekanntmachung der Landdrostei Hannover wegen des Taubenhaltens in dem Fürstentum Calenberg vom 25. Oktober 1827 (B. v. 4. März § 3 Nr. 19) 65.

Calenberg = Göttingen = Grubenhagen = Hildesheimer'scher Ritterschaftlicher Kreditverein in Hannover, f. Landschaften II 8.

Campemoor (Hannover), f. Wege B. 8.

Cattau (Anhalt), Änderung der Landesgrenze und Austausch von Gebietsteilen zwischen der preussischen Gemeinde Löbejün, Saalkreis, und der anhaltischen Gemeinde Cattau, Kreis Cöthen (Staatsvertr. v. 26. Okt. 31) 341. (G. v. 8. Sept.) 340.

Celle (Hannover), Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt für die Anlegung eines Flughafens in den Gemarkungen Celle und Westercelle (St. M. G. v. 25. Aug.) 503 Nr. 2.

Bildung des Erbhofgerichts beim Oberlandesgericht Celle (G. v. 15. Mai § 33) 173. — des Landeserbhofgerichts (G. v. 26. Okt. § 1) 384.

Clausthal-Zellerfeld (Hannover), Zuteilung des früheren waldeckischen Landesteils an den Bezirk des Oberbergamts in Clausthal-Zellerfeld (B. v. 4. Okt.) 368.

Änderung des Oberbergamtsbezirks (B. v. 24. Okt. §§ 2 bis 4) 386.

Amtsgerichtsbezirk Clausthal-Zellerfeld gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Osterode (Harz) (B. v. 18. Nov. III Nr. 2) 415.

Coppenbrügge (Hannover), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 14. Sept.) 354.

D

Daaden (Rheinprovinz), Zuteilung des Amtsgerichts Daaden zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Amtsgerichtsbezirk Daaden gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Altenkirchen (B. v. 18. Nov. V Nr. 6) 415.

Dambirsch gehört zu den geschützten Tierarten, Jagdzeiten (B. v. 10. März § 1 I 3) 71.

Verbot des Schrot- und Postenschusses auf Damwild (B. v. 10. März § 3) 73.

Darfeld (Westfalen), f. Wege B. 16.

Datteln (Westfalen), f. Wege B. 9.

Daun (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Daun und Hillesheim bei dem Amtsgericht in Daun (R. v. 15. Aug. IV Nr. 6) 314. — Aufgehoben (R. v. 18. Nov.) 414.

Deiche, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder vom 28. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 2) 118.
Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zum Bau eines Deiches an der Lehbucht zwecks Abschusses des Norder-Außentiefs im Regierungsbezirk Aurich sowie zur Ausführung von Binnenentwässerungsanlagen und sonstiger Folgeeinrichtungen vom 30. Juli 1926 (G. v. 26. April § 2 Nr. 12) 119.

Deichordnungen, Aufhebung der §§ 121 bis 124 der Deich- und Abwässerordnung für die Grafschaften Hoya und Diepholz vom 22. Januar 1864, soweit darin eine Strafe angedroht ist (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 12) 406.

Deichverbände, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Bildung usw. von Deichverbänden (G. v. 25. Juli Art. 30 bis 40) 278.
Verfahren zur beschleunigten Bildung eines Deichverbandes (G. v. 25. Juli Art. 58) 282.

Deichvorsteher, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Obliegenheiten usw. der Deichvorsteher (G. v. 25. Juli Art. 31, 33, 34) 278.

Deilinghofen (Westfalen), f. Wege B. 10.

Denkmalspflege, Aufhebung des Publikandum, betr. die Veränderung an den Fassaden der auf königliche Kosten erbauten Privathäuser, vom 31. August 1787 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 2) 377.
f. Heimatschutz.

Deutschblütige, Besitzer, Anerbe eines bäuerlichen Erbhofs können nur Deutschblütige sein (G. v. 15. Mai §§ 2, 12, 40, 42) 165. (R. v. 24. Aug. Art. 5, II Nr. 30) 322.
Ausschluß der Personen nichtarischer Abstammung von der Eintragung als Verwaltungsratsrat (G. v. 12. Juni) 209.
f. Reichsangehörigkeit.

Deutsch Krone (Posen-Westpreußen), Änderung der Grenzen des Kreises Deutsch Krone (G. v. 13. Sept.) 352.

Deutschland-Lied, Verbot des Singens und Spielens in Vergnügungs- und Gaststätten (Pol. R. v. 18. Aug.) 317.

Dienstbezüge, Amtsgehälter der Staatsminister (G. v. 26. April §§ 4, 5) 124.
Erste Verordnung zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften

Dienstbezüge (Fortf.)

auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts (v. 15. Juli) 247. — Zweite (v. 15. Juli) 247. — Dritte (v. 15. Juli) 248.

Änderung der Verordnung über Gehaltsföhrung vom 13. Dezember 1930 (R. v. 18. März § 26) 58.

Änderung von Dienstbezügen im Bereich der Bereitschaftspolizei (G. v. 22. Sept.) 357. — Änderung der Verordnung vom 19. Juli 1928 über die einmalige Dienstbelohnung (das. § 4) 357.

Aufhebung der Verordnung über die Dienstbezüge der Beamten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse vom 26. März 1930 (R. v. 18. März § 25 Abs. 2 Nr. 3) 58.

Änderungen des Gesetzes über die Dienstbezüge der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Besoldungsgesetz) vom 1. Mai 1928 (R. v. 18. März § 21) 57.

Dienst- und Versorgungsbezüge der Inhaber vereinigter Schul- und Kirchenämter (G. v. 28. Okt.) 393.

Neue Vorschriften über die Dienstbezüge der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (R. v. 18. Jan. § 1 Nr. 6) 5. (R. v. 15. Juli § 3) 249.

Dienstbezüge der Beamten und Angestellten der Körperschaften des öffentlichen Rechtes (R. v. 15. Juli § 4) 249.

Dienstleid der Staatsminister (G. v. 26. April § 3) 123. (G. v. 22. Sept.) 355.

Dienstleid der Beisitzer bei den Anerbenbehörden (R. v. 24. Aug. II 24, 25) 328.

Dienstleid der ernannten Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgerichte sowie der Spruchkammern für Siedlung und Auseinandersetzung (G. v. 15. Dez. § 4) 479.

Vereidigung der Schulzen und Bürgermeister, der Schöffen und Beigeordneten sowie der Gemeinderäte (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 38, 42) 435. (R. v. 20. Dez. § 9 Abs. 2) 499.

Dienstgebäude, Verordnung über das öffentliche Flaggens — Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1929 (R. v. 2. März) 35.

Dienstreisen, Übertragung der Genehmigung von Dienstreisen staatlicher Beamter auf den Oberpräsidenten (R. v. 30. März § 4 Nr. 17) 85.
f. Reisekosten.

Dienststrafsenate, Zuständigkeit des Dienststrafsenats des Oberverwaltungsgerichts im Dienststrafverfahren gegen ernannte Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgerichte sowie der Spruchkammern für Siedlung und Auseinandersetzung (G. v. 15. Dez. § 4 Abs. 3 Nr. 4) 480.

Dienststrafverfahren gegen Lehrer an den öffentlichen Volks- und mittleren Schulen (R. v. 30. März § 12 Nr. 2c) 88.

Dienststrafverfahren gegen Staatsforstbeamte (G. v. 1. Dez. § 3) 417.

Dienststrafverfahren (Fortf.)

Dienststrafverfahren gegen Beamte der Oberrechnungskammer (G. v. 15. Dez. Art. I § 3 Nr. 2) 475.

Anwendung der Beamtendienststrafordnung auf die Beamten der überörtlichen Prüfungsverbände für den Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 28. Jan. § 14) 17.

Anwendung der Dienststrafordnung für die richterlichen Beamten auf die ernannten Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgerichte sowie der Spruchkammern für Siedlung und Auseinanderetzung (G. v. 15. Dez. § 4) 479.

Dienstwohnungen, Beflaggung der Dienstwohnungen — Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1929 (B. v. 2. März) 35.

Bestimmungen über die Amtswohnungen des Ministerpräsidenten und der Staatsminister (v. 20. Dez.) 502.

Diepholz (Hannover), Aufhebung der Bekanntmachung der Landdrostei Hannover, das Taubenhalt in den Grafschaften Hoya und Diepholz betreffend, vom 3. Mai 1830 (B. v. 4. März § 3 Nr. 20) 65.

Aufhebung der §§ 121 bis 124 der Deich- und Abwässerungsordnung für die Grafschaften Hoya und Diepholz vom 22. Januar 1864, soweit darin eine Strafe angedroht ist (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 12) 406.

Dierdorf (Rheinprovinz), Zulegung des Amtsgerichts Dierdorf zu dem Landgericht Koblenz (G. v. 23. Juni § 4) 222.**Dillenburg** (Hessen-Nassau), Aufteilung des Landkreises Dillenburg in die Landkreise „Dillkreis“ mit dem Kreisitz in Dillenburg und „Biedenkopf“ mit dem Kreisitz in Biedenkopf (G. v. 17. Juli Kap. I § 9) 261.

Zuteilung des Amtsgerichts Dillenburg zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Dillkreis (Hessen-Nassau), Aufteilung des Landkreises Dillenburg in die Landkreise „Dillkreis“ mit dem Kreisitz in Dillenburg und „Biedenkopf“ mit dem Kreisitz in Biedenkopf (G. v. 17. Juli Kap. I § 9) 261.**Diözesen**, Verordnung des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über eine durch Notenwechsel getroffene Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhle zur Änderung der Grenzen der Diözesen Trier und Limburg (v. 11. Okt.) 373.**Diptam** gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 8) 72.**Disteln**, Stranddistel und stengellose Krazdistel (Silberdistel) gehören zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 1, 6) 72.**Dithmarschen** (Kreis in Schleswig-Holstein), Aufteilung des Landkreises Dithmarschen in die Landkreise „Norderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Heide und „Süderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Meldorf (G. v. 17. Juli Kap. I § 5) 261.**Domänen**, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen nebst Zubehör auf den Domänen vom 25. Juli 1930 (G. v. 26. April § 2 Nr. 5) 118.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken vom 9. August 1929 (G. v. 26. April § 2 Nr. 6) 118.

Außerkräftigung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken vom 5. August 1931 (G. v. 26. April § 1 Buchst. c) 118.

Bereitstellung von Geldmitteln für Domänen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5 Buchst. c) 121.

Forderungen des Staates aus der laufenden Bewirtschaftung usw. domänenfiskalischer Grundstücke unterliegender Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3a) 252. — Zwangsbefugnisse bei verpachteten Domänen (Sequestration, Räumung) (daf. § 3) 253.

Domänenamortisationsrenten, Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3c) 252.**Dorfälteste** heißen die Gemeinderäte in den Bauerndörfern (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 40) 435. f. Gemeinderäte.**Dorfschulze** ist Leiter der Gemeinde in Bauerndörfern, Aufgaben, Berufung, Entlassung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 4, 27 bis 39, 48) 428.**Dorfversammlung**, Bestimmung einer Versammlung der Bürgerrechtsbesitzenden an Stelle der Dorfältesten in Bauerndörfern (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 48) 437.**Dortmund** (Westfalen), Änderung des Oberbergamtsbezirk des Dortmund (B. v. 24. Okt. §§ 1, 3) 386.

Abtrennung der Amtsgerichte Soest und Werl von dem Landgerichte Dortmund (G. v. 13. Sept.) 351. (B. v. 14. Sept.) 353.

Westfälische Ferngas A.-G. in Dortmund, f. Westfälische Ferngas.

Dorum (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 II 2) 349.**Dramburg** (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirk des (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 4) 350.**Drosseln**, Erlaubnis zum Abschluß von Drosseln (B. v. 10. März § 16 Abs. 3) 76.**Druckschriften**, Zuständigkeit zur Beschlagnahme usw. von Druckschriften, Plakaten, Flugblättern usw., f. Schutz des deutschen Volkes.**Düben** (Sachsen), f. Wege B. 5.

Düren (Rheinprovinz), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 VI 2, 3) 349.

Düsseldorf (Rheinprovinz), Gliederung des Bezirksausschusses in Düsseldorf bleibt bestehen (B. v. 30. März § 10) 87.

Aufhebung des Kurfürstlichen Dekrets, betr. die Straßenreinigungspflicht in der Stadt Düsseldorf, vom 15. Dezember 1703 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 2) 239.

Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Düsseldorf und Düsseldorf-Gerresheim bei dem Amtsgerichte Düsseldorf (B. v. 18. Nov. IV Nr. 3) 415.

Duisburg (Rheinprovinz), Aufhebung des Gesetzes, betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Duisburg usw., vom 2. Juli 1898 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 6) 178. — s. Erbhofrecht.

Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Duisburg, Hamborn, Duisburg-Ruhrort und Oberhausen bei dem Amtsgericht in Duisburg (B. v. 15. Aug. III Nr. 1) 314. (B. v. 18. Nov. IV Nr. 1) 415.

G

Gedehirsch (Rothirsch) gehört zu den geschützten Tierarten, Jagdzeiten (B. v. 10. März § 1 I 2) 71.

Verbot des Schrot- und Postenschusses auf Rotwild (B. v. 10. März § 3) 73.

Gedemarder gehört zu den geschützten Tieren (B. v. 10. März § 1 I 5) 71. — Erlegen und Fang im Bereich von Fasanerien (das. § 15) 76.

Gegatten dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeindevorstandes, Beigeordneter usw., der Vertretungskörperschaft oder beider Körperschaften sein (B. v. 22. März § 4 Abs. 4 bis 7) 69. — nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister und Beigeordneter (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 50) 438.

Ghrenämter, Verpflichtung der Bürger zur Annahme von Ehrenämtern in der Gemeindeverwaltung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 18 bis 22, 26, 31, 42, 62) 430.

Ghrenbreitstein (Rheinprovinz), Zulegung des Amtsgerichts Ehrenbreitstein zu dem Landgericht Koblenz (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Änderung des Amtsgerichtsbezirks (G. v. 23. Juni § 5) 222.

Ghrenbürgerrecht in den Gemeinden, Verleihung, Erlöschen, Verwirkung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 17, 23, 43, 62) 430.
s. Bürgerrecht.

Ghrenrechte, Wiederverleihung der bürgerlichen Ehrenrechte usw. im Gnadenwege (G. v. 1. Aug. § 44) 303.

Besitz ist Erfordernis für das Bürgerrecht (B. v. 20. Dez. § 3 Abs. 2) 498.

s. Reichsangehörigkeit.

Gibe gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 21) 72.

Gichelhäher gehört zu den ungeschützten Vogelarten (B. v. 10. März § 1 II) 71.

Gichsfeld, Aufhebung der Verordnungen vom 25. August 1746, 6. Oktober 1766 und 30. Juni 1783 für das Fürstentum Gichsfeld über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 8) 64.

Gichverwaltung, Übertragung der Gichverwaltung auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 1, § 7 Nr. 6 b) 84.

Giderstedt (Kreis in Schleswig-Holstein), Aufteilung des Landkreises Husum-Giderstedt in die Landkreise „Husum“ mit dem Kreissitz in Husum und „Giderstedt“ mit dem Kreissitz in Tönning (G. v. 17. Juli Kap. I § 6) 261.

Gier, Erster Nachtrag zur Gebührenordnung der Überwachungsausschüsse für die Genehmigung zur Kennzeichnung von Eiern und für die Überwachung der Kennzeichnungsberechtigten vom 1. Juli 1932 (v. 24. April) 153. — Zweiter Nachtrag (v. 26. Okt.) 398.

Ginspruch gegen die Eintragung in die Liste der Verwaltungsrechtsräte (G. v. 4. Okt. § 1) 367.

Ginspruch gegen Verfügungen der Gemeinde über Benutzung der öffentlichen Einrichtungen, Erwerb usw. des Bürgerrechts (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 23, 24) 432. (B. v. 20. Dez. § 6) 498.

Ginspruch gegen Entscheidungen in Sachen des bäuerlichen Erbhofrechts (G. v. 15. Mai §§ 5, 19, 49, 51, 52) 166. (B. v. 24. Aug. II Nr. 4, 15, 39) 323. (B. v. 30. Aug. §§ 2, 11, 12) 333.

Eintracht, Braunkohlenwerke und Brikettfabriken in Welzow N.-L., Verleihung des Enteignungsrechts für den Weiterbetrieb des Braunkohlenwerks Verminghoff (St. M. G. v. 26. Juli) 357 Nr. 1.

Einziehung, Zuständigkeit zur Durchführung des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens (B. v. 31. Mai) 207.

Einziehung der entgegen den Schutzvorschriften und den Schonvorschriften erbeuteten Tiere (B. v. 10. März § 10) 75.

Zuständigkeit für die Einziehung von Waffen (B. v. 6. Febr. § 2 Nr. 6) 24.

Eisdiele, Regelung der Polizeistunde (B. v. 22. April) 111. (B. v. 20. Mai) 191.

Eisenbahnangelegenheiten, freie Eisenbahnfahrt der Staatsräte (G. v. 8. Juli § 14) 242.

Freifahrtrecht der Mitglieder des Preussischen Landtags (G. v. 19. Okt.) 375.

Eisenbahnen (Kleinbahnen, Straßenbahnen):

1. Kleinbahn-Aktiengesellschaft Gransee — Neuglobsow in Berlin, Verleihung des Enteignungsrechts für die Herstellung und den Betrieb einer nebenbahnähnlichen Kleinbahn vom Reichsbahnhof Gransee nach Neuglobsow mit Abzweigung von Schulzendorf nach Lindow (St. M. G. v. 5. Okt.) 402 Nr. 2.

Eisenbahnen (Fortf.)

2. Köln-Bonner Eisenbahnen, A.-G., Genehmigungsurkunde (St. M. E. v. 15. April) 208 Nr. 1.
3. Königswusterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahn-Gesellschaft, A.-G. in Berlin, Verleihung des Enteignungsrechts für den Bau und Betrieb eines Verbindungsgleises an die Neukölln-Mittenwalder Eisenbahn bei Mittenwalde und eines Gleisbogens zur Vermeidung der Spitzkehre bei Gallun (St. M. E. v. 21. Jan.) 39 Nr. 5.
4. Krefelder Eisenbahngesellschaft, Erweiterung des Gesellschaftszweckes (St. M. E. v. 21. Juli) 503 Nr. 1.
5. Liegnitz-Rawitscher Eisenbahngesellschaft, Verlegung des Sitzes von Liegnitz nach Berlin (St. M. E. v. 26. Juni) 424 Nr. 1.
6. Schlawer Kleinbahn-Gesellschaft m. b. H. in Schlawe, Verleihung des Enteignungsrechts zum Ausbau der bisher schmalspurigen Kleinbahnstrecke von Schlawe bis Pöllnow in Vollspur und zur Verlegung der Bahnstrecke von Schlawe bis Ruffenow (St. M. E. v. 14. Jan.) 30 Nr. 2.
7. Kleinbahn Schulzendorf-Lindow, f. Nr. 1.
8. Stendal-Tangermünder Eisenbahngesellschaft, Ergänzung der Genehmigungsurkunde (St. M. E. v. 25. Jan.) 107 Nr. 1.
9. Wittenberge-Berleberger Eisenbahn, Erweiterung des Zweckes (St. M. E. v. 21. Okt.) 503 Nr. 3.
10. Zschippkau-Finsterwalder Eisenbahngesellschaft, Änderung der Genehmigungsurkunde (St. M. E. v. 20. Juni) 402 Nr. 1.

Eisenhut gehört zu den geschützten Pflanzenarten (W. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 11) 72.

Eisvögel, Fang auf künstlichen Fischteichen (W. v. 10. März §§ 3, 4, 15) 73. — Abschusserlaubnis (daf. § 16) 76.

Eitorf (Rheinprovinz), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (W. v. 15. Sept. § 7 VI 4) 349.

Elbe (Fluß), Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau des preußischen Hafengebiets an der unteren Elbe vom 23. Juli 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 24) 120.

Eichwild gehört zu den geschützten Tierarten (W. v. 10. März § 1 I 1) 71. — Abschusserlaubnis (daf. § 16 Abs. 5) 76.

Verbot des Schrot- und Postenschusses auf Eichwild (W. v. 10. März § 3) 73.

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Preussische, in Berlin, Verleihung des Enteignungsrechts:

1. für den Bau einer 60000-Volt-Leitung zwischen dem Umspannwerke Verfa i. S. und dem Kraftwerke bei der Obertalsperre (St. M. E. v. 13. März) 107 Nr. 3;

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (Fortf.)

2. für die Herstellung und den Betrieb einer Kabelverbindung zwischen dem Pumpspeicherwerke Waldeck in Hemfurth und dem Kraftwerke Hemfurth I (St. M. E. v. 3. Mai) 194 Nr. 4.

Elektrizitätsanlagen, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätswerken vom 3. Dezember 1926 (G. v. 26. April § 2 Nr. 15) 119.

Bereitstellung von Geldmitteln zur Gewährung von Darlehen an die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft (G. v. 26. April § 3 Buchst. b) 120.

Elektrowerke, A.-G. in Berlin, Verleihung des Enteignungsrechts für den Bau dreier 20000-Volt-Leitungen zur Übertragung elektrischer Energie zwischen Glogau und Bautsch, Glogau und Gräbig sowie Glogau und Klein Gräbig (St. M. E. v. 28. Sept.) 380 Nr. 3.

Elster gehört zu den ungeschützten Vogelarten (W. v. 10. März § 1 II) 71.

Elster (Fluß), Änderung des Gesetzes, betr. die Schwarze Elster, vom 28. April 1928 — Schwarz-Elster-Verband — (G. v. 25. Juli Art. 60, 61, 62 Buchst. f) 283.

Elze (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (W. v. 15. Sept. § 2) 347.

Emden (Hannover), Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Fortführung und Vollendung der Helderarbeiten westlich des Emdener Hafens vom 15. Mai 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 31) 120.

Emmershausen (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Usingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Emis (Fluß), Übertragung des Rechtes zum Ausbau der Emis oberhalb von Schöneslieth an den Provinzialverband Westfalen (W. v. 7. April) 109.

Emscher (Fluß), Änderung des Gesetzes, betr. Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorflut und zur Abwässerreinigung im Emschergebiete, vom 14. Juli 1904 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. a) 283.

Enteignung, Genehmigung zur Regulierung der Verwendung der in einem Enteignungsverfahren (Landeskultursachen) festgestellten Geldentschädigung durch den Oberpräsidenten (W. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. h, Abs. 3) 81.

Entmündigte usw. haben nicht das Bürgerrecht (W. v. 20. Dez. § 3 Abs. 2) 498.

Entschädigung, Aufwandsentschädigung der Staatsräte (G. v. 8. Juli § 14) 242. (W. v. 10. Juli) 265.

Aufwandsentschädigung der Provinzialräte (G. v. 17. Juli § 14) 256. (W. v. 24. Okt.) 387.

Fortfall der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Preussischen Landtags (G. v. 19. Okt.) 375.

Entschädigung (Fortf.)

Entschädigung der Beisitzer der Auerbengerichte und des Erbhofgerichts (G. v. 11. Mai §§ 31, 34) 173. (B. v. 24. Aug. II Nr. 25) 328.

Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit sowie für die Mitwirkung in gemeindlichen Vertretungskörperschaften (G. v. 6. April § 8) 94.

Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 28, 31, 32, 62) 431.

Entschädigung der Gemeinden für den Steueranfall durch Senkung der Grundsteuer für den Neuhausbesitz (B. v. 19. Okt. § 2) 379.

Enzian gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 3) 72.

Erbbaurecht, Forderungen des Staates und gewisser unter Verwaltung des Oberpräsidenten usw. stehender Anstalten und Stiftungen unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3a, 3b) 252.

Erbfolge bei bäuerlichen Erbhöfen (G. v. 15. Mai §§ 7 ff.) 167. (B. v. 24. Aug. II Nr. 6 ff.) 324. f. Erbhofrecht.

Erbhöferolle, Eintragung usw. in die Erbhöferolle (G. v. 15. Mai §§ 1, 4, 22, 27, 39 bis 53) 165. (B. v. 24. Aug. II Nr. 29 bis 40) 329.

Erbhofbuch, Anlegung usw. eines Erbhofbuchs für den Erbhof (B. v. 24. Aug. Art. 2) 321.

Buch der alten Erbhöfe (B. v. 24. Aug. Art. 3) 322.

Erbhofgericht, Bildung usw. des Erbhofgerichts beim Oberlandesgericht Celle (G. v. 15. Mai §§ 29, 33 bis 36) 172. (B. v. 24. Aug. Art. 1, 3, II Nr. 25 bis 27) 321. (B. v. 11. Sept.) 347.

Verfahren von dem Erbhofgerichte und Kosten (G. v. 15. Mai §§ 37, 38) 174. (B. v. 24. Aug. II Nr. 28) 329. (B. v. 30. Aug.) 333.

f. Landeserbhofgericht.

Erbhofrat, Bildung usw. des Erbhofrats beim Justizministerium (B. v. 24. Aug. Art. 1) 321.

Erbhofrecht, bäuerliches Erbhofrecht (G. v. 15. Mai) 165. — Ausführungsverordnung (v. 24. Aug.) 321. Zweite Ausführungsverordnung (v. 11. Sept.) 347. — Verfahrensordnung (v. 30. Aug.) 333.

I. Grundgedanken: Auerbenrecht (G. v. 15. Mai § 1) 165. (B. v. 24. Aug. II Nr. 1) 322. — Der Bauer (G. v. 15. Mai § 2) 165. (B. v. 24. Aug. II Nr. 2) 322. — Der Erbhof (G. v. 15. Mai § 3) 166. (B. v. 24. Aug. II Nr. 3) 323. — Auerbenmitte und Eintragung (G. v. 15. Mai § 4) 166. — Verfügungen unter Lebenden (G. v. 15. Mai § 5) 166. (B. v. 24. Aug. II § 4) 323. — Verfügungen auf den Todesfall (G. v. 15. Mai § 6) 166. (B. v. 24. Aug. II Nr. 5, 44) 323.

II. Die Erbfolge kraft Auerbenrechts: 1. Erbrecht (G. v. 15. Mai § 7) 167. (B. v. 24. Aug. II Nr. 6) 324. — 2. Nachlassverbindlichkeiten (G. v. 15. Mai § 8) 167. —

Erbhofrecht (Fortf.)

3. Teilung des übrigen Nachlasses (G. v. 15. Mai § 9) 167. (B. v. 24. Aug. II Nr. 7) 324. — 4. Der Erbhof, Bestandteile (G. v. 15. Mai § 10) 167. (B. v. 24. Aug. II Nr. 8) 324. — Hofeszubehör (G. v. 15. Mai § 11) 167. (B. v. 24. Aug. II Nr. 9) 325. —

5. Der Auerbe, Auerbenordnung (G. v. 15. Mai § 12) 168. (B. v. 24. Aug. II Nr. 10, 44) 325. — Bruder- und Jüngstenrecht (G. v. 15. Mai § 13) 168. (B. v. 24. Aug. II Nr. 11, 44) 325. — Auswahl des Auerben (G. v. 15. Mai § 14) 169. (B. v. 24. Aug. II Nr. 12, 44) 325. — Rechtsvererb und Verzicht (G. v. 15. Mai § 15) 169. — Hofesfolgezeugnis (G. v. 15. Mai § 16) 169. (B. v. 24. Aug. II Nr. 13) 325. — 6. Versorgung der Miterben, Unterhalt, Berufsausbildung (u. Ausfertigung), Heimatzufucht (G. v. 15. Mai § 17) 169. (B. v. 24. Aug. II Nr. 14) 326. — Anteil des Ehegatten (G. v. 15. Mai § 18) 170. — Streitfälle (G. v. 15. Mai § 19) 170. (B. v. 24. Aug. II Nr. 15) 326. — Rechte der Miterben beim Verkauf des Hofes (G. v. 15. Mai § 20) 170. — Erblosung (G. v. 15. Mai § 21) 170. (B. v. 24. Aug. II Nr. 16) 326. — 7. Vorschriften für besondere Fälle, Kleinbesitz (G. v. 15. Mai § 22) 171. (B. v. 24. Aug. II Nr. 44) 332. — Mehrere Erbhöfe (G. v. 15. Mai § 22) 171. — Gesamtgut der Gütergemeinschaft (G. v. 15. Mai § 24) 171. (B. v. 24. Aug. II Nr. 17) 326. — Pflichtteil (G. v. 15. Mai § 25) 171. (B. v. 24. Aug. II Nr. 18) 326.

III. Die Übernahme kraft Auerbenrechts: Zulässigkeit (G. v. 15. Mai § 26) 172. (B. v. 24. Aug. II Nr. 19) 326. — Das Zuweisungsverfahren (G. v. 15. Mai § 27) 172. (B. v. 24. Aug. II Nr. 20) 326. — Wirkungen (G. v. 15. Mai § 28) 172.

IV. Die Auerbenbehörden und ihr Verfahren: 1. Das Auerbengericht (G. v. 15. Mai §§ 29 bis 32) 172. (B. v. 24. Aug. II Nr. 21 bis 24) 326. (B. v. 11. Sept.) 347. Gemeinschaftliche Auerbengerichte (B. v. 15. Aug.) 314. (B. v. 18. Nov.) 414. — 2. Das Erbhofgericht (G. v. 15. Mai §§ 33 bis 36) 173. (B. v. 24. Aug. II Nr. 25 bis 27) 328. (G. v. 26. Okt.) 384. — 3. Verfahren und Kosten (G. v. 15. Mai §§ 37, 38) 174. (B. v. 24. Aug. II Nr. 28) 329. (B. v. 30. Aug.) 333.

V. Die Erbhöferolle: 1. Eintragung und Löschung (G. v. 15. Mai §§ 39 bis 47) 174. (B. v. 24. Aug. II Nr. 29 bis 33, 44) 329. — 2. Die Anlegung der Erbhöferolle (G. v. 15. Mai §§ 48 bis 53) 176. (B. v. 24. Aug. II Nr. 34 bis 40) 330.

VI. Übergangs- und Schlussvorschriften: 1. Inkrafttreten und Außerkrafttreten, Inkrafttreten des neuen Gesetzes (G. v. 15. Mai § 54) 177. — Geltungsbereich (G. v. 15. Mai § 55) 177. — Außerkrafttreten

Erbhofrecht (Fortf.)

von älteren Gesetzen (G. v. 15. Mai § 56) 177. (B. v. 24. Aug. II Nr. 41) 332. — Vorhandene Auerbengüter (G. v. 15. Mai § 57) 179. (B. v. 24. Aug. II Nr. 42) 332. — Rentengutsanerbens- und Zwangsauf- lösungsgesetz (G. v. 15. Mai § 58) 179. (B. v. 24. Aug. II Nr. 43) 332. — Außerkraft- treten einzelner Vorschriften (G. v. 15. Mai § 59) 179. — 2. Übergangs- und Ausführungs- vorschriften, Staatsverträge (G. v. 15. Mai § 60) 179. — Überleitung (das. § 61) 179. — Ausführung (das. § 62) 179. — 3. Schlußvorschrift, Auslegungsregel (das. § 63) 180. — Anlage I, Landschaften mit Auerbensitte (G. v. 15. Mai) 180. (B. v. 24. Aug. II Nr. 45) 332. — Anlage II, Landschaften ohne Auerbensitte (G. v. 15. Mai) 180.

Ausführungsgesetz zum Reichserbhofgesetz (v. 26. Okt.) 384.

Erbleihen, Aufwertung von Erbleihen — Änderung des Gesetzes vom 28. Dezember 1927 (G. v. 25. Jan.) 9.

Beitreibung der von einer staatlichen Behörde verwalteten Ansprüche im Verwaltungszwangs- verfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3c) 252.

Erbpacht, Aufwertung von Erbpachtzinsen (Kanon) — Änderung des Gesetzes vom 28. Dezember 1927 (G. v. 25. Jan.) 9.

Beitreibung der von einer staatlichen Behörde verwalteten Ansprüche im Verwaltungszwangs- verfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3c) 252.

Ernennung zum Staatsrat (G. v. 8. Juli §§ 2 bis 6) 241. (G. v. 31. Juli Art. I) 289.

Ernennung zum Provinzialrat (G. v. 17. Juli §§ 2 bis 6) 255. (G. v. 31. Juli Art. II) 289.

Ernennung der Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgerichte und der Spruchkammern für Siedlung und Auseinander- setzung (G. v. 15. Dez. § 4) 479.

Ernennung der Vorstandsmitglieder der Feuerwehrverbände und des Feuerwehrbeirats (G. v. 15. Dez. §§ 7, 9, 11) 485.

Berufung der Gemeinderäte (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 41) 435.

Ernennung der Mitglieder der Auerben- gerichte für bäuerliche Erbhöfe (G. v. 15. Mai § 31) 173. (B. v. 24. Aug. II Nr. 23) 327. (B. v. 11. Sept.) 347. (G. v. 26. Okt. § 5) 385.

Ernennung der Mitglieder des Erbhofgerichts (G. v. 11. Mai § 34) 173. (B. v. 24. Aug. II Nr. 25) 328.

Ernennung der Beamten, s. Anstellung.

Eschwege (Hessen-Nassau), Änderung des Amts- gerichtsbereiches (B. v. 15. Sept. § 7 V 4) 349.**Eschweiler** (Rheinprovinz), Änderung des Amts- gerichtsbereiches (B. v. 15. Sept. § 7 VI 2) 349.**Essen** (Rheinprovinz), Aufhebung des Gesetzes, betr. das Auerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Essen Land, Essen Stadt usw., vom 2. Juli 1898 (G. v.**Essen** (Fortf.)

15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 6) 178. — s. Erbhof- recht.

Bildung eines gemeinschaftlichen Auerben- gerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Essen und Essen-Borbeck bei dem Amtsgericht Essen (B. v. 18. Nov. V Nr. 1) 415.

Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen, s. Ruhr- gas.

Ruhrtalsperrenverein in Essen, s. Ruhrtal- sperrenverein.

Ezekution, aufgehoben werden:

1. die Ezekutionsverordnung für die Rhein- provinz vom 24. November 1843;
 2. die Ezekutionsverordnung für die sechs öst- lichen Provinzen mit Ausschluß von Neu- vorpommern und Rügen vom 30. Juli 1853;
 3. die Ezekutionsverordnung für Neuvorpom- mern und Rügen vom 1. Februar 1858;
 4. die Ezekutionsverordnung für Westfalen vom 30. Juni 1845;
 5. die Ezekutionsverordnung für die durch die Gesetze vom 20. September und 24. De- zember 1866 mit Preußen vereinigten Landesteile vom 22. September 1867 (G. v. 12. Juli § 5 Nr. 2 bis 6) 254.
- f. Verwaltungszwangsverfahren.

F

Falkenburg (Pommern), Änderung des Amts- gerichtsbereiches (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 2) 350.

Fallerleben (Hannover), Änderung des Amts- gerichtsbereiches (B. v. 15. Sept. § 7 VII) 349.

Fallinghofstel (Hannover), Aufteilung des Land- kreises Fallinghofstel-Soltau in die Landkreise „Fallinghofstel“ mit dem Kreisitz in Fallinghofstel und „Soltau“ mit dem Kreisitz in Soltau (G. v. 17. Juli Kap. I § 8) 261.

Farne, Straußfarn, Rippenfarn und Königsfarn gehören zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 23, 24, 26) 72.

Fajanen, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 9) 78.

Federgras gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 19) 72.

Fehnkolonien in Ostfriesland, Aufwertung der An- sprüche aus Fehnerbpachten — Änderung des Ge- setzes vom 28. Dezember 1927 (G. v. 25. Jan.) 9.

Feiertage, s. Sonntage.

Feldpolizei, Ergänzung des Feld- und Forstpolizei- gesetzes vom 1. April 1880 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (G. v. 29. Juni) 251.

Aufhebung des § 40 Abs. 2 der Feldpolizei- ordnung vom 1. November 1847 (B. v. 4. März § 3 Nr. 21) 65.

Aufhebung der Feldpolizeiordnung für alle Landesteile, in denen das allgemeine Landrecht Gesetzeskraft hat, mit Ausschluß der Kreise Rees und Duisburg vom 1. November 1847 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 13) 239.

Festungshaft, Vollstreckung der Strafe der Festungshaft (G. v. 1. Aug. § 27) 299. — Gnadenrecht (daf. §§ 41 bis 70) 302.

Feuerlöschwesen, Gesetz über das Feuerlöschwesen (v. 15. Dez.) 484. — Örtliche Feuerwehren (§§ 1 bis 6) 484. — Kreisfeuerwehrverbände (§§ 7, 8) 485. — Provinzialfeuerwehrverbände (§§ 9, 10) 485. — Feuerwehrbeirat (§§ 11, 12) 486. — Aufsicht über die Feuerwehrverbände (§§ 13 bis 15) 486. — Sachliche Ausrüstung der Feuerwehren (§§ 16, 17) 487. — Verhalten in Brandfällen (§§ 18 bis 23) 487. — Aufhebung des Gesetzes, betr. die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlaß von Polizeiverordnungen über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden, vom 21. Dezember 1904 und der §§ 139 und 140 des Zuständigkeitsgesetzes (§ 24) 488.

Feuerpolizei, aufgehoben werden:

1. die Zirkularordre, betr. die Abschaffung der engen steinernen und hölzernen Schornsteine, vom 1. Oktober 1708;
2. das renovierte Edikt vom 1. Oktober 1708 gegen Abwendung der Feuergefahr vom 14. Januar 1716;
3. das Edikt, betr. Abschaffung der Backöfen in den Häusern auf dem platten Lande, vom 8. Januar 1724;
4. das Edikt wegen der Schornsteine vom 21. Oktober 1777;
5. die Allerhöchste Deklaration, betr. die Ermäßigung der in dem Edikt vom 19. Januar 1764 auf das feuergefährliche Tabakrauchen gesetzten Strafe, vom 31. August 1815;
6. die Kabinettsordre, betr. die Teilnahme des Militärs bei der Feuerpolizei, vom 29. August 1818;
7. die Verordnung, betr. die Anwendung der in den Städten geltenden feuer- und baupolizeilichen Vorschriften bei Gebäuden auf solchen zum platten Lande gehörigen Grundstücken, welche innerhalb der Städte oder im Gemenge mit städtischen bebauten Grundstücken liegen, vom 17. Juli 1846 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 4 bis 9, 12) 239.

Aufgehoben werden:

1. Allgemeine Feuerordnung in den Städten der Kurmark vom 1. November 1718;
2. Verordnung wegen besserer Einrichtung der Backöfen in der Kurmark vom 16. April 1794 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 1, 3) 377.

Aufgehoben werden:

1. Reglement für das platte Land des Herzogtums Magdeburg zur Verhütung der Feuerbrünste vom 18. Januar 1772;
2. Feuer- und Brandordnung für die Stadt Hamn und übrige Städte der Grafschaft Mark vom 20. April 1773;
3. Feuerordnung für das Fürstentum Ostfriesland und das Harlingerland vom 9. Februar 1863 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 2, 3, 11) 405.

f. Baupolizei.

Feuerversicherung, Aufhebung des Hohenzollern-Sigmaringischen Gesetzes, betr. die Versicherung der Gebäude und Mobilien, vom 28. April 1849 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 10) 406.

Feuerwehrbeirat, Stellung, Aufgaben (G. v. 15. Dez. §§ 11, 12) 486.
f. Feuerlöschwesen.

Finanzausgleich, Verlängerung und Änderung des Preussischen Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz für das Rechnungsjahr 1933 (B. v. 18. März §§ 13, 15) 55.

Änderung des § 28 des Ausführungsgesetzes (G. v. 4. Okt. Art. III) 366.

Änderung des Gesetzes über einen Sonderfinanzausgleich zugunsten preussischer Randgemeinden (-kreise) in der Nachbarschaft von Stadtstaaten vom 8. Juli 1927 (B. v. 18. März §§ 14, 15) 55.

Finanzminister, Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen Zoll- und Steuerbestimmungen auf den Finanzminister (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2a) 303.

Finanzminister wird ermächtigt, zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Wirtschaftslage hervorgerufener Bedürfnisse Garantien und Bürgschaften zu Lasten des Staates zu übernehmen (G. v. 26. April Art. II § 4) 114. (G. v. 29. Juni) 245.

Fingerhut, gelber, gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 4) 72.

Fischadler, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 14) 78. — Fang auf künstlichen Fischteichen (daf. §§ 3, 4, 15) 73. — Abschüßerlaubnis (daf. § 16) 76.

Fischerei, Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Mitwirkung bei der Aufsicht über die für die Provinz zur Hebung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Förderung der Landwirtschaft und Fischereiwirtschaft geschaffenen Einrichtungen (B. v. 30. März § 3 Nr. 1e) 84.

Übertragung der Aufsicht über den Oberfischmeister für die Binnengewässer auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 4) 84.

Fang von Fischreihern, Fischadlern, Eisvögeln, Möven, Sägern und Tauchern auf künstlichen Fischteichen (B. v. 10. März §§ 3, 4, 15) 73. — Abschüßerlaubnis (daf. § 16) 76.

Änderung der Verordnung zur Ausdehnung der Pachtschutzordnung auf Jagdpachtverträge vom 18. August 1927 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 1927, Ausdehnung auf Fischereipachtverträge (B. v. 5. Juli) 237. (B. v. 10. Okt.) 372.

Fischereigenossenschaften, Änderung der Vorschriften des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 über Bildung usw. von Fischereigenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 65 bis 71) 284.

Fischereigesetz, Änderung der §§ 55 bis 58, 60 des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 (G. v. 25. Juli Art. 65 bis 71) 284.

Fischreihher gehört zu den ungeschützten Vogelarten (B. v. 10. März § 1 II) 71. — Fang auf künst-

Fischreier (Fortf.)

lichen Fischteichen (daf. §§ 3, 4, 15) 73. — Abschlußerlaubnis (daf. § 16) 76.

Flaesheim (Westfalen), s. Wege B. 12.

Flaggen, Verordnung über das öffentliche Flaggen — Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1929 (B. v. 2. März) 35.

Fledermäuse gehören zu den geschützten Tierarten (B. v. 10. März § 1 I 8) 71.

Fleischschau, Änderung des Gesetzes über die Ausfuhr des Schlachtvieh- und Fleischschaugesetzes vom 28. Juni 1902 (G. v. 18. Mai) 185.

Aufhebung der Anordnung über die fleischschauartige Beurteilung des Fleisches von EINHUFERN, die mit ansteckender Blutarmut behaftet sind, vom 4. Dezember 1926 (Anordn. v. 28. Sept.) 380.

Gebührenordnung für die Schlachtvieh- und Fleischschau einschließlich der Trichinenschau bei Schlachtungen außerhalb der Gemeinden mit Schlachthauszwang (G. D.) (v. 9. Juni) 234 Ziffer 1. — 2. Nachtrag (v. 25. Okt.) 416.

Sondergebührenordnung für die Schlachtvieh- und Fleischschau einschl. der Trichinenschau bei Schlachtungen in der Provinz Hessen-Nassau außerhalb der Gemeinden mit Schlachthauszwang (v. 16. Juni) 235 Ziffer 4.

Obliegenheiten des Beschauers in Angelegenheiten der Schlachtsteuer (B. v. 18. März § 8) 53. (G. v. 27. Nov. § 4) 410.

Flüssigkeiten, brennbare, Polizeiverordnung über die Verwendung von brennbaren Flüssigkeiten zu Koch- und Heizzwecken (v. 17. Juni) 232. (Pol. B. v. 21. Aug.) 350.

Forst (Brandenburg), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

Zulegung des Amtsgerichts Triebel zu dem Arbeitsgerichte Forst (B. v. 14. Sept.) 354.

Forstbeamte, die höheren Forstbeamten ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1f) 266.

Anweisung des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Ernennung der mittleren Forstbeamten in Einzelfällen (G. v. 17. Juli Nr. 2) 267.

Dienststrafverfahren gegen Staatsforstbeamte (G. v. 1. Dez. § 4) 417.

s. Oberlandforstmeister, Oberforstmeister.

Forstdiebstahl, Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Forstzuwiderhandlungen einschl. der Forstdiebstähle auf den Minister für Landwirtschaft usw. (G. v. 1. Aug. § 45 Absf. 2d) 304.

Forsten, Bereitstellung von Geldmitteln für die Forsten zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5 Buchst. b) 121.

Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Forstbränden (G. v. 15. Dez. § 21) 488.

Forderungen des Staates aus der laufenden Bewirtschaftung usw. forstfiskalischer Grundstücke unterliegen der Beitreibung im Zwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Absf. 1 Nr. 3a) 252. — desgl. Forderungen gewisser unter Verwaltung des Oberpräsidenten usw. stehender Anstalten und Stiftungen (daf. § 1 Absf. 1 Nr. 3b) 252.

Forsten (Fortf.)

Zwangsbefugnisse bei verpachteten Forsten des Staates und gewisser Anstalten und Stiftungen (Sequestration, Räumung) (G. v. 12. Juli § 3) 253.

Forstpolizei, Ergänzung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Januar 1926 (G. v. 29. Juni) 251.

Forstverwaltung, Gesetz über die Landesforstverwaltung (v. 1. Dez.) 417. — Übertragung auf den Ministerpräsidenten, Bildung einer besonderen Abteilung (daf. § 1) 417.

Führung der Forstverwaltung in einzelnen Regierungsbezirken durch andere Regierungspräsidenten (B. v. 30. März § 8 Nr. 3) 87. — durch Oberforstmeister (G. v. 1. Dez. §§ 2, 4) 417.

Forstzuwiderhandlungen, Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Forstzuwiderhandlungen einschl. der Forstdiebstähle auf den Minister für Landwirtschaft usw. (G. v. 1. Aug. § 45 Absf. 2d) 304.

Frankenberg (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 2) 319. (B. v. 15. Sept. § 6, § 7 V 1) 348.

Frankenstein (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 1, 6) 348.

Fredeburg (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Fredeburg zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Freifahrtrecht, Gesetz über das Freifahrtrecht und die Entschädigung der Mitglieder des Preussischen Landtags (v. 19. Okt.) 375.

Freie Eisenbahnfahrt der Staatsräte (G. v. 8. Juli § 14) 242.

Freiheitsstrafen, Vollstreckung der Freiheitsstrafen (G. v. 1. Aug. §§ 5 bis 40) 294. — Gnadenrecht (daf. §§ 41 bis 70) 302.

Freystadt (Niederschlesien), Aufteilung des Landkreises Grünberg in die Landkreise „Grünberg“ mit dem Kreisitz in Grünberg in Schlesien und „Freystadt“ mit dem Kreisitz in Freystadt in Niederschles. (G. v. 17. Juli Kap. I § 2) 261.

Fristen für die Anbringung der Beschwerde usw. gegen Verfügungen usw., s. Beschwerden usw.

Frühlingsadonisröschen gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Absf. 2 Nr. 12) 72.

Fürsorgeerziehung, Änderung des § 22 des Gesetzes vom 29. März 1924 (B. v. 18. März § 18) 56.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Entscheidung über die Befreiung von der Anwendung der Bestimmungen der §§ 20 bis 23 des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes für die Provinzialanstalten und diejenigen Anstalten, welche ausschließlich oder überwiegend Fürsorgezöglinge aufnehmen (B. v. 30. März § 2 Nr. 1f) 83.

Fürsorgepflicht, Änderung der Ausführungsverordnung zur Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 17. April 1924 in der Fassung vom 30. Mai 1932 (B. v. 17. März Art. VIII) 45. (B. v. 18. März § 18) 56.

Fürstenaue (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 5 Nr. 2) 348.

G

Gartenbau, Eintragung des Besitzes in die Erbhöfrolle (G. v. 15. Mai § 22a) 171. (B. v. 24. Aug. Art. 4, II Nr. 44) 332.

Garz a. D. (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (B. v. 15. Sept. § 4) 347.

Gaststätten, Änderung der Verordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchführung des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (B. v. 30. März) 106.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten bei der Durchführung des Gaststättengesetzes (B. v. 30. März § 4 Nr. 11) 84.

Ergänzung der Verordnung vom 13. November 1931, betr. neu zu errichtende Schankwirtschaften — Verordnung, betr. neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften (v. 27. April) 154. — Neue Verordnung (v. 5. Dez.) 423.

Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern in Schankstätten, Genehmigung der Ortspolizeibehörde (B. v. 27. Mai) 213.

Verbot des Singens und Spielens des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes in Gaststätten usw. (Pol. B. v. 18. Aug.) 317.

Verbot des Ausschanks von Branntwein und des Kleinhandels mit Trinkbranntwein für den 4., 5., 11., und 12. März 1933 (B. v. 17. Febr.) 29.

Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen das Gaststättengesetz auf den Minister des Innern (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2b) 304.

§. Polizeistunde.

Gebührenfreiheit der Rechtsgeschäfte aus Anlaß einer Grenzänderung zwischen Gemeinden (G. v. 15. Dez. § 57 Abs. 3) 439.

Gefangene, Verbot des Verkehrs mit Gefangenen (Pol. B. v. 16. Nov.) 414.

Gefangene verlieren das Bürgerrecht (B. v. 20. Dez. § 3 Abs. 3) 498.

Vorschriften über die Auswahl usw. der Gefangenenarbeit (G. v. 1. Aug. § 16) 297.

Aufgaben usw. der Gefangenenfürsorge (G. v. 1. Aug. § 33) 301.

Geflügel, Einfuhr österreichischen Geflügels (Anordn. v. 27. Okt. 32) 6 Ziffer 2.

Geheimes Staatspolizeiamt, Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamts (G. v. 26. April) 122. (G. v. 30. Nov.) 413.

Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 26. April) 126.

Geheimes Staatspolizeiamt (Fortf.)

Zuständigkeit zur Durchführung des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens (B. v. 31. Mai) 207.

Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 12. Juni § 2) 212.

§. Landespolizeibehörden.

Geheimhaltung, Pflicht der Mitglieder der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verschwiegenheit, Ordnungsstrafen und Ausschluß bei Zuwiderhandlungen (B. v. 22. März § 3) 68.

§. Amtsverschwiegenheit.

Geistesranke usw. haben nicht das Bürgerrecht (B. v. 20. Dez. § 3 Abs. 2) 498.

Geistliche können die Annahme eines Ehrenamtes in der Gemeinde ablehnen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 18 Abs. 3) 431.

Geistliche können nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister oder Beigeordneter sein (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 35) 434.

§. Pfarrer.

Geißbart gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 9) 72.

Geldstrafen gegen Mitglieder der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände wegen Verletzung der Pflicht zur Verschwiegenheit (B. v. 22. März § 3) 68.

Geldbußen bei unberechtigter Ablehnung eines Ehrenamtes usw. in der Gemeindeverwaltung, bei Verletzung der Amtsverschwiegenheit (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 18, 19) 430.

Geldstrafen unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 2) 252.

Vollstreckung von gerichtlichen Geldstrafen (G. v. 1. Aug. § 35) 301. — Gnadenrecht (das. §§ 41 bis 70) 302.

§. Strafbestimmungen.

Gelsenkirchen-Buer (Westfalen), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Gelsenkirchen und Gelsenkirchen-Buer bei dem Amtsgerichte Gelsenkirchen-Buer (B. v. 18. Nov. V Nr. 2) 415.

Gemeinden, Aufgaben usw. der Gemeinden im Feuerlöschwesen (G. v. 15. Dez. §§ 1, 16, 20, 21, 23) 484.

Vergütung an die Gemeinden für Verwaltung der Schlachtsteuer (G. v. 27. Nov. § 17) 412.

§. Gemeindeverfassung.

Gemeindeabgaben, Erhebung, Festsetzung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 9, 13, 43) 429. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 1, 7) 442.

Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränksteuer und Bürgersteuer vom 28. November 1930 (B. v. 17. März Art. IV) 44.

Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das einer Schlachthausgemeinde aus einer Schlachtung außerhalb des Gemeindebezirktes zugeführt wird (B. v. 15. Juli) 270. (B. v. 4. Nov.) 423.

Gemeindeabgaben (Fortf.)

Entschädigung der Gemeinden für den Steuer-
ausfall durch Senkung der Grundsteuer für Neu-
hausbesitz (W. v. 19. Okt. § 2) 379.

f. Kommunalabgaben.

Gemeindeälteste heißen die Gemeinderäte in den
Landgemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 40)
435.

f. Gemeinderäte.

Gemeindeanleihen, Vereinfachung der Darlehns-
aufnahme für Arbeiten aus dem Arbeitsbeschaf-
fungsprogramme von 1932 (W. v. 20 April) 163.

Aufnahme usw. von Darlehen seitens der Ge-
meinden und Gemeindeverbände (Gem. Fin. G.
v. 15. Dez. §§ 72 bis 85) 456. (Gem. Verf. G.
v. 15. Dez. § 43) 436.

Gemeindeausschüsse, Auflösung (W. v. 20. Dez. § 9
Abs. 3) 499. (W. v. 20. Dez. § 5) 500.

f. Gemeinderäte.

Gemeindebeamte, besoldete Beamte, Angestellte
usw. dürfen nicht Mitglied des Gemeindevor-
standes, Beigeordneter, Schöffe sein (W. v.
22. März § 4) 68. — nicht Schulze, Schöffe,
Bürgermeister und Beigeordneter (Gem. Verf.
G. v. 15. Dez. § 35) 434.

Neuwahl der ehrenamtlichen Beamten von
Gemeinden und Gemeindeverbänden (G. v.
6. April § 1) 95.

Neuwahl im Falle der Verfassung der Be-
stätigung von Beamten der Gemeinden und Ge-
meindeverbände (G. v. 23. Juni § 8) 219.

Bestätigung von Beamten der Gemeinden
und Gemeindeverbände (G. v. 6. April) 95. (W.
v. 29. April) 155. — Neue Bestimmungen (G. v.
23. Juni) 217.

Neue Bestimmungen über die Berufung, Ent-
lassung usw. der Beamten der Gemeinden (Gem.
Verf. G. v. 15. Dez. §§ 10, 27 bis 39) 429.

Ausführung des Reichsgesetzes zur Wieder-
herstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April
1933 in den Gemeinden und Gemeindeverbänden
(W. v. 15. Juni Nr. 2) 202.

Durchführung des Reichsgesetzes zur Ände-
rung von Vorschriften auf dem Gebiete des all-
gemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des
Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (W. v.
15. Juli) 247. (W. v. 15. Juli) 247. (W. v. 15. Juli)
248.

Beamte der Gemeinden (Gemeindeverbände)
sollen nicht zu Mitgliedern der Bezirks- usw. Ver-
waltungsgerichte ernannt werden (G. v. 15. Dez.
§ 4) 479.

Haftung für schuldhafte Zahlungsanweisungen
usw. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 139 bis 141) 470.

Gemeindebezirke, Bestimmungen über Änderung
der Gemeindegrenzen, Eingemeindungen (Gem.
Verf. G. v. 15. Dez. §§ 52 bis 57) 438.

Vereinigung einzelner Landgemeinden mit
Stadtgemeinden, f. Stadtbezirke und unter
Ortsnamen.

Gemeindedeputationen, Auflösung (W. v. 20. Dez.
§ 10) 499.

Gemeindefinanzverordnung — Haushaltsführung
der Gemeinden und Gemeindeverbände — vom
2. November 1932, Änderungen (W. v. 17. März
Art. VI) 44. (G. v. 12. Juni) 210.

Aufhebung des § 4 der Ersten Verordnung
über die Durchführung der Gemeindefinanz-
verordnung vom 2. November 1932 vom 17. De-
zember 1932 (G. v. 4. Okt. § 1) 366.

Zweite Verordnung über die Durchführung
der Gemeindefinanzverordnung vom 2. November
1932 (v. 28. Jan.) 12. — Ergänzung (W. v.
1. Aug.) 313. — Änderungen (G. v. 4. Okt. § 2)
366.

f. Gemeindefinanzgesetz.

Gemeindefinanzgesetz, Haushalts- und Wirtschafts-
führung der Gemeinden und Gemeindeverbände
(Gemeindefinanzgesetz) (v. 15. Dez.) 442. —
Haushaltswesen (§§ 1 bis 43) 442. — Grund-
lagen der Finanzwirtschaft (§§ 1 bis 11) 442. —
Gestaltung des Haushaltsplans (§§ 12 bis 30)
446. — Ausführung des Haushaltsplans (§§ 31
bis 43) 449. — Teilnahme der Gemeinde am
bürgerlichen Rechtsverkehr (§§ 44 bis 54)
451. — Vermögens- und Schuldenverwal-
tung (§§ 55 bis 85) 453. — Vermögensverwal-
tung (§§ 55 bis 71) 453. — Schuldenverwaltung
(§§ 72 bis 80) 456. — Kassenkredite (§§ 81 bis 83)
458. — Nachweis und Bewertung des Ver-
mögens und der Schulden (§§ 84, 85) 458. —
Wirtschaftliche Betätigung der Gemein-
den (§§ 86 bis 102) 459. — Errichtung wirtschaft-
licher Unternehmungen (§§ 86 bis 89) 459. —
Führung wirtschaftlicher Unternehmungen (§§ 90
bis 102) 461. — Kassenwesen (§ 103) 463. —
Rechnungs- und Prüfungswesen (§§ 104
bis 138) 463. — Rechnungslegung der Kasse
(§§ 104 bis 108) 463. — Aufstellung der Haus-
haltsrechnung (Jahresrechnung) (§§ 109 bis 114)
464. — Vorprüfung durch das örtliche Rechnungs-
prüfungsamt (§§ 115 bis 120) 465. — Prüfung
und Entlastung durch die Aufsichtsbehörde (§§ 121
bis 138) 467. — Haftung der Gemeinde-
beamten aus der Haushalts- und Wirt-
schaftsführung (§§ 139 bis 141) 470. — Ge-
meindeverbände (§ 142) 471. — Schlußvor-
schriften (§§ 143 bis 147) 471.

Erste Verordnung zur Durchführung des Ge-
meindefinanzgesetzes vom 15. Dezember 1933
(v. 20. Dez.) 499.

Gemeindehaushalt, Änderung der Verordnung
über die Haushaltsführung der Gemeinden und
Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung)
vom 2. November 1932 (W. v. 17. März Art. VI)
44. (G. v. 12. Juni) 210.

Gesetz über die Haushalts- und Wirtschafts-
führung der Gemeinden und Gemeindeverbände
(Gemeindefinanzgesetz) (v. 15. Dez.) 442. — Erste
Verordnung (v. 20. Dez.) 499.

Verteilungsverfahren wegen Geldforderungen
gegen Gemeinden und Gemeindeverbände (W. v.
30. März) 101. (G. v. 4. Okt. Art. IV) 366.

Gemeindehaushaltsplan, Aufstellung, Feststellung und Ausführung der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 1 bis 43) 442. (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 43) 436.

Gemeindefassen, Einrichtung, Revision usw. der Fassen der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 28. Jan.) 12. (B. v. 1. Aug.) 313. (G. v. 4. Okt. § 2) 366. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 103) 463.

Gemeindeprüfungsämter, Einrichtung usw. von Gemeindeprüfungsämtern bei den Aufsichtsbehörden (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 121 bis 135) 467.

f. Rechnungsprüfungsämter.

Gemeinderäte, Berufung, Aufgaben usw. in den Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 40 bis 48) 435. (B. v. 20. Dez. § 9) 499. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 143 Abs. 5) 471.

In welchen Fällen ein Gemeinderat nicht an den Beratungen teilnehmen darf (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 51) 438.

Gemeinderechnungen, Legung, Prüfung, Feststellung usw. der Jahresrechnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände — Prüfungsämter und überörtliche Prüfungsverbände — (B. v. 28. Jan.) 12. (B. v. 1. Aug.) 313. (G. v. 4. Okt. § 2) 366. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 104 bis 138) 463. (B. v. 20. Dez. § 6) 500.

Gemeindegewählten, Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Schöffen sein dürfen (B. v. 22. März § 4) 68. (Gem. Verf. Ges. v. 15. Dez. § 35) 434.

Verwaltung der Stellen der Schöffen in den Landgemeinden (G. v. 6. April §§ 4, 6) 94.

Bestätigung der Schöffen in den Landgemeinden (G. v. 6. April § 4) 96. (G. v. 23. Juni) 217.

Wahl der Schöffen in den Städten der Hohenzollerischen Lande (G. v. 6. April § 5) 96.

Neue Vorschriften über die Berufung usw. der Schöffen in den Bauerndörfern und Landgemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 27 ff.) 432. (B. v. 20. Dez. § 7) 498.

f. Schöffen.

Gemeindegewählter ist Leiter der Gemeinde in Landgemeinden, Aufgaben, Berufung, Entlassung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 4, 27 bis 39) 428. (B. v. 20. Dez. § 4) 498.

Gemeindeunternehmungen, Errichtung usw. wirtschaftlicher Unternehmungen seitens der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 86 bis 102) 459. (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 43) 436.

Gemeindeverbände, in welchen Fällen ein Mitglied der Vertretungskörperschaft nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen darf (B. v. 22. März § 1) 67. — Ausschluß eines Mitgliedes der Vertretungskörperschaft bei grober Ungebühr usw. (daf. § 2) 67. — Pflicht zur Verschwiegenheit (daf. § 3) 68. — Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Mitglieder der Vertretungskörperschaft sein dürfen (daf. § 4) 68.

Gemeindeverbände (Fortf.)

Auflösung der Vertretungskörperschaften der Gemeinden u. Gemeindeverbände (B. v. 4. Febr.) 21. — Wahltag (B. v. 4. Febr.) 22.

Ausführung des Gleichschaltungsgesetzes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 31. März 1933 (G. v. 6. April) 96.

Anderungen der Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung) vom 2. November 1932 (B. v. 17. März Art. VI) 44. (G. v. 12. Juni) 210.

Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzgesetz) (G. v. 15. Dez.) 442. (B. v. 20. Dez.) 499.

Verteilungsverfahren wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 30. März) 101. (G. v. 4. Okt. Art. IV) 366.

Beamte der Gemeindeverbände, f. Kommunalbeamte.

Gemeindeverfassung, Änderung von Vorschriften des Gemeindeverfassungsrechts (B. v. 17. März) 43. — Gemeindeverfassungsgesetz (v. 15. Dez.) 427. — Von den Grundlagen der Gemeindeverfassung (§§ 1 bis 6) 428. — Von den Aufgaben der Gemeinde (§§ 7 bis 12) 429. — Von den Einwohnern und Bürgern (§§ 13 bis 26) 429. — Von der Verwaltung der Gemeinde (§§ 27 bis 51) 432. — Vom Leiter der Gemeinde und seiner Vertretung (§§ 27 bis 39) 432. — Von den Gemeinderäten (§§ 40 bis 48) 435. — Vom Stadt- und Gemeindebrief (§ 49) 437. — Vom Schutze gegen Bettlernwirtschaft und Eigennutz (§§ 50, 51) 438. — Vom Gebiet der Gemeinde (§§ 52 bis 57) 438. — Von der Staatsaufsicht (§§ 58 bis 63) 439. — Schlussvorschriften (§§ 69, 70) 441.

Erste Verordnung zur Durchführung des Gemeindeverfassungsgesetzes vom 15. Dezember 1933 (v. 20. Dez.) 497.

Gemeindevermögen, Vermögensverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 55 bis 71) 453. (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 43) 436.

Gemeindevertretung, in welchen Fällen ein Mitglied nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen darf (B. v. 22. März § 1) 67. — Ausschluß eines Mitgliedes bei grober Ungebühr usw. (daf. § 2) 67. — Pflicht zur Verschwiegenheit (daf. § 3) 68. — Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Mitglieder der Vertretungskörperschaft sein dürfen (daf. § 4) 68.

Auflösung der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 4. Febr.) 21. — Wahltag (B. v. 4. Febr.) 22.

Herabsetzung der gesetzlichen Zahl für die Beschlussfähigkeit usw. um die auf Wahlvorschläge der kommunistischen Partei besetzten Sitze (G. v. 6. April) 96.

Gemeindevertretung wählt den Bürgermeister, den Beigeordneten und die Schöffen in den Städten der Hohenzollerischen Lande (G. v. 6. April § 5) 96.

Gemeindevertretung (Fortf.)

Auflösung der Vertretungskörperschaften (B. v. 20. Dez. § 9 Abs. 3) 499.
f. Gemeinderäte.

Gemeindevorstand, Beseitigung der kollegialischen Gemeindevorstände als Beschlußbehörden nach dem Landesverwaltungsgeetze (G. v. 15. Dez. § 1) 479.

In welchen Fällen ein Mitglied der kollegialen Gemeindevorstände nicht an der Beratung und Beschlußfassung teilnehmen darf (B. v. 22. März § 1) 67. — Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Vorsitzender oder Mitglied des Gemeindevorstandes sein dürfen (das. § 4) 68. — Neue Bestimmungen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 35, 50, 51) 434.

Verwaltung der Stellen der Mitglieder des Gemeindevorstandes in Stadtgemeinden unter 10000 Einwohnern (G. v. 6. April § 2) 93. (G. v. 17. Juli § 1) 259. (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 32) 433.

Verwaltung der Stellen des Gemeindevorstehers (der Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes) in den Landgemeinden (G. v. 6. April § 4) 94. (G. v. 17. Juli § 1) 259. (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 31) 433.

Bestätigung des Gemeindevorstehers und der Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes in den Landgemeinden (G. v. 6. April § 4) 96. (G. v. 23. Juni) 217.

Gemeindevorstand beschließt über die Aufnahme von Darlehen und Krediten aus den Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms von 1932 zur Durchführung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiete des Verkehrswesens (G. v. 20. April § 1) 163.

Mitwirkung des Gemeindevorstehers bei der Anlegung usw. der Erbhöferrolle (G. v. 15. Mai §§ 48, 49, 52) 176. (B. v. 24. Aug. II Nr. 34, 35, 37) 330.

Gemeindevorsteher in den Landgemeinden ist Meldebehörde (Pol. B. v. 22. April § 1) 129.

f. Gemeindegemeinschaften, Bürgermeister.

Gemeinheitsteilungen, Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Gemeinheitsteilungssachen (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. d, h, Abs. 3) 81.

Verträge über die Durchführung von Gemeinheitsteilungen usw. in anderen Staaten durch die preußischen Landeskulturbehörden, f. Landeskulturbehörden.

Gemünden (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Usingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Gemünden a. Wohra (Hessen-Nassau), Errichtung eines Amtsgerichts in Gemünden (G. v. 29. Aug. § 2) 319. (B. v. 15. Sept. § 6) 348. (B. v. 14. Sept.) 354.

Gemüsebau, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Förderung des Gemüsebaues im staatlichen Wiesmoor (Niederrhein) vom 16. April 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 4) 118.

f. Gartenbau.

Generalstaatsanwälte ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1e) 266.

f. Staatsanwaltschaft.

Gerichte, Änderung des preußischen Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878 (G. v. 2. Mai) 157. (G. v. 29. Aug. § 4) 319.

f. Amtsgerichte usw.

Gerichtsrätlicher Ausschuß, Übertragung der Aufsicht über den gerichtsrätlichen Ausschuß auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 5, § 7 Nr. 3, 4, 5c) 84.

Gerichtskosten, Änderung des Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1922 (G. v. 23. Mai Art. 2) 188.

Kostenwesen im Verfahren über den Antrag auf Aufhebung der Hinausschiebung der Fälligkeit von Hypotheken und Grundschulden (B. v. 29. Dez. 32) 2.

Kostenwesen im Verfahren zur Regelung der Auszahlung gekündigter Geschäftsguthaben bei gemeinnützigen Baugenossenschaften (B. v. 15. Aug.) 314.

Beitreibung der Zinsen für gestundete Gerichtskosten im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 4b) 252.

Gerichtskosten in Sachen des bürgerlichen Erbrechts (G. v. 15. Mai § 38) 174. (B. v. 30. Aug. §§ 20 bis 25) 336.

Gerzfeld (Hessen-Nassau), Verlegung des Amtsgerichtes Wehlers nach Gerzfeld (G. v. 24. Mai) 190.

Geschworene, Wahl der Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen (G. v. 2. Mai) 157. (G. v. 31. Mai) 195.

Gesetze, Erlaß des Reichskanzlers über Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze in Preußen durch den Ministerpräsidenten (v. 25. April) 113.

Auf die vom Staatsministerium beschlossenen Gesetze finden die Artikel 6, 22, 29, 30, 40, 42, 60 bis 62 der Verfassung keine Anwendung (G. v. 1. Juni) 198.

Wichtige Gesetze sollen vor ihrer Verkündung dem Staatsrate vorgelegt werden (G. v. 8. Juli § 10) 242.

Gesetzsammlung, Verordnungen über die Übertragung der Verwaltung einzelner Verwaltungszweige in anderen Provinzen auf den Oberpräsidenten sind in der Gesetzsammlung zu veröffentlichen (G. v. 15. Dez. Art. I Abs. 3) 477.

Verordnungen über Übertragung der Entscheidungen für andere Provinzen an den Provinzialrat (Landeskulturabteilung) sind in der Gesetzsammlung zu veröffentlichen (B. v. 17. März Art. IX Nr. 4) 46.

Verordnungen über die Zulassung des Verwaltungstreitverfahrens in weiteren Fällen des Wassergesetzes sind in der Gesetzsammlung zu veröffentlichen (G. v. 15. Dez. § 10) 481.

Gefütte, Aufhebung des § 16 der Zweiten Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 über die Senkung des Zuschusses für die Gefütteverwaltung (W. v. 19. März § 23) 57.

Gefütteverwaltung in der Ministerialinstanz (G. v. 30. Juni) 229.

Deck- und Fohlgelder der staatlichen Gefütteverwaltung unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 4c) 252.

Gesundheitswesen, Änderung des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29. Juli 1922 (G. v. 7. April) 99.

Getränkewagen, Regelung der Polizeistunde (W. v. 22. April) 111. (W. v. 20. Mai) 191.

Gewässer, Forderungen des Staates auf Entgelte für Benutzung von Gewässern unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 4a) 252.

j. Wasserläufe.

Gewerbeerlaubnis, Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern in Schankstätten bedarf der Genehmigung der Ortspolizeibehörde (W. v. 27. Mai) 213.

Gewerbeordnung, Übertragung der Wahrnehmung der Aufgaben der höheren Verwaltungsbehörde in den Fällen des § 1031 Abs. 1 und der §§ 130a, 131b der Reichsgewerbeordnung an den Oberpräsidenten in Ostpreußen (W. v. 30. März § 5 Nr. 1a) 85.

Gewerbepolizei, Zuständigkeit zur Unterjagung der Ausübung des Versteigerungsgewerbes (W. v. 16. Aug.) 316.

Gewerbesteuer, Regelung der Gewerbebesteuerung für das Rechnungsjahr 1933, Änderung der Gewerbebesteuerverordnung vom 15. März 1927 (W. v. 18. März §§ 6, 7) 52.

Verordnung zur Durchführung des § 41a der Gewerbebesteuerverordnung (Warenhauszweifelsteuer) (v. 27. Juli) 290.

Vereinfachung bei der Zusendung von Gewerbebesteuerbescheiden im Besteuerungsverfahren (W. v. 23. Dez. 32) 6 Ziffer 1.

Gewerbesteuerausschüsse, Neubildung der Gewerbesteuerausschüsse und der Gewerbesteuerberufungsausschüsse (G. v. 12. Juni) 211.

Gießmannsdorf (Niederschlesien), Eingliederung von zwei Parzellen der Landgemeinde Gießmannsdorf, Kreis Bunzlau, in die Landgemeinde Klein Neundorf, Kreis Löwenberg (G. v. 8. Sept.) 342.

Giroverbände, Änderung der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli/4. August 1932 (W. v. 14. März) 41.

j. Landesbanken, Sparkassen.

Glabach-Rheydt (Rheinprovinz), Aufteilung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Glabach-Rheydt in die Stadtgemeinden und Stadtkreise München Glabach und Rheydt (G. v. 24. Juni) 225.

Zweckverband Glabach-Rheydt (G. v. 24. Juni §§ 3, 4) 225.

Glabbeck (Westfalen), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Bottrop und Glabbeck bei dem Amtsgerichte Glabbeck (W. v. 18. Nov. V Nr. 3) 415.

Gladenbach (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (W. v. 15. Sept. § 7 V 2) 349.

Glatz (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (W. v. 15. Sept. § 7 I 1, 3) 348.

Gleichschaltungsgesetz, Ausführung des Gleichschaltungsgesetzes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 31. März 1933 (G. v. 6. April) 96.

Gleichschaltung der Rechtsverhältnisse der Staatsminister mit den Rechtsverhältnissen der Reichsminister (Staatsministergesetz) (G. v. 26. April) 123. (G. v. 22. Sept.) 355. (W. v. 20. Dez.) 502.

j. auch Anstellung, Gesetze, Gnadenrecht.

Gleiwitz (Oberschlesien), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Gleiwitz und Hindenburg D./S. bei dem Amtsgericht in Gleiwitz (W. v. 15. Aug. II) 314. (W. v. 18. Nov. II) 415.

Glogau (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (W. v. 15. Sept. § 7 I 8) 348.

Gnadenrecht, Erlaß des Reichskanzlers über Ausübung des Gnadenrechts in Preußen, Übertragung auf das Staatsministerium (v. 22. April) 111. — desgl. auf den Ministerpräsidenten (v. 25. April) 113.

Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts (G. v. 1. Aug. § 45) 303.

Wiederherstellung des uneingeschränkten Begnadigungsrechts des Staatshaupts — Aufhebung des Artikels 54 Abs. 2, 3 der Verfassung (G. v. 22. Juli) 270.

Preussisches Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht (G. v. 1. Aug.) 293. — Strafvollstreckung (§§ 1 bis 40) 293. — Gnadenrecht, allgemeines (§§ 41 bis 45) 302. — Gnadenorgane und Behandlung von Gnadengesuchen (§§ 46 bis 55) 304. — Bedingte Strafaussetzung (§§ 56 bis 70) 306.

Ausführungsverordnung zum Preussischen Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht (v. 1. Aug.) 354.

Aufhebung der Kabinettsorder wegen der Begnadigungsgesuche zum Tode verurteilter Verbrecher vom 15. Oktober 1810 und der Kabinettsorder über das Verfahren, wenn ein zum Tode Verurteilter nach Publikation des bestätigten Todesurteils ein Begnadigungsgesuch anbringt, vom 31. Januar 1836 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 6, 9) 405.

Gnadenrecht (Fortf.)

Aufhebung der Kabinettsordern, betr. Befugnis des Generalpostmeisters zur Ermäßigung und zum Erlaß der in Postkonventions- und Postdefraudationsfachen erkannten Geldstrafen, vom 3. Dezember 1828 und vom 22. Januar 1829 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 8) 406.

Göttingen (Hannover), Aufteilung des Landkreises Göttingen in die Landkreise „Göttingen“ mit dem Kreisitz in Göttingen und „Münden“ mit dem Kreisitz in Münden (Hann. Münden) (G. v. 17. Juli Kap. I § 7) 261.

Aufhebung der Bekanntmachung der Landdrostei Hildesheim an sämtliche Obergkeiten des Fürstentums Göttingen, das Halten der ausfliegenden Tauben und das Schießen und Fangen fremder Tauben in dem Fürstentum Göttingen betreffend, vom 20. November 1826 (B. v. 4. März § 3 Nr. 18) 65.

Zulegung des Amtsgerichts Moringen zu dem Arbeitsgerichte Göttingen (B. v. 14. Sept.) 354.

Goldberg (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 5) 348.

Gransee (Brandenburg), Kleinbahn Gransee—Neuglobsow, s. Eisenbahnen Nr. 1.

Greifenhagen (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 3) 350.

Grenzhausen (Hessen-Nassau), Ausführung des Reichsgesetzes über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens vom 9. Dezember 1929 in der Gemeinde Grenzhausen (B. v. 22. Sept.) 359.

Grevenbrück (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Grevenbrück zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Großer Dienststrafenrat des Oberverwaltungsgerichts ist zuständig im Dienststrafverfahren gegen ernannte Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgerichte sowie der Spruchkammern für Siedlung und Auseinandersetzung (G. v. 15. Dez. § 4 Abs. 3 Nr. 4) 480.

Grottkau (Oberschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 2) 348.

Grünberg (Niederschlesien), Aufteilung des Landkreises Grünberg in die Landkreise „Grünberg“ mit dem Kreisitz in Grünberg in Schlesien und „Freystadt“ mit dem Kreisitz in Freystadt i. Niederschles. (G. v. 17. Juli Kap. I § 2) 261.

Eingliederung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Grünberg in Schlesien in den Landkreis Grünberg (G. v. 17. Juli Kap. I § 3) 261.

Grundbuch, grundbuchamtliche Behandlung der Erbhöfe (G. v. 15. Mai §§ 41, 45 bis 47) 175. (B. v. 24. Aug. II Nr. 32, 33) 330.

Grundkreditanstalten, Staatsaufsicht über die Kreditanstalten für den städtischen Grundkredit durch den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 3 Nr. 1 a) 84.

1. Landschaften, Stadtschaften.

Grundmieten, Aufwertung von Grundmieten — Änderung des Gesetzes vom 28. Dezember 1927 (G. v. 25. Jan.) 9.

Beitreibung der von einer staatlichen Behörde verwalteten Ansprüche im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3 c) 252.

Grundsteuerauschnisse, Neubildung der Grundsteuerauschnisse und der Grundsteuerberufungsauschnisse (G. v. 12. Juni) 211.

Grundstücksteilungen, Veräußerung einzelner Grundstücke bäuerlicher Erbhöfe (G. v. 15. Mai §§ 5, 20) 166. (B. v. 24. Aug. II Nr. 4) 323.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten bei Abveräußerung von Teilen eines Renten- oder Anerbengutes (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. a, b) 81.

1. Unschädlichkeitszeugnisse.

Grundvermögensteuer, Abänderung des Grundvermögensteuergesetzes vom 14. Februar 1923 (B. v. 18. März § 1) 51.

Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer (B. v. 9. Okt.) 372.

Senkung der Grundsteuer für Neuhausbesitz (B. v. 19. Okt.) 379.

Gübs (Sachsen), Änderung der Grenzen der Landgemeinde Gübs und der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Magdeburg (G. v. 24. Okt.) 381.

Gütersloh (Westfalen), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (B. v. 15. Sept. § 3) 347.

Gummersbach (Rheinprovinz), Gasgesellschaft Aggertal, G. m. b. H. in Gummersbach, s. Aggertal.

S

Sabelschwerdt (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 3) 348.

Sachsenburg (Hessen-Nassau), Zulegung des Amtsgerichts Sachsenburg zu dem Landgericht Limburg (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Säfen, Beschränkung des Kredits der Gesetze über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Wiederinstandsetzung und Verbesserung staatlicher Hafenanlagen vom 6. Mai 1927, 27. Oktober 1928 und 22. Juli 1929 (G. v. 26. April § 2 Nr. 18 bis 20) 119.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau des preußischen Hafengebietes an der unteren Elbe vom 23. Juli 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 24) 120.

Bereitstellung von Geldmitteln für Säfen und Brücken zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5 Buchst. d) 121.

1. Emden usw.

Haft, Zuständigkeit für die Anordnung und den Vollzug der polizeilichen Haft (B. v. 6. Febr. § 2 Nr. 5) 23.

Vollstreckung der gerichtlichen Haftstrafen (G. v. 1. Aug. §§ 25, 26) 299. — Gnadenrecht (dass §§ 41 bis 70) 302.

1. Festungshaft, Zivilhaft, Gefangene.

- Haftung** der Beamten der Gemeinden und Gemeindev Verbände für schuldhafte Zahlungsanweisung usw. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 139 bis 141) 470.
- Hagen** (Westfalen), dem Landgerichte Hagen (Westf.) werden die Amtsgerichte Arnberg, Balve, Meschede und Neheim zugelegt (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.
Abtrennung des Amtsgerichts Menden von dem Landgericht Hagen (G. v. 13. Sept.) 351. (B. v. 14. Sept.) 353.
Wiedereinrichtung des Amtsgerichts Hagen-Hafpe (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 14. Sept.) 354.
Änderung des Amtsgerichtsbezirktes Hagen (Westf.) (G. v. 29. Aug. § 3) 319.
Zulegung des Amtsgerichts Hagen-Hafpe zu dem Arbeitsgerichte Hagen (B. v. 14. Sept.) 354.
- Halberstadt** (Sachsen), Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde für die Erweiterung des städtischen Friedhofs (St. M. G. v. 8. Nov. 32) 3 Nr. 2.
Aufhebung der preussischen Flurordnung für das Fürstentum Halberstadt vom 27. Juli 1759, § 51, aufrechterhalten durch Reskript vom 22. Oktober 1793 über das Halten der Feldtauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 10) 65.
- Halle a. S.** (Sachsen), Änderung des Oberbergamtsbezirktes Halle (B. v. 24. Okt. §§ 4, 5) 386.
Verleihung des Enteignungsrechts an die Halleische Pfämerschaft Abteilung der Mansfeld N.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Halle a. S. für die Fortführung des Braunkohlenbergwerks Friedrich-Ernst bei Senftenberg N.-L. für Abraumzwecke (St. M. G. v. 19. Juni) 240 Nr. 3.
Elektrische Überlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, e. G. m. b. H. in Halle, f. Saalkreis.
- Haltern** (Westfalen), f. Wege B. 11, 12.
- Hamborn** (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Hamborn gehört zum gemeinschaftlichen Auerbergergericht Duisburg (B. v. 15. Aug. III Nr. 1) 314. (B. v. 18. Nov. IV Nr. 1) 415.
- Hamburg** (Freie und Hansestadt), Abänderung der Hafensordnung für den Hafen Hamburg vom 14. März 1930 (Pol. B. v. 8. Sept. 32) 3.
- Hameln** (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (B. v. 15. Sept. § 2) 347.
Zulegung des Amtsgerichts Coppenbrügge zu dem Arbeitsgerichte Hameln (B. v. 14. Sept.) 354.
- Hamm** (Westfalen), dem Oberlandesgericht Hamm wird das Landgericht Siegen zugeteilt (G. v. 23. Juni § 1) 221.
Aufhebung der Feuer- und Brandordnung für die Stadt Hamm und übrige Städte der Grafschaft Mark vom 20. April 1773 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 3) 405.
- Hannover** (Provinz), Aufhebung der hannoverschen Verordnung gegen das Abstreifen, Abkämmen und das unzeitige Einsammeln der Wacholderbeeren vom 22. Juli 1814 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 7) 405.
Aufhebung des Hofeegesetzes für die Provinz Hannover in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1909 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 7) 178. — f. Erbhofrecht.
Landesbank der Provinz Hannover, f. Landesbanken.
f. Wege B. 8.
- Hannover** (Stadt), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 III) 348.
- Harlingerland** (Hannover), f. Ostfriesland.
- Haselhuhn**, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 7) 78.
- Haselmaus** gehört zu den geschützten Tierarten (B. v. 10. März § 1 III) 71.
- Haste** (Hannover), Ausgliederung von Teilen der Landgemeinde Haste in die Landgemeinden Kolenfeld und Jdenjen sowie in die Stadtgemeinde Wunstorf (G. v. 28. Okt.) 391.
- Haubentaucher** gehört zu den ungeschützten Vogelarten (B. v. 10. März § 1 III) 71. — Fang auf künstlichen Fischteichen (das. § 15) 76.
- Hauptlandwirtschaftskammer** schlägt Bauern zu Besitzern des Erbhofgerichts vor (G. v. 15. Mai § 34) 173. (B. v. 24. Aug. Art. 5, II Nr. 25) 322.
Vorsitzender der Hauptlandwirtschaftskammer gehört dem Erbhofrat an und schlägt zwei Vertreter der Landwirtschaftskammern vor (B. v. 24. Aug. Art. 1, 5) 321.
f. Landwirtschaftskammern.
- Hauszinssteuer**, Änderung der Hauszinssteuerverordnung (B. v. 18. März §§ 2, 3) 51.
Änderung der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Hauszinssteuerverordnung vom 2. Juli 1926 (B. v. 18. März § 4) 52.
Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Hauszinssteuerverordnung des ehemaligen Freistaats Waldeck vom 19. November 1927 (B. v. 18. März § 5) 52.
- Haynau** (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 I 4) 348.
- Hechingen** (Hohenzollern), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 III 1) 349.
- Heide** (Schleswig-Holstein), Aufteilung des Landkreises Dithmarschen in die Landkreise „Norderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Heide und „Süderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Mel-dorf (G. v. 17. Juli Kap. I § 5) 261.
- Heideländereien**, Änderung der Verordnung über die Bildung von Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien vom 7. November 1914 (G. v. 25. Juli Art. 53 bis 57) 281.

Heideländereien (Fortf.)

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- und Moorländereien durch den Staat vom 27. Juli 1926 (G. v. 26. April § 2 Nr. 3) 118.

Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Heidebränden (G. v. 15. Dez. § 21) 488.

Heilmittel, Polizeiverordnung über die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung von Mitteln oder Verfahren, die zur Verhütung, Vinderung oder Heilung von Menschen- oder Tierkrankheiten bestimmt sind (v. 2. Juni) 215.

f. Arzneien.

Heimatschutz ist Aufgabe der Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 8) 429.

f. Denkmalspflege.

Heinzenberg (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Usingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Helfant (Rheinprovinz), f. Wege B. 22b.

Helgoland (Schleswig-Holstein), Inkraftbleiben der Verordnung über den Vogelschutz auf Helgoland vom 29. Oktober 1928 (B. v. 10. März § 18) 77.

Helmstedt (Braunschweig), Verleihung des Ent eignungsrechts an die Überlandzentrale Helmstedt, A.-G. in Helmstedt, für den Bau einer 50 000 Volt-Leitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen dem Dampfstraßwerke bei Harbke und dem Umspannwerk in Oster (St. M. G. v. 18. Okt.) 406 Nr. 1.

Herborn (Hessen-Nassau), Zuteilung des Amtsgerichts Herborn zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Hermeskeil (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Hermeskeil gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Wadern (B. v. 15. Aug. IV Nr. 2) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Herrnstadt (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirk (B. v. 15. Sept. § 7 I 10) 348.

Hersfeld (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirk (B. v. 15. Sept. § 7 V 3) 349.

Hessen (Volksstaat), Einfuhr von Fleisch aus dem Lande Hessen unterliegt der Ausgleichsteuer des Schlachtsteuergesetzes (B. v. 5. Dez.) 419.

Hilchenbach (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Hilchenbach zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Amtsgerichtsbezirk Hilchenbach gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Siegen (B. v. 18. Nov. V Nr. 5) 415.

Hildesheim (Hannover), Aufhebung der Bekanntmachung der Provinzialregierung Hannover wegen des Taubenhaltens im Fürstentum Hildesheim mit Einschluß der Stadt Goslar vom 27. September 1820 (B. v. 4. März § 3 Nr. 17) 65.

Hillesheim (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Hillesheim gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Daun (B. v. 15. Aug. IV Nr. 6) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Himmelschlüssel (Primel) gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 3 Nr. 1) 72.

von **Hindenburg**, Reichspräsident, Durchführung des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Befreiung des Reichspräsidenten von Hindenburg von Reichs- und Landessteuern für das Rittergut Neudeck vom 27. August 1933 (G. v. 27. Aug.) 311.

Hindenburg (Oberschlesien), Amtsgerichtsbezirk Hindenburg D.-S. gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Gleiwitz (B. v. 15. Aug. II) 314. (B. v. 18. Nov. II) 415.

Hinterbliebene, Versorgung der Hinterbliebenen der Staatsminister (G. v. 26. April § 5) 124. — Aufhebung des Gesetzes vom 13. Juni 1924 (das. § 6) 124.

Neue Vorschriften über die Versorgung der Hinterbliebenen der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 6) 5.

Bewilligung von Unterstützungen an Hinterbliebene von Angestellten und Arbeitern in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 12) 200. — desgl. von Renten an Hinterbliebene der Beamten (B. v. 15. Juni Nr. 10, 22) 203.

Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 248.

Hinterlegungsstellen, Bestimmung der Niedersächsischen Landesbank — Girozentrale — als Hinterlegungsstelle (Anordn. v. 27. Juli) 318 Ziffer 3. — desgl. der Zentral-Landschaftsbank (Anordn. v. 9. März) 92 Ziffer 1.

Hirschfäher gehört zu den geschützten Tierarten (B. v. 10. März § 1 IV 1) 71.

Hirschzunge gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 25) 72.

Hochschulprofessoren ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1g) 267. — f. Lehrer.

Hochwasser, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes von 7. April 1913 über die Freihaltung des Überschwemmungsgebietes von Wasserläufen (G. v. 25. Juli Art. 29) 278.

Änderung des Gesetzes, betr. Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Schlesien, vom 3. Juli 1900 (G. v. 25. Juli Art. 63) 283. — desgl. in der Provinz Brandenburg und im Havelgebiet der Provinz Sachsen, vom 4. August 1904 (das. Art. 63, 64) 283.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder vom 28. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 2) 118.

Höfe, Aufhebung des Gesetzes, betr. das Höferecht im Kreise Herzogtum Lauenburg, vom 21. Februar 1881, des Höfegesetzes für die Provinz Hannover in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1909 und des Höfegesetzes für den Kreis Grafschaft Schaumburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1910 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 1, 7, 8) 178.

§. Erbhofrecht, Landgüter, Anerbenrecht.

Höferolle, Aufhebung des Gesetzes, betr. Eintragungen in die Höferolle und Landgüterrolle auf Ersuchen der Generalkommission, vom 11. Juli 1891 (B. v. 24. Aug. II Nr. 41) 332.

§. Erbhöferolle.

Höhr-Grenzhaujen (Hessen-Nassau), Zulegung des Amtsgerichts Höhr-Grenzhaujen zu dem Landgericht Limburg (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Hohenzollerische Lande, Vertretung im Provinzialrate der Rheinprovinz (G. v. 17. Juli § 15) 256.

Aufhebung der Verordnung fürstlicher geheimer Konferenz, die Verlegung und Einrichtung der Friedhöfe betreffend, vom 11. März 1836 für Hohenzollern-Sigmaringen (Beschl. v. 1. Juli Nr. 11) 239.

Aufhebung des Hohenzollern-Sigmaringischen Gesetzes, betr. die Versicherung der Gebäude und Mobilien, vom 28. April 1849 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 10) 406.

Wahl des Bürgermeisters, der Beigeordneten und der Schöffen in den Städten der Hohenzollerischen Lande (G. v. 6. April § 5) 96.

§. Landeskommunalverband.

Homburg v. d. Höhe (Hessen-Nassau), Aufteilung des Landkreises Obertaunuskreis in die Landkreise „Obertaunuskreis“ mit dem Kreisitz in Bad Homburg v. d. Höhe und „Ufingen“ mit dem Kreisitz in Ufingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Hopfen, Ausführung des Reichsgesetzes über die Herkunftsbezeichnung des Hopfens vom 9. Dezember 1929 (B. v. 22. Sept.) 359.

Horst-Wessel-Lied, Verbot des Singens und Spielens in Vergnügens- und Gaststätten (Pol. B. v. 18. Aug.) 317.

Hoya (Hannover), Aufhebung der Bekanntmachung der Landdrostei Hannover, das Taubenhalten in den Grafschaften Hoya und Diepholz betreffend, vom 3. Mai 1830 (B. v. 4. März § 3 Nr. 20) 65.

Aufhebung der §§ 121 bis 124 der Deich- und Abwässerungsordnung für die Grafschaften Hoya und Diepholz vom 22. Januar 1864, soweit darin eine Strafe angedroht ist (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 12) 406.

Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 II 3) 349.

Hühnerhabicht gehört zu den ungeschützten Vogelarten (B. v. 10. März § 1 II) 71.

Hunde, Umherlaufenlassen von Hunden und Katzen und das Recht zu ihrer Tötung (B. v. 10. März § 6) 74.

Hunteburg (Hannover), §. Wege B. 8.

Husum (Schleswig-Holstein), Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Husum-Eiderstedt für den Ausbau des Dammes Festland-Nordstrand (St. M. G. v. 8. Mai) 194 Nr. 6.

Aufteilung des Landkreises Husum-Eiderstedt in die Landkreise „Husum“ mit dem Kreisitz in Husum und „Eiderstedt“ mit dem Kreisitz in Tönning (G. v. 17. Juli Kap. I § 6) 261.

J

Jagdordnung, Änderung der Jagdordnung durch Anordnungen der Minister (G. v. 29. Juni § 1) 251.

Jagdpacht, Änderung der Verordnung zur Ausdehnung der Pachtordnung auf Jagdpachtverträge vom 18. August 1927 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 1927, Ausdehnung auf Fischereipachtverträge (B. v. 5. Juli) 237. (B. v. 10. Okt.) 372.

Jagdpolizei, Schrot- und Postenschuß auf Schalenwild jeder Art ist verboten (B. v. 10. März § 3) 73.

Zeiten, in denen geschützte Tiere erlegt werden dürfen (B. v. 10. März § 1 Anl.) 77.

Vorschriften über Lappjagden und Verbot der Jagd durch Abklingeln der Felder (B. v. 10. März § 3) 73.

Verbot der Belohnungen für den Abschluß und Fang von Raubvögeln (B. v. 10. März § 3) 73.

Aufhebung der kurfürstlich kölnischen Verordnung über die Jagd vom 3. Juli 1765 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 1) 405.

Jagdscheine, Entziehung des Jagdscheins wegen Übertretung der Schutzvorschriften für jagdbare Tiere (B. v. 10. März § 17) 77.

Jauer (Niederschlesien), Bildung eines neuen Landkreises „Jauer“ mit dem Kreisitz in Jauer (G. v. 17. Juli Kap. I § 4) 261.

Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 5) 348.

Jbberbüren (Westfalen), Verleihung des Enteignungsrechts an das Amt Jbberbüren für die Wasserversorgung des Amtes (St. M. G. v. 14. Juni) 235 Nr. 8.

Jdenjen (Hannover), Eingliederung eines Teiles der Landgemeinde Haste in die Landgemeinde Jdenjen (G. v. 28. Okt.) 391.

Jeeke (Fluß), Übertragung des Rechtes zum Ausbau der Jeeke unterhalb von Salzwedel an die Stadtgemeinde Salzwedel (B. v. 15. Juli) 290.

Jesberg (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 2) 319. (B. v. 15. Sept. § 6) 348.

Jfeld (Sachsen), über die Klosterschule in Jfeld führt der Oberpräsident von Hannover die Aufsicht (B. v. 30. März § 7 Nr. 5) 86.

- Insterburg** (Ostpreußen), Verleihung des Ausbaurechts an die Stadt Insterburg zum Ausbau der Angerapp und ihrer Ufer (W. v. 27. Dez. 32) 7.
- Jugendrichter**, Zuständigkeit usw. in Ausübung des Strafvollstreckungs- und Gnadenrechts (G. v. 1. Aug. §§ 2 ff.) 293.
- Justizminister**, Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts auf den Justizminister (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 3) 304.
Justizminister bestellt die Vertreter des Präsidenten des Landgerichts Berlin und des Präsidenten des Amtsgerichts Berlin-Mitte (G. v. 26. April §§ 4, 7) 125.
Ermächtigung des Justizministers zur Aufhebung, Bezirksveränderung und Bezeichnung der zum Bezirke des Landgerichts Berlin gehörigen Amtsgerichte (G. v. 26. April § 10) 126.
Zuständigkeit in Sachen des bürgerlichen Erbrechts (G. v. 15. Mai §§ 3, 4, 22a, 30, 34, 37, 38, 49, 59, 61, 62) 166. (W. v. 24. Aug. Art. 1, II Nr. 25, 28) 321.
Justizminister ernennt die Vorsitzenden der Anerbengerichte und ihre Stellvertreter (G. v. 26. Okt. § 5) 385.
Justizminister führt die Aufsicht über das Landeserbhofgericht (G. v. 26. Okt. § 4) 385.
Bildung usw. des Erbhofrats beim Justizministerium (W. v. 24. Aug. Art. 1) 321.

R

- Rämmerer**, der in Stadtkreisen mit der Verwaltung der städtischen Finanzen beauftragte Beigeordnete führt die Amtsbezeichnung Rämmerer (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 29 Abs. 3) 433.
- Rammergerichtspräsidenten** ernennt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1e) 266.
Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (W. v. 6. Febr.) 23. f. Oberlandesgerichtspräsidenten.
- Raninchen**, Erlaubnis-scheine für den Fang von wilden Raninchen (W. v. 10. März § 5) 73.
- Rassel** (Hessen-Nassau), Aufhebung der Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Rassel, mit Ausnahme des Kreises Rinteln, vom 1. Juli 1887 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 5) 178. — f. Erbhofrecht.
Landeskreditkassen in Rassel, f. Landeskreditkassen.
- Rattun** (Posen-Westpreußen), Eingliederung einer Anzahl Parzellen der Landgemeinde Rattun, Kreis Deutsch Krone, in die Landgemeinde Stöwen des Netzekreises (G. v. 13. Sept.) 352.
- Razen**, Umherlaufenlassen von Razen und Hunden und das Recht zu ihrer Tötung (W. v. 10. März § 6) 74.
f. Wildfänge.
- Retzdorf** (Niederschlesien), Eingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Jauer (G. v. 17. Juli Kap. I § 4) 261.

- Riedrich** (Hessen-Nassau), f. Wege B. 18.
- Kirchen** (Rheinprovinz), Zuteilung des Amtsgerichts Kirchen zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.
Amtsgerichtsbezirk Kirchen gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Altenkirchen (W. v. 18. Nov. V Nr. 6) 415.
- Kirchenbeamte**, Dienst- und Versorgungsbezüge der Inhaber vereinigter Schul- und Kirchenämter (G. v. 28. Okt.) 393.
- Kirchenbehörden**, Übertragung der Ausübung der Rechte des Staates gegenüber den Kirchenbehörden auf den Oberpräsidenten (W. v. 30. März § 4 Nr. 12) 84.
- Kirchensteuer**, Beitreibung von Kirchensteuern (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 3) 253.
- Kirchhain** (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (G. v. 29. Aug. § 2) 319. (W. v. 15. Sept. § 6) 348.
- Kirchhundem** (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Kirchhundem zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.
- Kirchspiele**, Haushaltsführung der Kirchspielslandgemeinden (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 143) 471. f. Gemeinden.
- Kleinbahnen**, Beschränkung des Credits des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Förderung des Baues und zur Erhaltung von Kleinbahnen vom 17. Juli 1930 (G. v. 26. April § 2 Nr. 22) 119.
Polizeiverordnung für Kleinbahnen (nebenbahnähnliche Kleinbahnen und Straßenbahnen) mit Maschinenbetrieb — P. B. R. — (v. 20. April) 158.
Die einzelnen Bahnen, f. Eisenbahnen.
- Kleinhandel** mit Trinkbranntwein, f. Gaststätten.
- Klein Neundorf** (Niederschlesien), Eingliederung von zwei Parzellen der Landgemeinde Gießmannsdorf, Kreis Bunzlau, in die Landgemeinde Klein Neundorf, Kreis Löwenberg (G. v. 8. Sept.) 342.
- Klosterkammer**, Übertragung der Mitwirkung bei der staatlichen Verwaltung der Klosterkammer und anderer Stiftungsfonds auf den Oberpräsidenten in Hannover (W. v. 30. März § 5 Nr. 1c, § 7 Nr. 5) 85.
- Knobenkräuter** (Orchideen) gehören zu den geschützten Pflanzenarten (W. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 17) 72.
- Koblenz** (Rheinprovinz), dem Landgerichte Koblenz werden die Amtsgerichte Asbach, Dierdorf, Ehrenbreitstein, Linz und Neuwied zugelegt (G. v. 23. Juni § 4) 222. (W. v. 14. Sept.) 353.
- Köln** (Rheinprovinz), Übertragung der staatlichen Vertretung in der Dombaufkommission zu Köln auf den Oberpräsidenten (W. v. 30. März § 5 Nr. 1d) 85.

Köln (Fortf.)

Aufhebung der Kurfürstlich Kölnischen Verordnungs über die Jagd vom 3. Juli 1765 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 1) 405.

Köln-Bonner Eisenbahn, s. Eisenbahnen Nr. 2.

Königsberg (Ostpreußen), Eingliederung einiger Parzellen der Landgemeinde Altenberg des Landkreises Königsberg i. Pr. in den Stadtkreis und die Stadtgemeinde Königsberg i. Pr. (G. v. 8. Sept.) 339.

Bildung einer zweiten Kammer bei dem Landesarbeitsgerichte Königsberg (Pr.) (B. v. 16. Febr.) 29.

Königswald (Ostpreußen), bisheriger preussischer Forst Königswald gehört zum Rittergut Neudorf (G. v. 27. Aug. § 1 Nr. 3) 311.

Königswusterhausen (Brandenburg), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Königswusterhausen und Köpenick bei dem Amtsgericht in Königswusterhausen (B. v. 15. Aug. I Nr. 2) 314. (B. v. 18. Nov. I Nr. 3) 414.

Königswusterhausen-Mittenwalde-Töpchiner Kleinbahn-Gesellschaft, A.-G. in Berlin, s. Eisenbahnen Nr. 3.

Köpenick (Brandenburg), Amtsgerichtsbezirk Köpenick gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Königswusterhausen (B. v. 15. Aug. I Nr. 2) 314. (B. v. 18. Nov. I Nr. 3) 414.

Körperschaften, die überörtlichen Prüfungsverbände für den Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes (B. v. 28. Jan. § 6) 13.

Kreisfeuerwehrverbände, Provinzialfeuerwehrverbände und Feuerwehrbeirat sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes (G. v. 15. Dez. §§ 7, 9, 11) 485.

Flaggen durch Körperschaften des öffentlichen Rechtes — Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1929 (B. v. 2. März) 35.

Dienstbezüge der Beamten und Angestellten der Körperschaften des öffentlichen Rechtes (B. v. 15. Juli § 4) 249.

Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 in den Körperschaften des öffentlichen Rechtes (B. v. 15. Juni Nr. 3) 202.

Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 248.

s. Anstalten.

Kolenfeld (Hannover), Eingliederung von Teilen der Landgemeinden Haste und Waltringhausen in die Landgemeinde Kolenfeld (G. v. 28. Okt.) 391.

Kommunalabgaben, Änderung des Kommunalabgabengesetzes (B. v. 17. März Art. II) 43.

s. Gemeindeabgaben, Abgaben.

Kommunalbeamte, Anstellung der Kommunalbeamten durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 3) 5.

Besoldete Beamte, Angestellte usw. dürfen nicht Mitglied des Gemeindevorstandes, Beigeordneter, Schöffe sein (B. v. 22. März § 4) 68. — nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister und Beigeordneter (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 35) 434.

Neuwahl der ehrenamtlichen Beamten von Gemeinden und Gemeindeverbänden (G. v. 6. April § 1) 95.

Neuwahl im Falle der Versagung der Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 23. Juni § 8) 219.

Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 6. April) 95. (B. v. 29. April) 155. — Neue Vorschriften (G. v. 23. Juni) 217.

Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 in den Gemeinden und Gemeindeverbänden (B. v. 15. Juni Nr. 2) 202.

Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 248*

Änderung des Gesetzes über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen (Unterbringungsgesetz) vom 30. März 1920 (G. v. 4. Okt. Art. V) 367.

Neue Vorschriften über die Dienstbezüge der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 6) 5. (B. v. 15. Juli § 3) 249. — s. Dienstbezüge.

Beamte der Gemeinden (Gemeindeverbände) sollen nicht zu Mitgliedern der Bezirks- usw. Verwaltungsgerichte ernannt werden (G. v. 15. Dez. § 4) 479.

Haftung der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände für schuldhafte Zahlungsanweisungen usw. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 139 bis 141) 470.

s. Gemeindebeamte.

Kommunallandtage, Auflösung der Kommunallandtage der Bezirksverbände Wiesbaden und Kassel und des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande (B. v. 4. Febr.) 21. — Wahltag (B. v. 4. Febr.) 22.

Übertragung von Zuständigkeiten der Kommunallandtage auf die Landesauschüsse durch Beschluß (G. v. 24. Mai) 189. — Übergang der Zuständigkeiten (G. v. 17. Juli) 257.

Auflösung der Kommunallandtage (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 3, III) 477.

s. Provinziallandtage.

Kommunisten, Durchführung des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens (B. v. 31. Mai) 207.

Kommunisten (Fortf.)

Ausschluß der Kommunisten von der Eintragung als Verwaltungsrechtswrat (G. v. 12. Juni § 3) 209.

Korbach (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VI) 349.

Krähen, Rabenkrähe, Nebelkrähe und Saatkrähe gehören zu den ungeschützten Vogelarten (B. v. 10. März § 1 II) 71.

Kraftfahrzeuge, Bestimmung einzelner Regierungspräsidenten für die Verteilung des Nummernzeichens für die Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge usw. (B. v. 30. März § 8 Nr. 1, 2) 86.

Änderungen der Regelung des Verkehrs mit Raupenkraftfahrzeugen (B. v. 4. Aug.) 318 Ziffer 2.

Krankenkassen, Vorsitzender, Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer von Krankenkassen des Gemeindeversicherungsamtes dürfen nicht Mitglied des Gemeindevorstandes, Beigeordneter, Schöffe sein (B. v. 22. März § 4) 68. — Beamte und Angestellte der Krankenkassen können nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister und Beigeordneter sein (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 35) 434.

Kreditinstitute, Änderung der Verordnung über die Sparkassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli/4. August 1932 (B. v. 14. März) 41.
f. Grundkreditanstalten.

Krefeld (Rheinprovinz), Krefelder Eisenbahngesellschaft, f. Eisenbahnen Nr. 4.

Kreise, Wiederherstellung aufgelöster Landkreise (G. v. 17. Juli) 261.

Änderung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen vom 1. August 1932 (B. v. 17. März Art. VII) 45.

Veränderung der Grenzen einzelner Kreise, auch durch Vereinigung von Landgemeinden usw. mit Stadtgemeinden, f. unter Ortsnamen.

Bergütung an die Kreise für Verwaltung der Schlachtsteuer (G. v. 27. Nov. § 17) 412.

f. Gemeindeverbände.

Kreisabgaben, Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes (B. v. 17. März Art. III) 44.

Kreisämter, 1. Schulämter.

Kreisausschuß, Übergang der Zuständigkeiten der Kreistage auf die Kreisausschüsse (G. v. 17. Juli) 257.

Befugnis des Kreisausschusses zum Vorschlag für die Besetzung des erledigten Landratsamts (G. v. 17. Juli § 1 Abs. 2) 257.

Mitwirkung des Kreisausschusses in der allgemeinen Landesverwaltung (B. v. 17. März Art. IX Nr. 5, 8) 46.

Zuständigkeit zur Untersagung der Ausübung des Versteigerergewerbes (B. v. 16. Aug.) 316.

Mitwirkung bei Versagung der Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 6. April § 4) 96. (B. v. 29. April) 155. (G. v. 23. Juni § 4) 218.

Kreisausschuß wählt die Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und Geschworenen (G. v. 31. Mai) 195.

Kreisausschuß (Fortf.)

Kreisausschuß wählt die Mitglieder der preussischen Steueraussschüsse (G. v. 12. Juni Art. II) 211.

Beseitigung der Kreisausschüsse als Beschlußbehörden (G. v. 15. Dez. § 1) 479.

Kreisausschüsse erhalten in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgerichte die Bezeichnung „Kreisverwaltungsgericht“ (G. v. 15. Dez. § 2) 479.

f. Kreisverwaltungsgericht.

Kreisbeamte, Rechtsverhältnisse der besoldeten Beamten der an den Grenzveränderungen beteiligten Landkreise (G. v. 17. Juli Kap. II § 7) 263.
f. Kommunalbeamte.

Kreisdeputierter vertritt den Landrat in Fällen längerer Behinderung (B. v. 17. März Art. IX Nr. 6) 46.

Bestätigung der Kreisdeputierten (G. v. 6. April § 2) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

Kreisfeuerwehrverbände, Stellung, Aufgaben (G. v. 15. Dez. §§ 7, 8, 13 bis 15) 485.
f. Feuerlöschwesen.

Kreishaushalt, Haushaltsführung der Kreise (Gem. Fin. G. v. 15. Dez.) 442. (B. v. 20. Dez.) 499.

Kreiskassen, Einziehung der Renten der Landesrentenbank durch die staatlichen Kreiskassen (G. v. 23. Juni Art. I Nr. 3) 222.

Kreisordnungen, Aufhebung des § 118 Abs. 3 Satz 2 und 3 der Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen usw. vom 13. Dezember 1872/19. März 1881 und der entsprechenden Vorschriften der übrigen Kreisordnungen (G. v. 17. Juli § 2 Abs. 1) 257.

Kreispolizeibehörden, Ergänzung der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeit der Landes- und Kreispolizeibehörden vom 1. Oktober 1931 (B. v. 2. März) 33. (B. v. 26. April) 127.

Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden in den vormals waldeckischen Kreisen zur Erteilung der polizeilichen Bauerlaubnis (B. v. 23. Aug.) 317.

Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 15. Dez.) 495.

Baupolizeiliche Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden (G. v. 15. Dez.) 492.

Kreistage, Auflösung der Kreistage (B. v. 4. Febr.) 21. — Wahltag (B. v. 4. Febr.) 22.

Herabsetzung der gesetzlichen Zahl für die Beschlußfähigkeit usw. um die auf Wahlvorschläge der kommunistischen Partei besetzten Sitze (G. v. 6. April) 96.

Übergang der Zuständigkeiten der Kreistage auf die Kreisausschüsse (G. v. 27. Juli) 257.

Auflösung von Kreistagen neugegliederter Landkreise, Neubildung (G. v. 17. Juli Kap. II § 6) 263.

Kreisverwaltungsgericht, Kreisausschüsse erhalten in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgerichte die Bezeichnung „Kreisverwaltungsgericht“ (G. v. 15. Dez. § 2) 479. — Ernennung usw. der Mitglieder (daf. § 4) 479. — Vertretung im Vorsitz (daf. § 5) 480. — Entscheidungen (daf. § 6) 481. — Kosten (daf. § 7) 481. — Änderungen der Zuständigkeiten (daf. §§ 8 ff.) 481.

Kriegsbeschädigte, Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Aufsicht über die Verwaltungsorgane der Provinzialverbände (Hauptfürorgestellte) bei der Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes und des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (B. v. 30. März § 2 Nr. 1e) 83.

Kriegsschäden, Übertragung der Abwicklung der Kriegsschädenfeststellung und -entschädigung auf den Oberpräsidenten in Ostpreußen (B. v. 30. März § 5 Nr. 1a) 85.

Rüchenschelle gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 13) 72.

Rüstenkanal, Aufnahme des Rüstenkanals in das Verzeichnis der Wasserläufe erster Ordnung (B. v. 24. Okt.) 394.

Kulturämter, Aufgaben des Vorstehers des Kulturamts (B. v. 29. März §§ 2, 9) 79. (G. v. 23. Juni) 222.

Kulturbaubehörde, Einrichtung von technischen und wasserwirtschaftlichen Dienststellen unter der Behördenbezeichnung „Der Kulturbaubeamte“ (B. v. 30. März § 13) 88.

Kurmark, aufgehoben werden:

1. Allgemeine Feuerordnung in den Städten der Kurmark vom 1. November 1718;
2. Verordnung wegen besserer Einrichtung der Backöfen in der Kurmark vom 16. April 1794;
3. Edikt wegen Auseinanderbauens der Untertanen-Gehöfte und -Gebäude in der Kurmark vom 15. Juni 1795;
4. Verordnung gegen die Verbindung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf dem platten Lande in der Kurmark vom 28. August 1796;
5. Nachtrag zu dem Edikt vom 15. Juni 1795 wegen Auseinanderbauens der Untertanen-Gehöfte und -Gebäude in der Kurmark vom 19. April 1804
(Beschl. v. 14. Okt. Nr. 1, 3 bis 6) 377.

Aufhebung des kurmärkischen Provinzialrechts, §§ 1 bis 5 über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 4) 64.

Kur- und Neumärkisches Ritterchaftliches Kreditinstitut, s. Landschaften II 3.

Q

Qaasphe (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Qaasphe zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Landesarbeitsgerichte, Bildung einer zweiten Kammer bei dem Landesarbeitsgerichte Königsberg (Pr.) (B. v. 16. Febr.) 29.

Angliederung des Landesarbeitsgerichts in Berlin an das neue Landgericht (G. v. 26. April § 1) 125.

Landesausschuß, Übertragung von Zuständigkeiten der Kommunallandtage auf die Landesausschüsse durch Beschluß (G. v. 24. Mai) 189. — Übergang der Zuständigkeiten (G. v. 17. Juli) 267.

Landesausschuß (Fortf.)

Übergang der Aufgaben und Zuständigkeiten des Landesausschusses auf den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten — Auflösung der Landesausschüsse (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 1, 3, Art. III) 477.

s. Provinzialausschuß.

Landesbanken, Bereitstellung von Geldmitteln zur Durchführung der Verordnung, betr. Sicherheitsleistung zugunsten der Landesbank der Rheinprovinz, vom 8. Oktober 1931 (G. v. 26. April § 4 Buchst. a) 121.

Errichtung der „Niederländischen Landesbank-Girozentrale“, Auflösung der Landesbank der Provinz Hannover und der Girozentrale Hannover (St. M. Beschl. v. 26. Jan.) 156. — Bestimmung als Hinterlegungsstelle (Anordn. v. 27. Juli) 318 Ziffer 3.

Landesdirektoren (Landeshauptleute), Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Landeshauptmann (Landesdirektor) sein dürfen (B. v. 22. März § 4) 68.

Bestätigung der Landesdirektoren (G. v. 23. Juni) 217.

Landeshauptmann ist Mitglied des Provinzialrats (G. v. 17. Juli §§ 2, 6) 255.

Übergang der Aufgaben und Zuständigkeiten des Landeshauptmanns auf den Oberpräsidenten (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 1) 477. — Vertretung des Oberpräsidenten in Angelegenheiten des Provinzialverbandes durch den Landeshauptmann (daf. Art. II Nr. 2) 477.

Landeseisenbahnräte, Übertragung der Ausübung der Rechte des Staates hinsichtlich der Landeseisenbahnräte auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 7) 84.

Landeserbhofgericht, Bildung des Landeserbhofgerichts mit dem Sitz in Celle (G. v. 26. Okt. §§ 1 bis 4, 7) 384.

s. Erbhofgericht.

Landesgebiet, Änderung der Landesgrenze und Austausch von Gebietsteilen zwischen der preussischen Gemeinde Löbejün, Saalkreis, und der anhaltischen Gemeinde Cattu, Kreis Cöthen (Staatsvertr. v. 26. Okt. 31) 341. (G. v. 8. Sept.) 340.

Landeshut (Niederschlesien), Ausscheiden der zu den ehemaligen Landkreisen Hohenhain und Schönau gehörten Gemeinden aus dem Landkreis Landeshut (G. v. 17. Juli Kap. I § 4) 261.

Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 1) 348.

Landeskommunalverband, Bestätigung des Vorsitzenden des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande und dessen Stellvertreter (G. v. 23. Juni) 217.

Änderung des Aufbaues und der Verwaltung des Landeskommunalverbandes (G. v. 15. Dez. Art. III) 478.

Haushaltsführung (Gem. Fin. G. 13. Dez.) 442.
s. Gemeindeverbände.

Landestreditkassen, Änderung der Satzung der Landestreditkasse zu Kassel (St. M. Beschl. v. 19. Juni) 378.

Landeskultur, Außerkraftsetzung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken vom 5. August 1931 (G. v. 26. April § 1 Buchst. c) 118.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Meliorationen vom 30. Juli 1930 (G. v. 26. April § 2 Nr. 23) 120.

Bereitstellung von Geldmitteln zur Gewährung von Beihilfen für Meliorationen (G. v. 26. April § 3 Buchst. e) 120. — für Meliorationen (das. § 5 Buchst. a) 121. — für Beteiligung an genossenschaftlichen Meliorationen (das. § 5 Buchstabe e) 121.

Beschränkung des Kredits des Westharztalesperrengesetzes — Beihilfen an die Provinz Hannover zur Förderung der allgemeinen Landesmeliorationen — vom 28. März 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 27) 120.

Beschränkung des Kredits des Warthe-Neße-Bruch-Gesetzes — Beihilfen zur Verbesserung der Wasserverhältnisse im Warthe-Neße-Bruch — vom 9. Januar 1929 (G. v. 26. April § 2 Nr. 32) 120.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Mitwirkung bei der Verwaltung derjenigen staatlichen Mittel, welche gemeinsam mit der Provinz zur Verbesserung der Landeskultur zur Verfügung gestellt werden (B. v. 30. März § 2 Nr. 1c) 83.
f. Landgewinnung, Moore.

Landeskulturämter, Aufhebung der Landeskulturämter (B. v. 17. März Art. IX) 45.

f. Spruchkammern.

Landeskulturbehörden, Änderung der §§ 9, 16 des Gesetzes über die Landeskulturbehörden vom 3. Juni 1919 (B. v. 29. März § 9) 81.

Änderung des Staatsvertrags mit Thüringen über die Durchführung der Grundstückszusammenlegungen, Gemeinheitsteilungen und Ablösungen im Land Thüringen durch die preußischen Landeskulturbehörden vom 5. Dezember 1925 (Vereinb. v. 29. März/28. April) 232. (Bes. v. 13. Juni) 232.
f. Spruchkammern.

Landeskulturrenten, Genehmigung zur Gewährung des Vorzugsrechts von Landeskulturrenten durch den Oberpräsidenten (B. v. 29. März Abs. 2 Buchst. e) 81.

Landespolizeibehörden, Zuständigkeit zur Durchführung des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. April 1933 (B. v. 12. April § 2) 109.

Ergänzung der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeit der Landes- und Kreispolizeibehörden vom 1. Oktober 1931 (B. v. 2. März) 33. (B. v. 26. April) 127.

Landespolizeibehörden (Fortf.)

Geheimes Staatspolizeiamt hat die Stellung einer Landespolizeibehörde (G. v. 26. April § 1) 122.

Landesräte, Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Landesrat sein dürfen (B. v. 22. März § 4) 68.

Bestätigung der Landesräte (Schatzräte) (G. v. 23. Juni) 217.

Landesrentenbank, Änderung des Landesrentenbankgesetzes vom 29. Dezember 1927/1. August 1931 (G. v. 23. Juni) 222.

Änderung der Satzung der Preussischen Landesrentenbank (Bes. v. 23. Juni) 234.

Landesrentenbankrenten, Einziehung der Renten der Preussischen Landesrentenbank (G. v. 23. Juni) 222.

Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3c) 252.

Landesregierung, Gesetz über die Landesregierung (v. 17. Juli) 258.

f. Staatsministerium.

Landesverwaltung, Änderung des § 93 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (B. v. 17. März Art. IX Nr. 10) 48. — Außerkrafttreten der §§ 10 bis 15 (Provinzialrat) (G. v. 17. Juli Art. I) 254.

Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates (G. v. 15. Dez.) 479.

f. Verwaltung.

Landesveterinäramt, Überweisung des Landesveterinäramts an das Ministerium für Landwirtschaft usw. (G. v. 20. Juli) 269.

Landeswahlgesetz, Änderung (B. v. 7. Febr.) 25.

Landeswahlordnung, anderweite Anwendung der Vorschriften der Landeswahlordnung bei der Feststellung und Berufung der am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten zum Preussischen Landtage (B. v. 10. März) 37.

Landeswappen, Bekanntmachung über das neue preussische Landeswappen (v. 2. Okt.) 371.

f. Wappen.

Landgemeinden sind die Gemeinden, welche nicht Bauerndörfer oder Städte sind (G. v. 15. Dez. § 2) 428. (B. v. 20. Dez. § 1) 497.

Verleihung usw. eines Gemeindebriefs durch den Minister des Innern (G. v. 15. Dez. § 49) 437.

f. Gemeindeverfassung.

Landgerichte, Zusammenlegung der Landgerichte I, II und III in Berlin (G. v. 26. April) 125.

Errichtung eines Landgerichts Siegen (G. v. 23. Juni § 1) 221. (G. v. 13. Sept.) 351. (B. v. 14. Sept.) 353.

Aufhebung der Landgerichte Arnsherg und Neuwied (G. v. 23. Juni §§ 3, 4) 221. — Bestehenbleiben des Landgerichts Arnsherg (G. v. 13. Sept.) 351.

Landgerichte (Fortf.)

Änderung der Landgerichtsbezirke Limburg, Hagen (Westf.), Paderborn und Koblenz (G. v. 23. Juni) 221. — Arnsberg, Dortmund und Hagen (G. v. 13. Sept.) 351. (B. v. 14. Sept.) 353.

Landgericht entscheidet über die Ablehnung des Vorsitzenden der Auerbengerichte (G. v. 11. Mai § 32) 173. — über Beschwerden wegen der Kostenfestsetzungen (B. v. 30. Aug. § 23) 337.

Landgerichtspräsidenten ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1c) 266.

Landgerichtspräsident regelt die Geschäftsverteilung bei Auerbengerichten mit mehreren Vorsitzenden (G. v. 26. Okt. § 6) 385.

Landgewinnung, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln für Landgewinnungsarbeiten in der Dümlauer Bucht im Kreise Eiderstedt vom 31. Juli 1925 (G. v. 26. April § 2 Nr. 7) 118.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln für Landgewinnungsarbeiten an der Nordseeküste in den Regierungsbezirken Schleswig, Aurich und Stade vom 26. Juli 1930 (G. v. 26. April § 2 Nr. 13) 119.

Landgüter, Aufhebung der Landgüterordnung für die Provinz Brandenburg vom 10. Juli 1883, der Landgüterordnung für die Provinz Schlesien vom 24. April 1884, der Landgüterordnung für die Provinz Schleswig-Holstein, mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg, vom 2. April 1886 und der Landgüterordnung für den Regierungsbezirk Kassel, mit Ausnahme des Kreises Rinteln, vom 1. Juli 1887 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 2 bis 5) 178.

f. Erbhofrecht, Höfe, Auerbenrecht.

Landgüterrolle, Aufhebung des Gesetzes, betr. Eintragungen in die Höferolle und Landgüterrolle auf Ersuchen der Generalkommission, vom 11. Juli 1891 (B. v. 24. Aug. II Nr. 41) 332.

f. Erbhöferolle.

Landrat, der Ministerpräsident ernannt die Landräte (G. v. 17. Juli Nr. 1c) 266.

Befugnis des Kreisaußschusses zum Vorschlag für die Besetzung des erledigten Landratsamts (G. v. 17. Juli § 1 Abs. 2) 257.

Vertretung des Landrats (B. v. 17. März Art. IX Nr. 6) 46. — im Kreisverwaltungsgericht (G. v. 15. Dez. § 5) 480.

Landrat trifft die Entscheidungen, die der Kreisaußschuß als Beschlußbehörde zu treffen hatte (G. v. 15. Dez. § 9) 481.

Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Wohnsiedlungsgebiete (B. v. 4. Nov. II) 397.

Zuständigkeit zur Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 6. April § 4) 96. (B. v. 29. April) 155. (G. v. 23. Juni) 217.

Landrat (Fortf.)

Berufung usw. der Schulzen und Schöffen durch den Landrat (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 34) 434.

Landrat führt die Aufsicht des Staates über die zu einem Landreise gehörenden Städte, Landgemeinden und Bauerndörfer (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 58) 439.

Örtliche Prüfung der Rechnungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden durch den Landrat (B. v. 28. Jan. § 5) 13.

Einrichtung usw. von Gemeindeprüfungsämtern bei den Landratsämtern (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 122 ff.) 467.

Aufsichtsführung über Wassergenossenschaften durch den Landrat als Vorsitzenden des Kreisaußschusses (G. v. 25. Juli Art. 13) 275. — desgl. über Deichverbände (das. Art. 31) 278. — desgl. über Bodenverbesserungsgenossenschaften (das. Art. 50) 281. — desgl. über Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien (das. Art. 55) 281.

Mitwirkung des Landrats bei der Anlegung usw. der Erbhöferolle (G. v. 15. Mai §§ 48, 52) 176. (B. v. 24. Aug. II Nr. 35, 36) 330.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Kreisfeuerwehrverbände und der Ausrüstung der Feuerwehren (G. v. 15. Dez. §§ 7, 13, 16) 485.

Landrat als Vorsitzender des Kreisaußschusses ist Schlachtsteuerstelle (G. v. 27. Nov. § 15) 411.

Sandrecht, Aufhebung der §§ 111 bis 113 Teil I Titel 9 des allgemeinen Landrechts (B. v. 4. März § 3 Nr. 14) 65.

Sandschaften (landschaftliche, ritterschaftliche Kreditinstitute, Kreditvereine usw.):

I. Allgemeines.

Auswertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten (B. v. 29. März) 91.

Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditinstitute (G. v. 12. Nov.) 401.

Staatsaufsicht über die landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditinstitute, deren Banken und Anstalten durch den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 3 Nr. 1a) 84.

II. Einzelne Landschaften.

1. Zentrallandschaft für die Preussischen Staaten. Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung (St. M. G. v. 18. Mai) 235 Nr. 2.

Genehmigung der Satzung der Zentral-Landschaftsbank (St. M. G. v. 30. Nov. 32) 156 Nr. 1.

Erklärung der Zentral-Landschaftsbank als Hinterlegungsstelle für die Hinterlegung von Wertpapieren (B. v. 9. März) 92 Ziffer 1.

2. Provinz Ostpreußen. Genehmigung des Fünften Nachtrags zur Ostpreussischen Landschaftsordnung, Ausgabe 1929 (St. M. G. v. 18. Febr.) 107 Nr. 2. — des Sechsten Nachtrags (St. M. G. v. 4. Aug.) 374 Nr. 1.

Landschaften (Fortf.)

Übertragung der Aufsicht des Staates über die Lebensversicherungsanstalt der Ostpreussischen Landschaft auf den Oberpräsidenten (W. v. 30. März § 5 Nr. 1a) 85.

3. Provinz Brandenburg. Genehmigung von Nachträgen zu den reglementarischen Bestimmungen des Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Kreditinstituts (St. M. E. v. 30. Nov. 32) 10 Nr. 3. (St. M. E. v. 5. Jan.) 30 Nr. 1. (St. M. E. v. 14. Jan.) 32. (St. M. E. v. 7. Sept.) 374 Nr. 3.

Genehmigung eines Nachtrags zur Satzung der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse (St. M. E. v. 18. April) 194 Nr. 2.

4. Provinz Pommern. Genehmigung von Nachträgen zur Landschaftsordnung der Pommerschen Landschaft (St. M. E. v. 10. Nov. 32) 3 Nr. 3. (St. M. E. v. 22. Nov. 32) 4 Nr. 4. (St. M. E. v. 30. Nov. 32) 8. (St. M. E. v. 30. Nov. 32) 10 Nr. 1. (St. M. E. v. 31. Dez. 32) 39 Nr. 1. (St. M. E. v. 18. Jan.) 39 Nr. 3. (St. M. E. v. 14. Febr.) 112.

Aufhebung der Bezirke der Pommerschen Landschaft als selbständige Korporationen des öffentlichen Rechtes (G. v. 12. Nov. Art. 1) 401.

Genehmigung von Änderungen der Satzung der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesitz (St. M. E. v. 5. Nov. 32) 3 Nr. 1. (St. M. E. v. 22. Nov. 32) 4 Nr. 5. (St. M. E. v. 30. Nov. 32) 10 Nr. 2. (St. M. E. v. 31. Dez. 32) 39 Nr. 2. (St. M. E. v. 14. Jan.) 39 Nr. 4.

5. Frühere Provinz Schlesien. Genehmigung von Nachträgen zur Satzung der Schlesischen Landschaft (St. M. E. v. 12. Dez. 32) 4 Nr. 6. (St. M. E. v. 25. Mai) 235 Nr. 3. (St. M. E. v. 7. Sept.) 370 Nr. 6.

Verlängerung der Wirksamkeit des Beschlusses des 28. Generallandtags der Schlesischen Landschaft über die Ermächtigung der Schlesischen Generallandschaftsdirektion, mit Zustimmung des Engeren Ausschusses Satzungenachträge für die Schlesische Landschaft und die Schlesische Landschaftliche Bank zu beschließen (St. M. E. v. 12. Dez. 32) 4 Nr. 7.

Genehmigung des von der Schlesischen Generallandschaftsdirektion am 25. Januar 1933 gefaßten Beschlusses über Änderung der Bestimmungen über die landschaftliche Zwangsverwaltung (St. M. E. v. 23. Febr.) 97 Nr. 1. — Nachtrag (St. M. E. v. 4. April) 194 Nr. 1.

Genehmigung einer Änderung der Gebührenordnung der Schlesischen Landschaft (St. M. E. v. 22. Juni) 288.

Aufhebung der Schlesischen Fürstentumslandschaften als selbständige Korporationen des öffentlichen Rechtes (G. v. 12. Nov. Art. 1) 401.

Landschaften (Fortf.)

6. Provinz Sachsen. Genehmigung eines Nachtrags zu den Neuen Satzungen der Landschaft der Provinz Sachsen (St. M. E. v. 14. Dez. 32) 10 Nr. 4.

7. Provinz Schleswig-Holstein. Genehmigung von Änderungen der Satzung der Schleswig-Holsteinischen Landschaft (St. M. E. v. 19. Dez. 32) 24 Nr. 1.

8. Provinz Hannover. Genehmigung des vierten Nachtrags zu den Satzungen des Bremenschen Ritterschaftlichen Kreditvereins (St. M. E. v. 8. Febr.) 66 Nr. 3.

Genehmigung einer Änderung der Satzung des Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheimischen Ritterschaftlichen Kreditvereins (St. M. E. v. 13. Juli) 320 Nr. 3.

Genehmigung eines Nachtrags zu den Verordnungen, betr. das Ritterschaftliche Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg (St. M. E. v. 29. Dez. 32) 24 Nr. 2.

Landstallmeister ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1c) 266.

1. Oberlandstallmeister.

Landtag, Einberufung des Landtags (W. v. 10. März) 37.

Freifahrtrecht und Fortfall der Aufwandsentschädigung der Mitglieder des Preussischen Landtags (G. v. 19. Okt.) 375.

Aufhebung des Ständigen Ausschusses des Preussischen Landtags (G. v. 19. Okt.) 376.

Landwirtschaft, Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Mitwirkung bei der Aufsicht über die für die Provinz zur Hebung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Förderung der Landwirtschaft und Fischereiwirtschaft geschaffenen Einrichtungen (W. v. 30. März § 3 Nr. 1e) 84.

Landwirtschaftskammern, Durchführung der Verordnung über die Neugliederung von Landkreisen bei den Landwirtschaftskammern (W. v. 30. Dez. 32) 1.

Auflösung der preussischen Landwirtschaftskammern (W. v. 21. Juni) 224. — Aussetzung der Neuwahlen (G. v. 24. Okt.) 384.

Landwirtschaftskammern schlagen Bauern zu Beisitzern der Anerbengerichte vor (G. v. 15. Mai § 31) 173. (W. v. 24. Aug. Art. 5) 322.

Zwei Vertreter der Landwirtschaftskammern gehören dem Erbhofrat an (W. v. 24. Aug. Art. 1, 5) 321.

Mitwirkung der Landwirtschaftskammer bei Eintragung von landwirtschaftlichem Kleinbesitz, Weinbau und Gartenbau in die Erbhöferolle (G. v. 15. Mai §§ 22, 22a) 171. (W. v. 24. Aug. Art. 5) 322.

Änderungen der Satzung der Landwirtschaftskammer in Kassel (Bef. v. 1. April) 164. — desgl. für die Rheinprovinz (Bef. v. 24. März) 198. — desgl. für die Provinz Pommern (Bef. v. 1. Mai) 207 Ziffer 1. — desgl. für die Provinz Sachsen (Bef. v. 8. April) 224. — desgl. für den Regie-

Landwirtschaftskammern (Fortf.)

rungsbezirk Wiesbaden (Bef. v. 24. Juni) 292
Ziffer 1. — desgl. der Landwirtschaftskammer
Niederschlesien in Breslau (St. M. E. v. 20. Juni)
292 Ziffer 2.

Abänderung der Verordnung über die Er-
hebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer
für die Provinz Westfalen vom 24. August 1931
(B. v. 8. März) 63.

Erhebung der Beiträge zur Landwirtschafts-
kammer für die Provinz Grenzmark Posen-West-
preußen (B. v. 16. Juni) 231.

f. Hauptlandwirtschaftskammer.

Landwirtschaftsministerium, das Ministerium für
Landwirtschaft, Domänen und Forsten erhält die
Bezeichnung „Landwirtschaftsministerium“.

Abteilungen: 1. Zentralabteilung, landwirt-
schaftliche Erzeugung und Verwaltung; 2. Do-
mänenabteilung; 3. Veterinärabteilung; 4. Sied-
lungs-, Landeskultur- und wasserwirtschaftliche
Abteilung (G. v. 1. Dez. § 6) 418.

Langenau (Ostpreußen), bisherige preußische Do-
mäne Langenau gehört zum Rittergut Neudede
(G. v. 27. Aug. § 1 Nr. 2) 311.

Langenbergteich (Westfalen), Naturschutzgebiet
Langenbergteich bei Sande im Kreise Paderborn
(Pol. B. v. 23. Dez. 32) 107.

Langenbrück (Oberschlesien), f. Wege B. 2.

Lauban (Niederschlesien), Änderung des Amts-
gerichtsbezirk (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (B. v.
15. Sept. § 1) 347.

Lauenburg (Schleswig-Holstein), Aufhebung des
Gesetzes, betr. das Höferecht im Kreise Herzogtum
Lauenburg, vom 21. Februar 1881 (G. v. 15. Mai
§ 56 Nr. 2 Ziffer 1) 178. — f. Erbhofrecht.

Lauenstein (Hannover), Änderung des Amts-
gerichtsbezirk (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

Leberblümchen gehört zu den geschützten Pflanzen-
arten (B. v. 10. März § 1 Abs. 3 Nr. 2) 72.

Lehrer, Ausführung des Reichsgesetzes zur Wieder-
herstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April
1933 hinsichtlich der Lehrer an öffentlichen Volks-,
mittleren und nichtstaatlichen höheren Schulen
(B. v. 15. Juni Nr. 2) 202. — an Berufs- und
Fachschulen (das. Nr. 5) 202. — an wissenschaft-
lichen Hochschulen (das. Nr. 20) 204. — desgl. der
Versetzung von Lehrern an öffentlichen Schulen
(B. v. 29. Juni) 264.

Altersgrenze der Hochschullehrer, Aufhebung
des Kap. IV des Teils 2 der Verordnung vom
12. September 1931 (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 1) 5.

Der Ministerpräsident ernennt die Univer-
sitätsprofessoren und die Hochschulprofessoren (G.
v. 17. Juli Nr. 1g) 267.

Zuständigkeit des Regierungspräsidenten in
den persönlichen und Rechtsverhältnissen der
Lehrer an den öffentlichen Volks- und mittleren
Schulen (B. v. 30. März § 12 Nr. 2) 88.

Lehrer (Fortf.)

Beschwerde gegen die unfreiwillige Versetzung
der Lehrer an öffentlichen Volks- und mittleren
Schulen in den Ruhestand (B. v. 30. März § 15
Nr. 2) 89.

Änderungen des Gesetzes über die Dienst-
bezüge der Lehrer und Lehrerinnen an den öffent-
lichen Volksschulen (Volksschullehrer-Besoldungs-
gesetz) vom 1. Mai 1928 (B. v. 18. März § 21) 57.

Dienst- und Versorgungsbezüge der Inhaber
vereinigter Schul- und Kirchenämter (G. v.
28. Okt.) 393.

Aufhebung des Gesetzes, betr. die Anstellung
und das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehre-
rinnen an den öffentlichen Volksschulen im Ge-
biet der Provinzen Posen und Westpreußen, vom
15. Juli 1886 (G. v. 4. Okt. § 2) 365.

Änderung des Gesetzes über die Unterbringung
von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen
(Unterbringungsgesetz) vom 30. März 1920 (G.
v. 4. Okt. Art. V) 367.

Leichen, Polizeiverordnung über das Leichenwesen
(v. 18. April) 149. — Bestattung menschlicher
Leichen (das. §§ 1 bis 6) 149. — Wiederausgrabung
von Leichen (das. § 7) 150. — Beförderung
menschlicher Leichen auf dem Landwege (das.
§§ 8 bis 12) 151. — Schlußbestimmungen (das.
§§ 13 bis 16) 152.

Änderung der Polizeiverordnung vom
18. April 1933 (B. v. 28. Juni) 238.

Leichenpaß für die Beförderung menschlicher Lei-
chen auf dem Landwege (Pol. B. v. 18. April
§§ 8 bis 10) 151. (Pol. B. v. 28. Juni) 238.

Lehbucht, Beschränkung des Kredits des Gesetzes
über die Bereitstellung von Staatsmitteln zum
Bau eines Deiches an der Lehbucht zwecks Ab-
schlusses des Rorder-Außentiefs im Regierungs-
bezirk Aurich sowie zur Ausführung von Binnen-
entwässerungsanlagen und sonstiger Folgeeinrich-
tungen vom 30. Juli 1926 (G. v. 26. April § 2
Nr. 12) 119.

Lichtenau (Westfalen), Verleihung des Enteignungs-
rechts an die Gemeinde für die Wasserversorgungs-
anlage der Gemeinde (St. M. E. v. 12. Okt.) 424
Nr. 3.

Liegnitz (Niederschlesien), Ausgliederung der zum
ehemaligen Landkreis Fauer gehörten Gemeinden
aus dem Landkreis Liegnitz (G. v. 17. Juli
Kap. I § 4) 261.

Änderung des Amtsgerichtsbezirk (B. v.
15. Sept. § 7 I 4) 348.

Liegnitz-Kawitscher Eisenbahngesellschaft, f.
Eisenbahnen Nr. 5.

Limburg (Hessen-Nassau), Änderung der Grenzen
der Diözesen Trier und Limburg (Bef. v. 11. Okt.)
373.

Dem Landgerichte Limburg werden die Amts-
gerichte Hachenburg, Höhr-Grenzhausen, Monta-
baur, Selters und Wallmerod zugelegt (G. v.
23. Juni § 4) 222. (B. v. 14. Sept.) 353.

Limburg (Fortf.)

Abtrennung der Amtsgerichte Dillenburg und Herborn von dem Landgerichte Limburg (G. v. 23. Juni § 2) 221. (B. v. 14. Sept.) 353.

Lindlar (Rheinprovinz), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VI 4) 349.

Lindow (Brandenburg), Kleinbahn Schulzendorf—Lindow, s. Eisenbahnen Nr. 1.

Lingen (Hannover), Aufhebung der nassauischen Verordnung für das Fürstentum Lingen vom 13. November 1786 über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 12) 65.

Linksrheinisches Industriegebiet, Änderung des Entwässerungsgesetzes für das linksrheinische Industriegebiet vom 29. April 1913 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. b) 283.

Linz (Rheinprovinz), Zulegung des Amtsgerichts Linz zu dem Landgericht Koblenz (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Lippe (Fluß), Änderung des Lippegesetzes vom 19. Januar 1926 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. d) 283.

Löbjeun (Sachsen), Änderung der Landesgrenze und Austausch von Gebietsteilen zwischen der preussischen Gemeinde Löbjeun, Saalkreis, und der anhaltischen Gemeinde Cattau, Kreis Cöthen (Staatsvertr. v. 26. Okt. 31) 341. (G. v. 8. Sept.) 340.

Löwenberg (Niederschlesien), Änderung der Grenzen des Landkreises Löwenberg (G. v. 8. Sept.) 342.

Lotterien, Übertragung der Erteilung der Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Lotterien und Auspielungen innerhalb der Provinz auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 10) 84.

Lüneburg (Hannover), Ritterschaftliches Kreditinstitut des Fürstentums Lüneburg, s. Land-schaften II 8.

Luftfahrt Übertragung der Verwaltung der Luftfahrtangelegenheiten auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 2, § 7 Nr. 2, 7) 84.

M

Märkte, Übertragung der Festsetzung und Überwachung der Schlachtviehmärkte auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 15) 85.

Magdeburg (Sachsen), Aufhebung des Reglements für das platte Land des Herzogtums Magdeburg zur Verhütung der Feuersbrünste vom 18. Januar 1772 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 2) 405.

Aufhebung der Magdeburger Polizeiverordnung vom 3. Januar 1688, Kap. XX § 20 und Kap. XXIX § 15 über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 1) 64.

Änderung der Grenzen des Stadtkreises Magdeburg gegen die Landgemeinden Biederitz und Gübs (G. v. 24. Okt.) 381.

Magistrat, Bestimmung der Beamten usw., welche nicht Mitglied des Gemeindevorstandes sein dürfen (B. v. 22. März § 4) 68. — Mitglieder des Magistrats dürfen nicht gleichzeitig der Vertretungskörperschaft angehören (das. § 4 Abs. 3) 68.

Bestimmungen über die Zahl der Magistratsmitglieder (G. v. 6. April §§ 3, 6) 93.

Bestätigung der Magistratsmitglieder (G. v. 6. April § 3) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

Zuständigkeit zur Unterfagung der Ausübung des Versteigerergewerbes (B. v. 16. Aug.) 316.

Beseitigung der Magistrate als Beschlußbehörden nach dem Landesverwaltungs-gesetze (G. v. 15. Dez. § 1) 479.

Beseitigung der Magistrate (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 29 ff.) 433. (B. v. 20. Dez. § 8) 498. — s. Gemeindeverfassung.

Maiglöckchen gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 3 Nr. 5) 72.

Mainz (vormals kurmainzische Gebiete), Aufhebung der kurmainzischen Verordnung, betr. Halten von Tauben, vom 30. Juni 1783 (G. v. 4. März § 3 Nr. 11) 65.

Malgarten (Hannover), Aufhebung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug. § 2) 319.

Marburg (Hessen-Nassau), Zulegung des Amtsgerichts Gemünden (Wohra) zu dem Arbeitsgerichte Marburg (B. v. 14. Sept.) 354.

Marsberg (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Marsberg zu dem Landgericht Paderborn (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Mahren (Rheinprovinz), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VI 1) 349.

Medebach (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Medebach zu dem Landgericht Paderborn (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Meldewesen, Polizeiverordnung über das Meldewesen (v. 22. April) 129.

Meldorf (Schleswig-Holstein), Aufteilung des Landkreises Dithmarschen in die Landkreise „Norderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Heide und „Süderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Meldorf (G. v. 17. Juli Kap. I § 5) 261.

Meliorationen, s. Landeskultur, Moore usw.

Menden (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Menden zu dem Landgericht Arnsberg (G. v. 13. Sept.) 351.

Meppen (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 II 4) 349.

Merzig (Rheinprovinz), Restkreis Merzig-Wadern, s. Wege B. 21.

Meschede (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Meschede zu dem Landgericht Hagen (Westf.) (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Miete, Forderungen des Staates aus der Vermietung von Räumen usw. unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 2 Nr. 4a) 252.

Milch, Regelung des Milchpreises (B. v. 30. Mai) 214.

Militär, Übertragung der Vertretung der Landesinteressen bei dem Wehrkreiskommando, auch im Falle des § 17 des Wehrgesetzes, auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 6) 84.

Aufhebung der Kabinettsordre, betr. die Teilnahme des Militärs bei der Feuerpolizei, vom 29. August 1818 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 9) 239.

Das Bürgerrecht der Soldaten ruht (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 15) 430.

Minden (Westfalen), Aufhebung des Provinzialrechts für das Fürstentum Minden und die Grafschaft Ravensberg, § 4 über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 7) 64.

Mineralbrunnen, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau der domänenfiskalischen Bäder und Mineralbrunnen vom 23. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 29) 120.

Mineralien, Beaufsichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen (G. v. 18. Dez.) 493.

Ministerium des Innern, Überweisung der Gestütverwaltung, einschließlich der Pferde- und der Rennwettangelegenheiten, an das Ministerium des Innern, Bildung einer 6. Abteilung für Gestüte und Pferde- und Tierzucht (G. v. 30. Juni) 229.

Die Zuständigkeit des Ministers für Landwirtschaft usw. auf dem Gebiete des Pferderennwesens geht auf den Minister des Innern über (G. v. 8. Sept.) 345.

Vom Ministerium des Innern gehen die Veterinärverwaltung, Tierärztekammern usw. auf das Ministerium für Landwirtschaft über, Fortfall der Veterinärabteilung (G. v. 20. Juli) 269.

Die Geschäfte der politischen Polizei gehen vom Ministerium des Innern auf das Geheime Staatspolizeiamt über (G. v. 30. Nov. § 3) 413.

Das Geheime Staatspolizeiamt untersteht unmittelbar dem Minister des Innern (G. v. 26. April § 1) 122. — dem Ministerpräsidenten (G. v. 30. Nov. § 1) 413.

Zuständigkeit zur Durchführung des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens (B. v. 31. Mai) 207.

Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 12. Juni) 211. (B. v. 15. Dez.) 495.

Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen das Gaststätten-gesetz auf den Minister des Innern (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2b) 304.

Zuständigkeit zur Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 23. Juni § 2) 217. — desgl. von Angestellten (B. v. 17. Juli) 265.

Ministerium des Innern (Fortf.)

Berufung usw. der Bürgermeister, Ersten Beigeordneten und Rämmerer in Stadtkreisen durch den Minister des Innern (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 34, 37 Abs. 3) 434.

Mitwirkung des Ministers des Innern in der Aufsicht über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Hauptstadt Berlin (G. v. 15. Dez.) 483.

Minister des Innern ernannt mit dem Minister für Wirtschaft und Arbeit Mitglieder des Verbandsausschusses des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (G. v. 4. Juli § 2) 230.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Feuerwehren und des Feuerwehrbeirats (G. v. 15. Dez. §§ 4, 5, 11, 13) 485.

1. Staatsminister.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, vom Ministerium geht die Gestütverwaltung, einschließlich der Landespferdezucht und der Rennwettangelegenheiten, auf das Ministerium des Innern über, Fortfall der Abteilung für Gestüte und Tierzucht (G. v. 30. Juni) 229.

Die Zuständigkeit des Ministers für Landwirtschaft usw. auf dem Gebiete des Pferderennwesens geht auf den Minister des Innern über (G. v. 8. Sept.) 345.

Auf das Ministerium für Landwirtschaft usw. gehen die Veterinärverwaltung, Tierärztekammern usw. über, Bildung einer 5. Veterinärabteilung (G. v. 20. Juli) 269.

Anderung der Zuständigkeit nach dem Wassergesetz vom 7. April 1913 in Angelegenheiten der Benutzung der Wasserläufe (G. v. 25. Juli Art. 4, 6, 7) 274. — desgl. der Verhütung von Hochwassergefahren (das. Art. 29) 278. — desgl. der Deichverbände (das. Art. 36, 37) 279.

Anderung der Zuständigkeit nach dem Gesetze über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften vom 5. Mai 1920 (G. v. 25. Juli Art. 48) 281.

Anderung der Zuständigkeit nach der Verordnung über die Bildung von Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien vom 7. November 1914 (G. v. 25. Juli Art. 53) 281.

Zuständigkeit zur Anordnung des beschleunigten Verfahrens zur Bildung von Bodenkulturgenossenschaften (G. v. 25. Juli Art 58) 282.

Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung von Verkehrsabgaben auf den Minister für Landwirtschaft usw. (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2c) 304. — desgl. bei Forstzuwiderhandlungen einschließlich der Forstdiebstähle (das. § 45 Abs. 2d) 304.

Mitwirkung in Sachen des bäuerlichen Erbhofrechts (G. v. 15. Mai §§ 3, 4, 22a, 59, 61, 62) 166. (B. v. 24. Aug. Art. 1) 321.

Vom Ministerium geht die Landesforstverwaltung auf den Ministerpräsidenten über (G. v. 1. Dez. § 1) 417.

Ministerium für Landwirtschaft (Fortf.)

Das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten erhält die Bezeichnung „Landwirtschaftsministerium“ (G. v. 1. Dez. § 6) 418.

§. Landwirtschaftsministerium.

Minister für Wirtschaft und Arbeit ernannt mit dem Minister des Innern Mitglieder des Verbandsausschusses des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (G. v. 4. Juli § 2) 230.

Zuständigkeit zur Entscheidung auf Beschwerden in Angelegenheiten der Wohnungsunternehmen und Verbände (B. v. 1. Aug. § 2) 292.

Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung von Verkehrsabgaben auf den Minister für Wirtschaft und Arbeit (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2c) 304.

Ministerialdirektoren ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1a) 266.

Ministerialdirigenten ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1a) 266.

Ministerialräte ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1a) 266.

Ministerpräsident, Gleichschaltung der Rechtsverhältnisse der Staatsminister mit den Rechtsverhältnissen der Reichsminister (Staatsministergesetz) (G. v. 26. April) 123. — Änderung (G. v. 22. Sept.) 355.

Bestimmungen des Preussischen Staatsministeriums über Amtswohnungen, Umzugskostenentschädigungen, Tagegelder und Entschädigung für Reisekosten des Preussischen Ministerpräsidenten und der Preussischen Staatsminister (v. 20. Dez.) 502.

Befugnis zur Regelung der sachlichen Zuständigkeit der einzelnen Staatsminister (G. v. 17. Juli § 2) 258. — zur Bestimmung seines Vertreters (daf. § 3) 258. — zum Erlass einer Geschäftsordnung für das Staatsministerium (daf. § 4) 258.

Erlass des Reichskanzlers über Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze, Beamtenernennungen und Ausübung des Gnadenrechts in Preußen durch den Ministerpräsidenten (v. 25. April) 113.

Bestimmungen über Beamtenernennungen und Vollziehung der Bestallungsurkunden durch den Ministerpräsidenten (G. v. 17. Juli) 266. — der Oberrechnungskammer (G. v. 15. Dez. Art. I § 3) 475.

Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts (G. v. 1. Aug. § 45) 303.

Ministerpräsident ist Mitglied und Präsident des Staatsrats (G. v. 8. Juli §§ 1, 6, 7) 241. — ernannt Mitglieder (G. v. 8. Juli §§ 1, 6) 241. (G. v. 31. Juli Art. I) 289. — Zuständigkeit als Präsident (G. v. 8. Juli §§ 7 bis 10) 242.

Ministerpräsident ernannt Provinzialräte (G. v. 17. Juli §§ 2, 5, 6) 255.

Ministerpräsident kann die Einberufung des Provinzialrats verlangen, im Provinzialrat erscheinen und das Wort nehmen (G. v. 17. Juli § 12) 256.

Ministerpräsident (Fortf.)

Der Staatskommissar in Berlin untersteht dem Ministerpräsidenten (G. v. 15. Dez.) 483.

Zuständigkeit zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts (B. v. 15. Juli § 3) 248.

Die Angelegenheiten der Landesforstverwaltung gehen von dem Ministerium für Landwirtschaft usw. auf den Ministerpräsidenten über (G. v. 1. Dez.) 417. — Bearbeitung in einer besonderen Abteilung unter dem Oberlandforstmeister (daf. § 1 Abs. 3) 417.

Ministerpräsident ist Chef der Geheimen Staatspolizei (G. v. 30. Nov. § 1) 413. — Vertretung als solcher (daf. § 1) 413.

Ministerpräsident ist Präsident der Stiftung „Preußenhaus“ und ernannt den geschäftsführenden Stiftungsvorstand (G. v. 26. Okt.) 403.

Ministerpräsident ernannt sechs Staatsräte zu Mitgliedern des Staatsschuldenausschusses (G. v. 24. Okt.) 383.

§. Staatsminister.

Mittellandkanal, Änderung des Gesetzes, betr. die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen, vom 4. Dezember 1920 (G. v. 25. Juli Art. 59) 282.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze wegen Vollendung des Mittellandkanals und der durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen vom 4. Dezember 1920 auszuführenden Bauarbeiten vom 30. Juli 1926 (G. v. 26. April § 2 Nr. 11) 119.

Bereitstellung von Geldmitteln zur Vollendung des Mittellandkanals (G. v. 26. April § 3 Buchst. a) 120.

Münstadt (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Usingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Möwen, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziff. 14) 78. — Fang auf künstlichen Fischteichen (daf. §§ 3, 4, 15) 73. — Abschusserlaubnis (daf. § 16) 76. — Sammeln von Möweneiern (daf. § 2 Abs. 3) 73.

Montabaur (Hessen-Nassau), Zulegung des Amtsgerichts Montabaur zu dem Landgericht Limburg (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 III 2) 349.

Moore, Änderung der Verordnung über die Bildung von Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien vom 7. November 1914 (G. v. 25. Juli Art. 53 bis 57) 281.

Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Moorbränden (G. v. 15. Dez. § 21) 488.

Moore (Fortf.)

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- und Moorländereien durch den Staat vom 27. Juli 1926 (G. v. 26. April § 2 Nr. 3) 118.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein und zur Förderung des Gemüsebaues im staatlichen Wiesmoor (Ostfriesland), Regierungsbezirk Aurich, vom 16. April 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 4) 118.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen vom 9. Mai 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 21) 119.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Mitteln für die Entwässerung und Kultivierung der rechtsemsischen Moore in den Kreisen Hümmeling und Wschendorf, Regierungsbezirk Osnabrück, vom 23. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 28) 120.

Moringen (Hannover), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 15. Sept. § 2) 347. (B. v. 14. Sept.) 354.

Mühlhausen (Ostpreußen), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 14. Sept.) 354.

Mülheim a. d. Ruhr (Rheinprovinz), Aufhebung des Gesetzes, betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Mülheim a. d. Ruhr usw., vom 2. Juli 1898 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 6) 178. — f. Erbhofrecht.

München Gladbach (Rheinprovinz), Aufteilung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Gladbach-Rheydt in die Stadtgemeinden und Stadtkreise München Gladbach und Rheydt (G. v. 24. Juni) 225.

Zweckverband Gladbach-Rheydt (G. v. 24. Juni §§ 3, 4) 225.

Arbeitsgemeinschaft der Stadtgemeinde und des Landkreises Grevenbroich-Neuß (G. v. 24. Juni § 5) 226.

Münden (Hannover), Aufteilung des Landkreises Göttingen in die Landkreise „Göttingen“ mit dem Kreisitz in Göttingen und „Münden“ mit dem Kreisitz in Münden (Hann. Münden) (G. v. 17. Juli Kap. I § 7) 261.

Muffelwild, Verbot des Schrot- und Postenschusses auf Muffelwild (B. v. 10. März § 3) 73.

Musikunterricht, Zuständigkeit des Regierungspräsidenten im Musikunterrichtswesen (B. v. 30. März § 12 Nr. 1k) 88.

Muskau (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

N

Nachtzeit, Vögeln zur Nachtzeit nachzustellen ist verboten (B. v. 10. März § 3) 73. — desgl. Verwenden künstlicher Lichtquellen (daf. § 3) 73.

Nationale Symbole, Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 12. Juni) 211. (B. v. 15. Dez.) 495.

Polizeiverordnung über das Singen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes (v. 18. Aug.) 317.

Naturalienhändler müssen über die Herkunft der Tiere usw. geschützter Arten ein Verzeichnis führen (B. v. 10. März § 9) 75.

Naumburg a. Sa. (Niederschlesien), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 15. Sept. § 1) 347. (B. v. 14. Sept.) 354.

Neheim (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Neheim zu dem Landgericht Hagen (Westf.) (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Nerz (Sumpftotter) gehört zu den geschützten Tierarten (B. v. 10. März § 1 I 6) 71.

Neke (Fluß), Beschränkung des Kredits des Warthe-Neke-Brech-Gesetzes vom 9. Januar 1929 (G. v. 26. April § 2 Nr. 32) 120.

Nekekreis (Posen-Westpreußen), Änderung der Grenzen des Nekekreises (G. v. 10. Sept.) 352.

Neubekum (Westfalen), f. Wege B. 14.

Neudeck (Ostpreußen), Durchführung des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Befreiung des Reichspräsidenten von Hindenburg von Reichs- und Landessteuern für das Rittergut Neudeck vom 27. August 1933 (G. v. 27. Aug.) 311.

Neuerburg (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Neuerburg gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Bitburg (B. v. 15. Aug. IV Nr. 4) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Neufrendental (Ostpreußen), f. Wege B. 1.

Neuglobjow (Brandenburg), Kleinbahn Gransee-Neuglobjow, f. Eisenbahnen Nr. 1.

Neumagen (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Neumagen gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Trier (B. v. 15. Aug. IV Nr. 1) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Neumarft (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 I 9) 348.

Neu Mertinsdorf (Ostpreußen), Eingliederung einiger Parzellen der Landgemeinde Neu Mertinsdorf, Kreis Allenstein, in die Landgemeinde Raschung im Kreise Köffel (G. v. 8. Sept.) 346.

Neustadt (Oberschlesien), f. Wege B. 2.

Neustadt a. Abge. (Hannover), Änderung der Grenzen des Kreises Neustadt a. Abge. (G. v. 28. Okt.) 391.

Neustettin (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 1) 349.

Neuvorpommern und Rügen, Aufhebung der Exekutionsverordnung für Neuvorpommern und Rügen vom 1. Februar 1858 (G. v. 12. Juli § 5 Nr. 4) 254.

Neuwied, Aufhebung des Landgerichts Neuwied (G. v. 23. Juni § 4) 222. (B. v. 14. Sept.) 353.

Zulegung des Amtsgerichts Neuwied zu dem Landgericht Koblenz (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 23. Juni § 5) 222.

Niederems mit Reinborn (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Usingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Niederlausitz, Aufhebung des Provinzialrechts des Markgrafentums Niederlausitz, § 7, über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 5) 64.

Niederländische Landesbank-Girozentrale, f. Landesbanken.

Niedererschlagungen im Staatshaushalte (G. v. 15. Dez. Art. I § 2) 475.

Niedererschlagungen von Ansprüchen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 52) 453.

Niederschrift über die mündliche Verhandlung vor den Anerbenbehörden (B. v. 30. Aug. § 7) 333.

Niederschriften über die Vereidigung der Schulzen, Bürgermeister, Schöffen, Beigeordneten und der Gemeinderäte (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 38, 42) 435.

Niederschrift über die Beratung der Gemeinderäte (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 46) 437.

Niers (Fluß), Änderung des Niersgesetzes vom 22. Juli 1927 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. c) 283.

Nimptsch (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 6) 348.

Nogat (Fluß), Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Erschließung der Nogathaffampen im Regierungsbezirk Marienwerder vom 21. April 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 17) 119.

Norderdithmarschen (Kreis in Schleswig-Holstein), Aufteilung des Landkreises Dithmarschen in die Landkreise „Norderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Heide und „Süderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Meldorf (G. v. 17. Juli Kap. I § 5) 261.

Nordsee, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln für Landgewinnungsarbeiten an der Nordseeküste in den Regierungsbezirken Schleswig, Aurich und Stade vom 26. Juli 1930 (G. v. 26. April § 2 Nr. 13) 119.

Northheim (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (B. v. 15. Sept. § 2) 347.

Notstände, Ermächtigung zur Beauftragung der Oberpräsidenten mit der einheitlichen Durchführung staatlicher Notstandsaktionen aus Anlaß von Unwetter Schäden, sofern die Maßnahmen über den Bereich eines Regierungsbezirkes hinausgehen (B. v. 30. März § 5 Nr. 2) 85.

Nunkirchen (Rheinprovinz), f. Wege B. 21.

O

Oberaula (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 V 3) 349.

Oberbergämter, Zuteilung des früheren waldeckischen Landesteils an den Bezirk des Oberbergamts in Clausthal-Zellerfeld (B. v. 4. Okt.) 368.

Veränderte Abgrenzung der Oberbergamtsbezirke Bonn, Dortmund, Clausthal-Zellerfeld, Halle und Breslau (B. v. 24. Okt.) 386.

Oberberghauptmann ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1a) 266.

Oberbürgermeister darf nicht gleichzeitig der Vertretungskörperschaft angehören (B. v. 22. März § 4 Abs. 3) 68.

Verwaltung der Stelle des Oberbürgermeisters (G. v. 6. April § 3) 93.

Bestätigung des Oberbürgermeisters (G. v. 6. April § 3) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

In Stadtkreisen führt der Bürgermeister die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister, Aufgaben, Berufung, Entlassung (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 4, 27 bis 39) 428.

Vertretung des Oberbürgermeisters im Stadtverwaltungsgericht (G. v. 15. Dez. § 5) 480.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Wohnsiedlungsgebiete (B. v. 4. Nov. II) 397.

Oberbürgermeister trifft die Entscheidungen, die der Stadtausschuß (Magistrat usw.) als Beschlußbehörde zu treffen hatte (G. v. 15. Dez. § 9) 481.

Oberbürgermeister in Berlin ernannt die Vorsitzenden, ihre Stellvertreter und die Mitglieder der Bezirksämter (G. v. 22. Sept. § 2) 356.

f. Bürgermeister.

Oberforstmeister, Aufgaben, dienstliche Stellung usw. der Oberforstmeister (G. v. 1. Dez. §§ 2 bis 4) 417.

f. Forstbeamte.

Oberhausen (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Oberhausen gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Duisburg (B. v. 18. Nov. IV Nr. 1) 415.

Oberlahnkreis (Hessen-Nassau), Ausscheiden der Landgemeinden Emmerhausen, Gemünden, Heizenberg, Mönstadt und Winden aus dem Oberlahnkreis (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Oberlandesgerichtspräsidenten ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1e) 266.

Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23.

Oberlandesgerichtspräsidenten (Fortf.)

Mitwirkung bei Besetzung der Auerbengerichte (G. v. 15. Mai § 31) 173. (B. v. 24. Aug. II Nr. 23) 327. (B. v. 11. Sept.) 347.
f. Kammergerichtspräsident.

Oberlandforstmeister ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1a) 266.

Oberlandforstmeister leitet die Abteilung der Landesforstverwaltung unter dem Ministerpräsidenten (G. v. 1. Dez. § 1) 417.

Oberlandstallmeister ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1a) 266.

Oberlangenbrück (Oberschlesien), f. Wege B. 2.

Oberpräsident, der Ministerpräsident ernannt die Oberpräsidenten und die Vizepräsidenten bei den Oberpräsidien (G. v. 17. Juli Nr. 1c) 266.

Aufhebung des Art. 86 der Verfassung über die Mitwirkung des Provinzialausschusses bei Ernennung des Oberpräsidenten (G. v. 17. Juli Art. II) 256.

Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Oberpräsidenten neben den gesetzlichen Vorschriften (B. v. 30. März) 83. — Allgemeine Zuständigkeiten (daf. §§ 1 bis 4) 83. — Besondere Zuständigkeiten einzelner Oberpräsidenten (daf. §§ 5 bis 7, 17) 85. — Zuständigkeit des Oberpräsidenten von Berlin (daf. § 16) 89.

Erweiterung der Befugnisse der Oberpräsidenten (G. v. 15. Dez.) 477. — Änderung des § 1 der Verordnung v. 3. September 1932 (daf. Art. I) 477. — Aufgaben und Zuständigkeiten des Provinzialausschusses, des Landesdirektors, der Provinzialkommissionen und -kommissare gehen auf den Oberpräsidenten über (daf. Art. II, III) 477.

Dem Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau werden in dem bisherigen Umfange diejenigen Aufgaben der Staatsaufsicht und der Wahrnehmung staatlicher Rechte übertragen, welche in anderen Provinzen dem Oberpräsidenten übertragen sind, auch soweit sie in Hessen-Nassau nicht über den Bereich eines Regierungsbezirktes hinausgehen (B. v. 30. März § 5 Nr. 1e) 85.

Aufhebung des § 4 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Juli 1922, wonach der Oberpräsident der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen gleichzeitig die Funktionen des Regierungspräsidenten ausübt (G. v. 7. Juli) 273.

Oberpräsident ist Präsident des Provinzialrats (G. v. 17. Juli §§ 1, 6) 254. — Zuständigkeit (daf. §§ 7 bis 10) 255.

Vertretung des Oberpräsidenten in der Spruchkammer für Siedlung und Auseinandersetzung (G. v. 15. Dez. § 5) 480.

Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten von Berlin zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 15. Dez.) 495.

Oberpräsident (Fortf.)

Übergang der Aufgaben des Landeskulturamtspräsidenten auf den Oberpräsidenten (B. v. 17. März Art. IX Nr. 1) 45.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Landeskulturfragen (B. v. 29. März § 9) 81. — Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Niederschlesien auch für die Provinz Oberschlesien (B. v. 12. Sept.) 346.

Zuständigkeit bei Einziehung der Renten der Landesrentenbank (G. v. 23. Juni) 222.

Änderung der Zuständigkeit nach dem Wassergesetz vom 7. April 1913 in Angelegenheiten des Gemeingebrauchs an Seen, Talsperren usw. (G. v. 25. Juli Art. 3) 274. — desgl. der Talsperren (daf. Art. 6) 274. — desgl. des Ausbaues der Wasserläufe (daf. Art. 10) 275. — desgl. der Wassergenossenschaften (daf. Art. 26) 277. — desgl. als Wasserpolizeibehörde (daf. Art. 43) 280. — desgl. der Deichverbände (daf. Art. 31) 278.

Zuständigkeit bei Ausführung des Gesetzes, betr. Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Schlesien, vom 3. Juli 1900 (G. v. 25. Juli Art. 63) 283. — desgl. in der Provinz Brandenburg und im Havelgebiet der Provinz Sachsen, vom 4. August 1904 (daf. Art. 63, 64) 283.

Oberpräsident entscheidet auf Beschwerden gegen die unfreiwillige Versetzung von Lehrern an öffentlichen Volks- und mittleren Schulen in den Ruhestand (B. v. 30. März § 15 Nr. 2) 89.

Zuständigkeit zur Bestätigung der Landesräte (Schatzräte) (G. v. 23. Juni § 2) 217.

Zuständigkeit zur Bestätigung von Stadträten, Bezirksbürgermeistern und Mitgliedern der Bezirksämter in Berlin (B. v. 6. April § 3) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

Übergang der Staatsaufsicht über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten in Berlin von dem Oberpräsidenten auf den Staatskommissar (G. v. 15. Dez.) 483.

Mitwirkung bei Stellung von Darlehnsanträgen zur Arbeitsbeschaffung (B. v. 12. Jan.) 11.

Oberpräsident genehmigt die Aufnahme von Darlehen usw. durch Gemeinden und Gemeindeverbände aus den Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms von 1932 zur Durchführung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiete des Verkehrswezens (G. v. 20. April § 2) 163.

Oberpräsident führt die Aufsicht über die überörtlichen Prüfungsverbände für den Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 28. Jan. § 20) 18.

Fortfall der Zuständigkeit zur Änderung von Amtsbezirken und Vereinigung von Gemeinden bezüglich der Verwaltung der Polizei (B. v. 17. März Art. IX Nr. 12, 13) 48.

Änderung der Zuständigkeit in Angelegenheiten der Sparkassen sowie der kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute (B. v. 14. März) 41.

Recht des Oberpräsidenten zur Teilnahme an den Sitzungen des Ärztekammervorstandes (G. v. 23. Dez. § 3) 501.

Oberpräsident (Fortf.)

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Feuerwehverbände und der Ausrüstung der Feuerwehren (G. v. 15. Dez. §§ 7, 9, 13, 16) 485.

Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Berlin zur Überprüfung der Wohnungsunternehmen und Verbände (B. v. 1. Aug. § 1) 292.

Baupolizeiliche Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Berlin (G. v. 15. Dez. § 4) 492.

Oberrechnungskammer, der Ministerpräsident ernannt den Chefpräsidenten, den Vizepräsidenten, die Direktoren und die Staatsfinanzräte (Ministerialräte) bei der Oberrechnungskammer (G. v. 17. Juli Nr. 1b) 266. (G. v. 15. Dez. Art. I § 3) 475.

Der Präsident der Oberrechnungskammer ist Vorsitzender des Staatsschuldenausschusses (G. v. 24. Okt.) 383.

Anwendung der Reichshaushaltsordnung auf die Oberrechnungskammer (G. v. 15. Dez. Art. I § 3) 475. — Bildung des Großen Senats (das. Art. I § 3 Nr. 4) 475. — Aufhebung der Instruktion für die Oberrechnungskammer vom 18. Dezember 1824 und des Gesetzes, betr. die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer, vom 27. März 1872 (das. Art. II § 3) 476.

Oberschlesien (Provinz), Zuständigkeit des Oberpräsidenten und des Provinzialrats (Landeskulturabteilung) in Niederschlesien auch für die Provinz Oberschlesien (B. v. 12. Sept.) 346.

Oberstaatsanwälte ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1e) 266.

f. Staatsanwaltschaft.

Obertaunuskreis (Hessen-Nassau), Aufteilung des Landkreises Obertaunuskreis in die Landkreise „Obertaunuskreis“ mit dem Kreisitz in Bad Homburg v. d. Höhe und „Ufingen“ mit dem Kreisitz in Ufingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Oberverwaltungsgericht, der Ministerpräsident ernannt den Chefpräsidenten, den Vizepräsidenten, die Senatspräsidenten und die Oberverwaltungsgerichtsräte (G. v. 17. Juli Nr. 1b) 266.

Verfahren vor dem Provinzialrat (Landeskulturabteilung) und dem Oberverwaltungsgericht (Landeskultursenat) (B. v. 29. März) 79.

Der Landeskultursenat erhält die Bezeichnung „Senat für Siedlung und Auseinandersetzung“; der „wasserwirtschaftliche Senat“ fällt fort (G. v. 15. Dez. §§ 3, 10) 479.

Zuständigkeit zur Ausführung des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (B. v. 30. März § 2) 106.

Aufhebung des Schiedsgerichts bei dem Oberverwaltungsgericht zur Entscheidung von Streitigkeiten in der Besoldungsregelung der Gemeinde- u. w. Beamten (B. v. 15. Juli § 3) 249.

Odenkirchen (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Rheydt und Odenkirchen bei dem Amtsgericht Odenkirchen (B. v. 18. Nov. IV Nr. 4) 415.

Oder (Fluß), Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder vom 23. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 1) 118.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder vom 28. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 2) 118.

Obisfelde-Kaltendorf (Sachsen), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 VII) 349.

Öffentlichkeit, Sitzungen des Staatsrats sind nicht öffentlich (G. v. 8. Juli § 11) 242. — desgl. der Provinzialräte (G. v. 17. Juli § 11) 256.

Beratungen der Gemeinderäte sind nicht öffentlich (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 44) 436.

Verhandlungen der Anerbenbehörden sind nicht öffentlich (B. v. 24. Aug. II Nr. 21) 326.

Ohlau (Niederschlesien), Aufteilung des Landkreises Brieg in die Landkreise „Brieg“ mit dem Kreisitz in Brieg und „Ohlau“ mit dem Kreisitz in Ohlau (G. v. 17. Juli Kap. I § 1) 260.

Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

Oldenburg-Ostfriesland, Stromversorgungs-Aktiengesellschaft in Oldenburg i. O., Verleihung des Enteignungsrechts für den Bau und Betrieb je einer 20000 Volt-Leitung von Nesse über Ostermarsch-Norddeich nach Westermarsch und von Verumerfehn nach Nesse (St. M. G. v. 7. Juni) 246 Nr. 1.

Olpe (Westfalen), Zuteilung des Amtsgerichts Olpe zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.

Orchester, Verträge der Gemeinden (Gemeindeverbände) mit Leitern und Künstlern an Theatern oder Orchestern bedürfen der staatlichen Zustimmung (B. v. 17. Juli) 265.

Ortsgerichte, Aufhebung des Ortsgerichts Sahn-Mülhofen (Verf. v. 25. Sept.) 364.

Ortspolizeibehörden, Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23.

Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 12. Juni) 211. (B. v. 15. Dez.) 495. — zu Ausnahmen von den Verbote des Singens und Spielens des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes in Gaststätten (Pol. B. v. 18. Aug.) 317.

Zuständigkeit des Ortspolizeiverwalters im Feuerlöschwesen (G. v. 15. Dez. §§ 1, 6, 16, 19) 484.

Ortspolizeibehörde in den Städten ist Meldebehörde (Pol. B. v. 22. April § 1) 129.

Zuständigkeit der Ortspolizeibehörde in Angelegenheiten der Bestattung, Wiederausgrabung und Beförderung menschlicher Leichen (Pol. B. v. 18. April §§ 1 u. w.) 149.

Ortspolizeibehörden (Fortf.)

Zuständigkeit zur Genehmigung der Beschäftigung von weiblichen Arbeitnehmern in Schankstätten (B. v. 27. Mai) 213.

Zuständigkeit zum vorläufigen Verbot der Fortsetzung des Versteigerergewerbes (B. v. 16. Aug. § 2) 316.

Aufsichtsführung über Wassergenossenschaften durch die Ortspolizeibehörden in Stadtkreisen (G. v. 25. Juli Art. 13) 275. — desgl. über Deichverbände (das. Art. 31) 278.

Baupolizeiliche Zuständigkeit der Ortspolizeibehörden in Stadtkreisen (G. v. 15. Dez.) 491.

Ortsfakung über die Verwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 7. April) 93. (G. v. 29. Mai) 195.

Satzungen zur Regelung von Angelegenheiten der Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 11, 14, 32, 40, 43, 62) 429. (B. v. 20. Dez. § 11) 499.

§. Satzungen.

Orts-(Bezirks-)Warte, Bestellung usw. in der Gemeinde (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 39) 435.

Osnabrück (Hannover), Aufhebung der Verordnung, betr. das Sammeln der Wacholderbeeren und die Erhaltung der Wacholderstauden oder -büsche, vom 9. Juli 1801 für das Fürstentum Osnabrück (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 5) 405.

Zulegung des Amtsgerichts Bramsche zu dem Arbeitsgerichte Osnabrück (B. v. 14. Sept.) 354.

Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (G. v. 29. Aug. § 2) 319. (B. v. 15. Sept. § 5 Nr. 3) 348.

Osterode (Hannover), Bildung eines gemeinschaftlichen Auerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Clausthal-Zellerfeld und Osterode (Harz) bei dem Amtsgericht Osterode (Harz) (B. v. 18. Nov. III Nr. 2) 415.

Ostfriesland (Hannover), Aufhebung der Bekanntmachung der Großbritannisch-Hannoverschen provisorisch bestätigten Landesdirektion für Ostfriesland vom 3. Januar 1817 über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 15) 65.

Aufhebung der Feuerordnung für das Fürstentum Ostfriesland und das Harlingerland vom 9. Februar 1863 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 11) 406.

Otterndorf (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 II 2) 349.

P

Pacht, Änderung der Verordnung zur Ausdehnung der Pachtchutzordnung auf Jagdpachtverträge vom 18. August 1927 in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 1927, Ausdehnung auf Fischereipachtverträge (B. v. 5. Juli) 237. (B. v. 10. Okt.) 372.

Verordnung über die Ausführung des Pächterchutzgesetzes vom 23. Juni 1933 (v. 8. Juli) 245. — desgl. des Gesetzes vom 22. April 1933 (v. 25. Aug.) 343. (B. v. 19. Okt.) 376.

Pacht (Fortf.)

Forderungen des Staates aus der Verpachtung von Grundstücken unterliegen der Beibehaltung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3a, 4a) 252. — desgl. gewisser unter der Verwaltung des Oberpräsidenten usw. stehender Anstalten und Stiftungen (das. § 1 Abs. 1 Nr. 3b) 252. — Zwangsbefugnisse bei verpachteten Grundstücken der Domänen- und Forstverwaltung sowie von Anstalten und Stiftungen (Sequestration, Räumung) (das. § 3) 253.

§. Erbpacht.

Pachteinigungsämter, Zuständigkeit für Jagdpacht- und Fischereipachtverträge (B. v. 5. Juli) 237. — Beisitzerernennung (das. § 4) 237. (B. v. 10. Okt.) 372.

Zuständigkeit in Ausführung des Pächterchutzgesetzes vom 23. Juni 1933 (B. v. 8. Juli) 245. — desgl. des Gesetzes vom 22. April 1933 (B. v. 25. Aug.) 343. (B. v. 19. Okt.) 376.

Neuernennung der Beisitzer bei Pachteinigungsämtern (G. v. 11. Nov.) 401.

Paderborn (Westfalen), dem Landgerichte Paderborn werden die Amtsgerichte Wigge, Brilon, Marsberg, Medebach und Warstein zugelegt (G. v. 23. Juni § 2) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Papenburg (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 II 4) 349.

Penkun (Pommern), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 14. Sept.) 354.

Perl (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Perl gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Trier (B. v. 15. Aug. IV Nr. 1) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Pfändung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 4 Nr. 3) 253.

Pfandbriefe, Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen landschaftlicher (ritterchaftlicher) Kreditanstalten (B. v. 29. März) 91.

Pfandleihgewerbe, Abänderung der Zinssätze im Pfandleihgewerbe (B. v. 24. Okt.) 392.

Pfarrer, Beihilfen zur Besoldung und Versorgung der Pfarrer (B. v. 18. März § 22) 57.

Übertragung der Mitwirkung bei der Verwaltung der staatlichen Mittel zu Unterstützungen von Geistlichen usw. auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 14) 85.

§. Geistliche.

Pferdezucht, Überweisung der Landespferdezucht an das Ministerium des Innern (G. v. 30. Juni) 229.

§. Kennwesen.

Pflanzen, Tier- und Pflanzenschutzverordnung (v. 10. März) 71. — Aufhebung der Verordnungen vom 16. Dezember 1929, 20. Juni 1930, 8. Dezember 1931 und 30. Juli 1932 (das. § 18) 77.

- Pinneberg** (Schleswig-Holstein), Aufhebung der Konstitution König Friedrichs III. für die Herrschaft Pinneberg vom 28. April 1654, ergänzt durch das Reskript König Friedrichs IV. vom 27. Juni 1707, und der Verordnung Christians VI. für die Herrschaft Pinneberg vom 20. September 1737 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1a Ziffer 1, 5) 177. — s. Erbhofrecht.
- Plön** (Schleswig-Holstein), Aufhebung der Verordnung für die Plöner Distrikte, d. h. die Ämter Plön und Ahrenshoop, vom Jahre 1730 und des Regulativs Christians VII. für die vormalig Plön'schen Ämter vom 27. Februar 1789 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1a Ziffer 3, 9) 178. — s. Erbhofrecht.
- Politische Ausschreitungen**, s. Schutz des deutschen Volkes und Staates.
- Polizei** (Polizeiverwaltung), Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (G. v. 27. Febr.) 31. (B. v. 17. März Art. X) 48. (G. v. 31. Mai) 197.
Gesetz über die Geheime Staatspolizei (v. 30. Nov.) 413.
Vereinigung von Stadtgemeinden, Amtsbezirken usw. bezüglich der Verwaltung der Polizei (B. v. 17. März Art. IX Nr. 13) 48.
Auflösung des staatlichen Polizeiamts in Ratibor (B. v. 20. Febr.) 31.
s. Landes- usw. Polizeibehörden.
- Polizeiaufsicht**, Aufhebung der Zulässigkeit von Polizeiaufsicht im Gnadenwege (G. v. 1. Aug. § 44) 303.
- Polizeibeamte**, Änderung des Schutzpolizeibeamtengesetzes vom 16. August 1922 (B. v. 18. März §§ 16, 17) 55.
Versorgung der Schutzpolizeibeamten bei Zuruhesetzung, Entlassung und Entziehung oder Neufestsetzung der Versorgungsbezüge nach dem Reichsgesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (G. v. 17. Nov.) 404.
Änderung des Polizeibeamtengesetzes vom 31. Juli 1927 (G. v. 19. Mai) 186.
Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz und zum Schutzpolizeibeamtengesetz (B. v. 8. Mai) 318 Ziffer 1.
Änderung von Dienstbezügen im Bereiche der Bereitschaftspolizei (G. v. 22. Sept.) 357. —
Änderung der Verordnung vom 19. Juli 1928 über die einmalige Dienstbelohnung (das. § 4) 357.
Besoldete Polizei-Erekrutinbeamte dürfen nicht Mitglied des Gemeindevorstandes, Beigeordneter, Schöffe sein (B. v. 22. März § 4) 68. — nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister und Beigeordneter (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 35) 434.
- Polizeigesetze**, Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze (B. v. 4. März § 3) 64. (Beschl. v. 1. Juli) 239. (Beschl. v. 14. Okt.) 377. (Beschl. v. 31. Okt.) 405.
- Polizeikosten**, Änderung des Polizeikostengesetzes vom 2. August 1929 (G. v. 18. Mai § 2) 185.
- Polizeiprääsidenten**, Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23.
Zuständigkeit des Polizeiprääsidenten in Berlin zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23. (B. v. 26. April) 126. (B. v. 15. Mai) 191.
Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 12. Juni) 211. (B. v. 15. Dez.) 495.
Polizeiprääsident in Berlin kann Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung zum Schutze von Tier- und Pflanzenarten zulassen (B. v. 10. März § 16) 76.
Zuständigkeit bei der Durchführung des Gaststättengesetzes in Berlin (B. v. 30. März § 4 Nr. 11) 84.
Polizeiprääsident in Berlin trifft die Entscheidungen, die der Bezirksausschuß als Beschlußbehörde zu treffen hatte (G. v. 15. Dez. § 9) 481.
- Polizeistunde**, Regelung der Polizeistunde für Eisdielen, Trinkhallen und Getränkewagen (B. v. 22. April) 111. (B. v. 20. Mai) 191.
- Polizeiverordnungen**, neue Vorschriften über den Erlaß usw. von Polizeiverordnungen (B. v. 17. März Art. X) 48.
Polizeiverordnungen über das Feuerlöschwesen (G. v. 15. Dez. §§ 6, 17, 20) 485.
- Posen** (frühere Provinz), Angleichung der Schulverwaltung in dem Restgebiete der früheren Provinzen Westpreußen und Posen (G. v. 4. Okt.) 365.
- Posen-Westpreußen**. Grenzmark (Provinz), Änderung des Behördenaufbaues in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, — Oberpräsident, Regierungspräsident —, Änderung des § 4 des Gesetzes vom 21. Juli 1922 (G. v. 7. Juli) 273.
Angleichung der Schulverwaltung in dem Restgebiete der früheren Provinzen Westpreußen und Posen (G. v. 4. Okt.) 365.
Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen (B. v. 16. Juni) 231.
- Postangelegenheiten**, Aufhebung der Kabinettsordern, betr. Befugnis des Generalpostmeisters zur Ermäßigung und zum Erlaß der in Postkontraventions- und Postdefraudationsfachen erkannten Geldstrafen, vom 3. Dezember 1828 und vom 22. Januar 1829 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 8) 406.
- Präparatoren** müssen über die Herkunft der Tiere geschützter Arten ein Verzeichnis führen (B. v. 10. März § 9) 75.
- Preeß** (Schleswig-Holstein), Aufhebung der Resolution Christians VII. an den Klosterpropsten zu Preeß vom 17. Oktober 1786 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1a Ziffer 8) 178. — s. Erbhofrecht.

Breußenhaus, Errichtung der Stiftung „Breußenhaus“ (G. v. 26. Okt.) 403.

Breußisch Holland (Ostpreußen), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

Provinzialabgaben, Abänderung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes (B. v. 17. März Art. III) 44.

Provinzialausschuß, Aufhebung des Art. 86 der Verfassung über die Mitwirkung des Provinzialausschusses bei Ernennung des Oberpräsidenten usw. (G. v. 17. Juli Art. II) 256.

Übertragung von Zuständigkeiten der Provinziallandtage auf die Provinzialausschüsse durch Beschluß (G. v. 24. Mai) 189. — Übergang der Zuständigkeiten (G. v. 17. Juli) 257.

Übergang der Aufgaben und Zuständigkeiten des Provinzialausschusses auf den Oberpräsidenten (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 1) 477. — Auflösung der Provinzialausschüsse (das. Art. II Nr. 3) 477.

Provinzialfeuerwehverbände, Stellung, Aufgaben (G. v. 15. Dez. §§ 9, 10, 13 bis 15) 485.
f. Feuerlöschwesen.

Provinzialhaushalt, Haushaltsführung der Provinzialverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez.) 442. (B. v. 20. Dez.) 499.

Provinzialkommissionen (=kommissare), Übergang der Aufgaben und Zuständigkeiten auf den Oberpräsidenten (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 1) 477. — Auflösung der Provinzialkommissionen (das. Art. II Nr. 3) 477.

Provinziallandtage, Auflösung sämtlicher Provinziallandtage (B. v. 4. Febr.) 21. — Wahltag (B. v. 4. Febr.) 22.

Herabsetzung der gesetzlichen Zahl für die Beschlußfähigkeit usw. um die auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei besetzten Sitze (G. v. 6. April) 96.

Übertragung von Zuständigkeiten der Provinziallandtage auf die Provinzialausschüsse durch Beschluß (G. v. 24. Mai) 189. — Übergang der Zuständigkeiten (G. v. 17. Juli) 257.

Auflösung der Provinziallandtage (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 3) 477.

Provinzialordnungen, Änderung des § 25 der Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen usw. vom 29. Juni 1875/22. März 1881 und der entsprechenden Vorschriften der übrigen Provinzialordnungen (G. v. 17. Juli § 2 Abs. 2) 257.

Provinzialrat, Auflösung der bisherigen Provinzialräte (G. v. 17. Juli Art. III) 256. — Außerkräfttreten der §§ 10 bis 15 des Gesetzes über die Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. v. 17. Juli Art. I) 254.

Gesetz über den Provinzialrat (v. 17. Juli) 254. — Änderung (G. v. 31. Juli Art. II) 289. — Aufgaben des Provinzialrats (G. v. 17. Juli §§ 1, 10) 254. — Mitglieder (G. v. 17. Juli §§ 2 bis 6) 255. (G. v. 31. Juli Art. II) 289. —

Provinzialrat (Fortf.)

Sitzungen (G. v. 17. Juli §§ 8, 9, 11) 255. — Ersatz der Fahrtkosten und Aufwandsentschädigung der Mitglieder (G. v. 17. Juli § 14) 256. (B. v. 24. Okt.) 387.

Übergang der Zuständigkeit der Spruchkammer (Landeskulturspruchfachen) auf den Provinzialrat (B. v. 17. März Art. IX Nr. 2) 46. (G. v. 15. Juli Art. IV) 256. — Bildung einer besonderen Abteilung des Provinzialrats (Landeskulturabteilung) (das. Art. IX Nr. 4) 46. (G. v. 15. Juli Art. IV) 256. — Zuständigkeit des Provinzialrats in Niederschlesien auch für die Provinz Oberschlesien (B. v. 12. Sept.) 346.

Verfahren vor dem Provinzialrat (Landeskulturabteilung) und dem Oberverwaltungsgericht (Landeskulturfenat) (B. v. 29. März) 79.

Der Provinzialrat (Landeskulturabteilung) erhält die Bezeichnung „Spruchkammer für Siedlung und Auseinandersetzung“ (G. v. 15. Dez. § 3) 479.

Provinzialrat ist zur Beratung des Oberpräsidenten auch in Angelegenheiten des Provinzialverbandes zuständig (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 4, 5) 477.

Provinzialräte können an den Beratungen der Gemeinderäte ihres Wohnsitzes teilnehmen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 45) 437.

Provinzialverbände, Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Angelegenheiten der Provinzialverbände (B. v. 30. März §§ 2, 3) 83.

Änderung des Aufbaues und der Verwaltung der Provinzialverbände (G. v. 15. Dez. Art. II) 477.

f. Gemeindeverbände.

Prüm (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Prüm und Warweiler bei dem Amtsgericht in Prüm (B. v. 15. Aug. IV Nr. 5) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Pulvermagazine, Aufhebung der Kabinettsordre über Bauanlagen in der Umgegend von Pulvermagazinen vom 5. November 1822 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 10) 378.

R

Rabbiner, Änderung der Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes über die Zugehörigkeit von Rabbinern zu den Schuldeputationen und Schulvorständen (G. v. 18. Dez.) 492.

Räumlichkeiten, Zuständigkeit zur polizeilichen Schließung von Räumlichkeiten (B. v. 6. Febr. § 2 Nr. 6) 24.

Raschung (Ostpreußen), Eingliederung einiger Parzellen der Landgemeinde Neu Mertinsdorf, Kreis Allenstein, in die Landgemeinde Raschung im Kreise Kößel (G. v. 8. Sept.) 346.

Ratibor (Oberschlesien), Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt für die Sicherung der Grundwasserversorgung der Stadt (St. M. G. v. 18. Mai) 208 Nr. 2.

Auflösung des staatlichen Polizeiamts in Ratibor (B. v. 20. Febr.) 31.

Ratsherren heißen die Gemeinderäte in den Städten (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 40) 435.
 f. Gemeinderäte.

Rauschenberg (Hessen-Nassau), Aufhebung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug. § 2) 319.

Ravensberg (Westfalen), Aufhebung des Provinzialrechts für das Fürstentum Minden und die Grafschaft Ravensberg, § 4, über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 7) 64.

Reallasten, Beitreibung der von einer staatlichen Behörde verwalteten Ansprüche im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3c) 252.

Rebhühner, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 8) 78.

Reblaus, Zuständigkeit des Oberpräsidenten der Rheinprovinz für die Durchführung des Reblausgesetzes in der Provinz Hessen-Nassau (B. v. 30. März § 7 Nr. 6a) 86.

Beschwerde gegen Anordnungen auf Grund des Reblausgesetzes (B. v. 30. März § 14) 88.

Rechnungen, Anwendung der Reichshaushaltsordnung auf die Staatshaushaltsrechnungen (G. v. 15. Dez. Art. II) 476. — Aufhebung des Gesetzes zur Abänderung der Vorschriften über die Abnahme und Prüfung der Rechnungen vom 22. März 1912 (das. Art. II § 3) 476.

Legung, Prüfung usw. der Rechnungen der Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 15) 275. — desgl. der Deichverbände (das. Art. 35) 279.

f. Gemeinderechnungen.

Rechnungsprüfungsämter und überörtliche Prüfungsverbände für den Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 28. Jan.) 12. (B. v. 1. Aug.) 313. (G. v. 4. Okt. § 2) 366. (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 115 bis 135, 142) 465.

Auflösung der überörtlichen Prüfungsverbände (G. v. 15. Dez. § 146) 472.

Das Rechnungsprüfungsamt der Hauptstadt Berlin untersteht dem Staatskommissar (G. v. 15. Dez. § 1 Abs. 3) 483.

f. Gemeindeprüfungsämter.

Rechtsanwälte, Zulassung zur Vertretung vor dem Erbhofgerichte (B. v. 30. Aug. § 16) 335.

Rechtsanwälte können die Annahme eines Ehrenamtes in der Gemeinde ablehnen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 18 Abs. 3) 431.

f. Verwaltungsrechtswat.

Rechtshilfe in Sachen des bäuerlichen Erbhofrechts (B. v. 30. Aug. § 10) 334.

Rechtspfleger, Wahrnehmung der Geschäfte der Strafvollstreckung durch Rechtspfleger (G. v. 1. Aug. § 2) 293.

Rechtsweg, Ausschluß des Rechtswegs für die zur Zuständigkeit der Pachtreinigungsämter gehörenden Pachtstreitigkeiten in Sachen der Jagdpacht- und Fischereiverträge (B. v. 5. Juli § 2) 237.

In Stempelsteuerfachen tritt an die Stelle des Rechtswegs das Berufungsverfahren der Reichsabgabenordnung (G. v. 23. Mai Art. 1 I Nr. 9) 187. (B. v. 23. Mai) 192.

Rees (Rheinprovinz), Aufhebung des Gesetzes, betr. das Anverbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees usw., vom 2. Juli 1898 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 6) 178. — f. Erbhofrecht.

Regierungspräsident, der Ministerpräsident ernannt die Regierungspräsidenten und die Regierungsvizepräsidenten (G. v. 17. Juli Nr. 1c) 266.

Aufhebung des Art. 86 der Verfassung über die Mitwirkung des Provinzialausschusses bei Ernennung der Regierungspräsidenten (G. v. 17. Juli Art. II) 256.

Aufhebung des § 4 Abs. 3 des Gesetzes vom 21. Juli 1922, betr. die Ausübung der Funktionen des Regierungspräsidenten durch den Oberpräsidenten der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen (G. v. 7. Juli) 273.

Regierungspräsident ist Mitglied des Provinzialrats (G. v. 17. Juli §§ 2, 6, 15) 256.

Vertretung des Regierungspräsidenten im Bezirksverwaltungsgericht (G. v. 15. Dez. § 5) 480.

Regierungspräsident trifft die Entscheidungen, die der Bezirksausschuß als Beschlußbehörde zu treffen hatte (G. v. 15. Dez. § 9) 481.

Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23.

Zuständigkeit zur Durchführung des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens (B. v. 31. Mai) 207.

Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole (B. v. 12. Juni) 211. (B. v. 15. Dez.) 495.

Die Aufgaben der Landeskulturamtspräsidenten gehen auf die Regierungspräsidenten über, Änderung der Verordnung vom 3. September 1932 (B. v. 17. März Art. IX Nr. 1) 45.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Bodenverbesserungsgenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 47, 48, 50) 281. — desgl. der Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien (das. Art. 55).

Zuständigkeit im beschleunigten Verfahren zur Bildung von Bodenkulturgenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 58) 282.

Änderung der Zuständigkeit nach dem Wassergesetze vom 7. April 1913 in Angelegenheit des Gemeingebrauchs an Seen, Talsperren usw. (G. v. 25. Juli Art. 3, 4) 274. — desgl. der Tal-

Regierungspräsident (Fortf.)

Sperren (das. Art. 6) 274. — desgl. des Ausbaues der Wasserläufe (das. Art. 10) 275. — desgl. der Wassergenossenschaften (das. Art. 13, 25, 26, 28) 275. — desgl. der Deichverbände (das. Art. 31, 32, 36 bis 38) 278. — desgl. als Wasserpolizeibehörde (das. Art. 43) 280.

Übergang der Aufsicht über die Strandämter und die Seemannsämter auf den Regierungspräsidenten (B. v. 30. März § 6) 85.

Besondere örtliche Zuständigkeit einzelner Regierungspräsidenten in Kraftfahrzeugsachen (B. v. 30. März § 8 Nr. 1, 2) 86. — desgl. in der Forstverwaltung (das. § 8 Nr. 3) 87. — desgl. in der Wasserbauverwaltung (das. § 9) 87.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Kreisfeuerwehrverbände in Stadtkreisen und der Ausrüstung der Feuerwehren (G. v. 15. Dez. §§ 7, 13, 16) 485.

Regierungspräsident ernannt die Beisitzer der Pachteinigungsämter in Sachen der Jagdpacht- und Fischereipachtverträge (B. v. 5. Juli § 4) 237.

Zuständigkeit zur Gestattung von Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung zum Schutze von Tier- und Pflanzenarten (B. v. 10. März § 16) 76.

Zuständigkeit des Regierungspräsidenten in Angelegenheiten der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen (B. v. 30. März § 12) 87.

Zuständigkeit zur Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 6. April §§ 2, 3) 95. (G. v. 23. Juni) 217.

Berufung usw. der Bürgermeister, Beigeordneten in Städten durch den Regierungspräsidenten (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 34) 434.

Regierungspräsident führt die Aufsicht des Staates über die Städte, die einem Landkreise nicht angehören (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 58) 439.

Einrichtung usw. von Gemeindeprüfungsämtern bei den Regierungen (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 122 ff.) 467.

Zuständigkeit in Angelegenheiten der Sparfassen sowie der kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute (B. v. 14. März) 41.

Änderung von Amtsbezirken und Vereinigung von Gemeinden bezüglich der Verwaltung der Polizei durch die Regierungspräsidenten (B. v. 17. März Art. IX Nr. 12, 13) 48.

Mitwirkung bei Stellung von Darlehnsanträgen zur Arbeitsbeschaffung (B. v. 12. Jan.) 11.

Zuständigkeit zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 14. Juli 1933 (B. v. 1. Aug. § 1) 292.

Baupolizeiliche Zuständigkeit des Regierungspräsidenten (G. v. 15. Dez.) 491.

Aufgaben und Zuständigkeiten des Regierungspräsidenten in Sigmaringen in Angelegenheiten des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande (G. v. 15. Dez. Art. III) 478.

Reh gehört zu den geschützten Tierarten, Jagdzeiten (B. v. 10. März § 1 I 4) 71.

Verbot des Schrot- und Postenschusses auf Rehwild (B. v. 10. März § 3) 73.

Reich, Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichswehrfiskus) für militärische Zwecke in den Landkreisen Pr. Holland, Heiligenbeil, Wehlau und Labiau (St. M. G. v. 26. April) 164. — desgl. in den Kreisen Schlawa i. P., Stolp, Köslin, Neufettin, Schlochau, Deutsch Krone, Nehekreis, Arnswalde und Friedeberg Nm. (St. M. G. v. 22. Juni) 320 Nr. 2.

Reichenbach (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Usingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Reichsangehörigkeit, Besitz der Rechte eines deutschen Staatsbürgers ist Erfordernis für die Ernennung zum Staatsrat (G. v. 8. Juli § 4) 241. — desgl. zum Provinzialrat (G. v. 17. Juli § 4) 255. — desgl. zum Mitgliede der Bezirks- usw. Verwaltungsgerichte (G. v. 15. Dez. § 4) 479.

Bürgerrecht besitzen nur die Einwohner, die die Rechte eines deutschen Staatsbürgers haben (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 15, 16) 430.

Besitzer, Anerbe eines bäuerlichen Erbhofs können nur deutsche Staatsbürger sein (G. v. 15. Mai §§ 2, 12, 40, 42) 165. (B. v. 24. Aug. Art. 5, II Nr. 30) 322.

§. Ehrenrechte.

Reichsbeamte können nicht zu Staatsräten ernannt werden (G. v. 8. Juli § 4) 241. — desgl. zu Provinzialräten (G. v. 17. Juli § 4) 255.

Beamte des Reichs sollen nicht zu Mitgliedern der Bezirks- usw. Verwaltungsgerichte ernannt werden (G. v. 15. Dez. § 4) 479. — können nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister und Beigeordneter sein (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 35) 434.

Reichskanzler kann die Einberufung des Staatsrats verlangen, im Staatsrat erscheinen und das Wort nehmen (G. v. 8. Juli § 12) 242.

Eidesleistung der Staatsminister vor dem Reichskanzler (G. v. 26. April § 3) 123. — Urkunden bedürfen keiner Gegenzeichnung (das. § 2) 123.

Reichsminister können nicht zu Staatsräten ernannt werden (G. v. 8. Juli § 4) 241. — nicht zu Provinzialräten (G. v. 17. Juli § 4) 255.

Reichsrat, Neuwahl von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen (B. v. 30. März) 91.

Reichsstatthalter können nicht zu Staatsräten ernannt werden (G. v. 8. Juli § 4) 241. — nicht zu Provinzialräten (G. v. 17. Juli § 4) 255.

Reisefkosten, Änderung des Gesetzes über die Reisefkosten der Staatsbeamten vom 3. Januar 1923 (B. v. 18. März § 29) 58.

Tagegelder und Entschädigung für Reisefkosten des Ministerpräsidenten und der Staatsminister (Best. v. 20. Dez.) 502.

Reisekosten (Fortf.)

Ersatz der Fahrtkosten der Provinzialräte (G. v. 17. Juli § 14) 256. (B. v. 24. Okt.) 387.

Reisekosten der Beamten usw. der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 6. April § 9) 95. (G. v. 29. Mai) 195.

Reisekosten der ernannten Mitglieder der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgerichte sowie der Spruchkammern für Siedlung und Auseinanderetzung (G. v. 15. Dez. § 4) 479.

Religionsgesellschaften, Flaggen durch Religionsgesellschaften, Recht der Religionsgesellschaften zum Zeigen eigener Kirchenflaggen, Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1929 (B. v. 2. März § 3) 35.

Remscheid (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Remscheid-Lennep gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Wermelskirchen (B. v. 15. Aug. III Nr. 2) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov. IV Nr. 2) 415.

Bildung eines gemeinschaftlichen Auerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Remscheid und Remscheid-Lennep bei dem Amtsgerichte Remscheid-Lennep (B. v. 18. Nov. IV Nr. 2) 415.

Rendsburg (Schleswig-Holstein), Aufhebung des Amtsbezirks des Amtmanns zu Rendsburg für das Amt Rendsburg vom 11. November 1733 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1a Ziffer 4) 178. — f. Erbhofrecht.

Rennwesen, Neuregelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Pferderennwesens, Übergang vom Minister für Landwirtschaft usw. auf den Minister des Innern (G. v. 30. Juni) 229. (G. v. 8. Sept.) 345.

Renten, Bewilligung von Renten in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 7 bis 9, 22) 203.

Forderungen des Staates und gewisser unter Verwaltung des Oberpräsidenten usw. stehender Anstalten und Stiftungen auf Renten unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3a, 3b) 252.

f. Landeskultur- usw. Renten.

Rentengüter, Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Rentengutsachen (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. a bis d) 81.

Inkraftbleiben des Gesetzes, betr. das Auerbengericht bei Renten- und Ansiedlungsgütern, vom 8. Juni 1896 (G. v. 15. Mai § 58) 179.

Revision gegen Urteile des Bezirksausschusses (B. v. 17. März Art. IX Nr. 10, 15) 48.

Rezeffe, Bestätigung des Rezeffes in Gemeinheitsteilungs-, Umlegungs- und Rentengutsachen durch den Oberpräsidenten (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. d) 81.

Rhauen (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Rhauen gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Bernkastel-Gues (B. v. 15. Aug. IV Nr. 3) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Rheine (Westfalen), Änderung des Amtsgerichtsbezirks (B. v. 15. Sept. § 7 IV) 349.

Rheinisch-westfälisches Industriegebiet, Änderung des Einführungsgesetzes zu dem Gesetze über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets vom 29. Juli 1929 (G. v. 4. Okt. Art. II) 366.

Rheinprovinz, Aufhebung des Art. 2 der Loi relative à la suppression du droit exclusif de la chasse, des capitaineries usw. vom 4./11. August 1789 über das Halten von Tauben (B. v. 4. März § 3 Nr. 13) 65.

Aufhebung des Kaiserlich französischen Dekrets, betr. Verbot der Anlage von Bauten und Brunnen in der Nähe von Friedhöfen außerhalb der Ortschaften, vom 7. März 1808 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 7) 377.

Aufhebung der Loi relative au régime, à la police et à l'administration des bacs et bateaux sur les fleuves, rivières et canaux navigables vom 26. November 1798 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 4) 405.

Aufhebung der Exekutionsverordnung für die Rheinprovinz vom 24. November 1843 (G. v. 12. Juli § 5 Nr. 2) 254.

Landesbank der Rheinprovinz, f. Landesbanken.

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband, f. Sparkassen.

Rheydt (Rheinprovinz), Aufteilung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Gladbach-Rheydt in die Stadtgemeinden und Stadtkreise München-Gladbach und Rheydt (G. v. 24. Juni) 225.

Zweckverband Gladbach-Rheydt (G. v. 24. Juni §§ 3, 4) 225.

Arbeitsgemeinschaft der Stadtgemeinde und des Landkreises Grevenbroich-Neuß (G. v. 24. Juni § 5) 226.

Amtsgerichtsbezirk Rheydt gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Odenkirchen (B. v. 18. Nov. IV Nr. 4) 415.

Rietberg (Westfalen), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 14. Sept.) 354.

Ringeltaube, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 10) 78.

Robben, Ergänzung der Robbenschutzverordnung vom 15. Mai 1929 (B. v. 23. Nov. 32) 30 Ziffer 1.

Inkraftbleiben der Robbenschutzverordnung vom 15. Mai 1929 und der Ergänzung vom 23. November 1932 (B. v. 10. März § 18 Abs. 2) 77.

Röffel (Ostpreußen), Änderung der Grenzen des Kreises Röffel (G. v. 8. Sept.) 346.

Rohrweihe gehört zu den ungeschützten Vogelarten (B. v. 10. März § 1 II) 71.

Rosenthal (Hessen-Nassau), Aufhebung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug. § 2) 319.

Rotenburg (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirk (B. v. 15. Sept. § 7 II 5) 349.

Rothirsch, s. Edelhirsch.

Rotlauf, staatliche Prüfung ausländischen Rotlaufserums (Anordn. v. 10. Mai) 208 Ziffer 2.

Ruhegehalt, Bewilligung usw. des Ruhegehalts in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 16, 22, 24 bis 29) 203.

Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Befoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 248.

Ruherente der Staatsminister (G. v. 26. April § 6) 124. — Aufhebung des Gesetzes vom 13. Juni 1924 (das. § 6) 124.

Neue Vorschriften über das Ruhegehalt der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 6) 5.

Ruhestand, Versetzung in den Ruhestand in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 11, 16) 203.

Beschwerde gegen unfreiwillige Versetzung der Lehrer an den öffentlichen Volks- und mittleren Schulen in den Ruhestand (B. v. 30. März § 15 Nr. 2) 89.

Versetzung von nichtbestätigten Beamten von Gemeinden und Gemeindeverbänden in den einstweiligen Ruhestand oder in den Ruhestand (G. v. 23. Juni § 6) 218.

Ruhr (Fluß), Änderung des Ruhrreinhaltegesetzes vom 5. Juni 1913 (G. v. 25. Juni Art. 62 Buchst. c) 283.

Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen, Verleihung des Enteignungsrechts:

1. für den Bau einer bei Lobach im Stadtkreis Kemscheid von ihrer bestehenden Gasfernleitung abzweigenden Gasfernleitung zum Gaswerk in Hückeswagen sowie für den Bau von Anschlußleitungen zu den Mannesmannröhren-Werken Kemscheid, der Feilenfabrik Breyersmühle, der Firma Robert Weber, Wermelskirchen, der Firma Gebr. Wilms, Wermelskirchen, der Firma Brotfabrik Bergisch-Vorn (St. M. G. v. 28. Mai) 235 Nr. 4;
2. für den Bau einer bei Genend (Kreis Mörz) von der bestehenden Gasfernleitung von Vintorf nach Mörz abzweigenden Gasfernleitung zur Zeche Rheinland in Kerpelen (St. M. G. v. 2. Juni) 240 Nr. 2;
3. für die Verlegung einer Gasfernleitung von der Zeche Minister Stein in Dortmund-Eving zur Zeche Hansa in Dortmund-Huckarde (St. M. G. v. 25. Sept.) 380 Nr. 2;

Ruhrgas (Fortf.)

4. für den Bau einer Verbindungsgasfernleitung zwischen den bestehenden Anschlußleitungen zu den Vereinigten Stahlwerken in Hilden und zum städtischen Gaswerk in Hilden nebst einer Abzweigung zur Firma Alexander Coppel in Hilden (St. M. G. v. 30. Sept.) 399 Nr. 1.

Ruhrkohlenbezirk, Erklärung der Rechtsunwirksamkeit von Wahlen zur Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (G. v. 6. April) 97.

Sicherung der Verwaltung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (G. v. 4. Juli) 230.

Übertragung der Zuständigkeit der Verbandsversammlung auf den Verbandsauschuß (G. v. 4. Juli § 3) 230. (G. v. 17. Juli) 257.

Änderung der Verbandsordnung vom 5. Mai 1920 (G. v. 17. Juli § 2 Abs. 3) 258.

Haushaltsführung des Siedlungsverbandes (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 143) 471.

Zuständigkeit des Verbandspräsidenten zur Überprüfung der Wohnungsunternehmen und Verbände (B. v. 1. Aug. § 1) 292.

Baupolizeiliche Zuständigkeit des Verbandspräsidenten (G. v. 15. Dez. § 4) 492.

§. Gemeindeverbände.

Ruhrort (Rheinprovinz), Aufhebung des Gesetzes, betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Ruhrort usw., vom 2. Juli 1898 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 6) 178. — s. Erbhofrecht.

Amtsgerichtsbezirk Duisburg-Ruhrort gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Duisburg (B. v. 15. Aug. III Nr. 1) 314. (B. v. 18. Nov. IV Nr. 1) 415.

Ruhrtalesperrenverein in Essen, Verleihung des Enteignungsrechts für die aus Anlaß des Baues der neuen Vesfetalssperre im Kreise Altena erforderliche Verlegung der Kreisstraße im Vesfetal (St. M. G. v. 1. Juni) 235 Nr. 6.

Rummelsburg (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirk (B. v. 15. Sept. § 7 VIII 1) 349.

Rundfunk, Übertragung der Vertretung des Staates in Rundfunkangelegenheiten auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 13) 85.

S

Saale (Fluß), Bereitstellung von Geldmitteln für den Bau der Saaletalesperren (G. v. 26. April § 3 Buchst. f) 120.

Verleihung des Enteignungsrechts an die Aktiengesellschaft Obere Saale in Weimar für die Herstellung eines Vorbeckens der Saaletalesperre am Kleinen Bleiloch (St. M. G. v. 19. Aug.) 374 Nr. 2.

- Saalkreis** (Sachsen), Verleihung des Enteignungsrechts an die Landelektrizität G. m. b. H. Überlandwerk Saalkreis Bitterfeld zu Halle in Halle a. S. für den Bau einer 15 000 Volt-Leitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen Hohenlubast, Gräfenhainichen und Gröbern (St. M. G. v. 21. Juni) 246 Nr. 3.
- Saarburg** (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Saarburg gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Trier (B. v. 15. Aug. IV Nr. 1) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.
s. Wege B. 22.
- Säger**, Fang auf künstlichen Fischteichen (B. v. 10. März §§ 3, 4, 15) 73. — Abschlußerlaubnis (das. § 16) 76.
- Salzwedel** (Sachsen), Übertragung des Rechts zum Ausbau der Seeze unterhalb von Salzwedel an die Stadtgemeinde Salzwedel (B. v. 15. Juli) 290.
- Sammlungen**, Übertragung der Erteilung der Erlaubnis zur Veranstaltung öffentlicher Sammlungen und Wandervorführungen sowie zum öffentlichen Vertriebe von Gegenständen zu vaterländischen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 9) 84.
Zuständigkeit zum Verbot des Einsammelns von Geld- und Sachspenden (B. v. 6. Febr. § 2 Nr. 4) 23.
- Samtgemeinden**, Haushaltsführung der Samtgemeinden im Gebiete des hannoverschen Gesetzes, die Landgemeinden betreffend, vom 28. April 1859 (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 143) 471.
s. Gemeinden.
- Satzung**, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Satzung der Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 27, 28) 278. — desgl. der Deichverbände (das. Art. 36, 38) 279.
Satzung für die überörtlichen Prüfungsverbände für den Haushalt der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 28. Jan. § 7) 14.
Satzungen der freiwilligen Feuerwehren, der Kreisfeuerwehrverbände, der Provinzialfeuerwehrverbände und des Feuerwehrbeirats (G. v. 15. Dez. §§ 5, 7, 9, 11) 485.
s. Ortsatzungen.
- Sahn** (Hessen-Nassau), Aufhebung des Ortsgerichts Sahn-Mühlhofen (Verf. v. 25. Sept.) 364.
- Schankwirtschaften**, s. Gaststätten.
- Schakanweisungen**, Ermächtigung des Finanzministers zur Ausgabe von Schakanweisungen bis auf die Höhe von 400 Millionen Reichsmark zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse (G. v. 26. April Art. II § 3) 114.
- Schauämter**, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Schauämter (G. v. 25. Juli Art. 45) 280.
- Schaumburg**, Grafschaft (Kreis in Hannover), Aufhebung des Höfegesetzes für den Kreis Grafschaft Schaumburg, in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1910 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 8) 179. — s. Erbhofrecht.
Änderung der Kreisgrenzen (G. v. 28. Okt.) 391.
- Schiedsgericht** für die Auseinandersetzung der bei der kommunalen Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets beteiligten Kreise, Ämter und Gemeinden, Änderung des § 45 des Gesetzes vom 29. Juli 1929 (G. v. 4. Okt. Art. II) 366.
Aufhebung des Schiedsgerichts für die Befoldung der Kommunalbeamten, Außerkrafttreten der betreffenden Vorschriften der Ersten Sparverordnung vom 12. September 1931, der Ergänzungsverordnung vom 14. März 1932 und der Gesetze vom 4. April 1932 und 1. September 1932 (B. v. 15. Juli § 3) 249.
Schiedsstelle in dem Verteilungsverfahren wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 30. März § 17) 104. (G. v. 4. Okt. Art. IV) 366.
- Schiedsmänner**, Beendigung der Amtszeit der Schiedsmänner (G. v. 15. Juni) 213.
Schiedsmänner in den Bezirken der zum Bezirke des Landgerichts Berlin gehörigen Amtsgerichte unterstehen dem Präsidenten des Amtsgerichts Berlin-Mitte (G. v. 26. April §§ 5, 6) 125.
- Schiffahrtspolizei**, Aufhebung der Loi relative au régime, à la police et à l'administration des bacs et bateaux sur les fleuves, rivières et canaux navigables vom 26. November 1798 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 4) 405.
- Schuppenbeit** (Ostpreußen), Verleihung des Enteignungsrechts für die Erhaltung des sogenannten Wollberges (St. M. G. v. 2. März) 97 Nr. 2.
- Schivelbein** (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. VIII 4) 350.
- Schlachten** von Tieren (Pol. B. v. 28. April) 154. — Abänderung (Pol. B. v. 6. Juli) 272. (Pol. B. v. 11. Sept.) 377.
- Schlachthäuser**, Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das einer Schlachthausgemeinde aus einer Schlachtung außerhalb des Gemeindebezirks zugeführt wird (B. v. 15. Juli) 270. — Erster Nachtrag (v. 4. Nov.) 423.
- Schlachtsteuer**, Änderungen des Schlachtsteuergesetzes (B. v. 18. März §§ 8 bis 12) 53. (G. v. 27. Nov.) 407.
Bekanntmachung der neuen Fassung des Schlachtsteuergesetzes (v. 27. Nov.) 408.
Zweite Durchführungsbestimmungen zum Schlachtsteuergesetz (2. SchlStDB.) — Einfuhr von Fleisch aus dem Lande Hessen — (v. 5. Dez.) 419.
- Schlangenmoos** (Bärlapp) gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 22) 72.

- Schlave** (Pommern), Schlauer Kleinbahn-Gesellschaft m. b. H., f. Eisenbahnen Nr. 6.
- Schlesien** (frühere Provinz), Aufhebung der Landgüterordnung für die Provinz Schlesien vom 24. April 1884 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 3) 178. — f. Erbhofrecht.
f. Landschaften II 5.
- Schleswig-Holstein** (Provinz), Aufhebung der Landgüterordnung für die Provinz Schleswig-Holstein, mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg, vom 2. April 1886 und der geltenden Gesetze älteren Rechtes (G. v. 15. Mai § 56) 177. — f. Erbhofrecht.
Aufgehoben werden:
1. Kanzleipatent, betr. die Veräußerung des Arseniks, vom 17. August 1811 für die Herzogtümer Schleswig und Holstein;
 2. Kanzleischreiben, betr. eine nähere Bestimmung der Vorschriften wegen Veräußerung des Arseniks für die Herzogtümer, vom 17. Januar 1824;
 3. Kanzleipatent, enthaltend die Vorschrift, daß vor dem Verkauf von Arsenik aus den Apotheken zum Gebrauch wider schädliche Tiere demselben eine Beimischung von Kienruß zu geben sei, vom 17. Oktober 1831;
 4. Kanzleipatent, betr. die Veräußerung des Arseniks zum Reinigen des Viehs, vom 25. März 1834 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 8, 11 bis 13) 378.
- Sparfassen-Giroverband Schleswig-Holstein, f. Sparkassen.
f. Landschaften II 7.
- Schmalkalden** (Hessen-Nassau), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Brotterode, Schmalkalden und Steinbach-Hallenberg bei dem Amtsgerichte Schmalkalden (B. v. 18. Nov. VI) 415.
- Schmiedeberg** (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirktes (B. v. 15. Sept. § 7 I 7) 348.
- Schmitz** (Oberschlesien), f. Wege B. 3.
- Schmuckreisig**, Aufhebung der Polizeiverordnung, betr. Verkehr mit Schmuckreisig, vom 20. Oktober 1928 (Pol. B. v. 10. März) 78.
Neue Bestimmungen (B. v. 10. März § 14) 76.
- Schneeglöckchen**, gemeines Schneeglöckchen und großes Schneeglöckchen (Märzenbecher) gehören zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 3 Nr. 3, 4) 72.
- Schnepfen**, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 11) 78. — Jagd zur Nachtzeit (das. § 3) 73.
- Schöffen**, Wahl der Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und Geschworenen (G. v. 2. Mai) 157. (G. v. 31. Mai) 195.
f. Gemeindegewissen.
- Schöppingen** (Westfalen), f. Wege B. 16.
- Schornsteine**, Aufhebung der Zirkularordre, betr. die Abschaffung der engen steinernen und hölzernen Schornsteine, vom 1. Oktober 1708 und des
- Schornsteine** (Fortf.)
Edikts wegen der Schornsteine vom 21. Oktober 1777 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 4, 7) 239.
f. Feuerpolizei.
- Schornsteinfeger**, Kehlöhne der Bezirkschornsteinfeger unterliegen der Beitreibung im Verwaltungsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 4e) 252.
- Schulämter** als Kreisämter, Einrichtung in den Regierungsbezirken Schleswig, Allenstein, Merseburg und Köln (B. v. 30. März § 11) 87.
- Schulaufsicht**, Umbildung der Verwaltung der Schulaufsicht, Verminderung der Oberregierungsrats- usw. Stellen (B. v. 18. März § 20) 56.
Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Schulaufsicht und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht über die Provinzialanstalten (B. v. 30. März § 2 Nr. 1a) 83. — desgl. über die Klosterschule in Jlsfeld (das. § 7 Nr. 5) 86.
Zuständigkeit des Regierungspräsidenten in Angelegenheiten der öffentlichen und privaten Volks- und mittleren Schulen (B. v. 30. März § 12) 87.
f. Aufsicht.
- Schuldeputationen**, Änderung der Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes über die Zugehörigkeit von Rabbinern zu den Schuldeputationen und Schulvorständen (G. v. 18. Dez.) 492.
- Schuldverschreibungen**, Aufwertung der Ansprüche aus Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritter-schaftlicher) Kreditanstalten (B. v. 29. März) 91.
- Schulen**, Verwaltung des höheren Schulwesens im Reg.-Bez. Sigmaringen durch den Oberpräsidenten der Rheinprovinz (B. v. 30. März § 17) 89.
Angleichung der Schulverwaltung in dem Restgebiete der früheren Provinzen Westpreußen und Posen (G. v. 4. Okt.) 365.
f. Volksschulen.
- Schulgebäude**, Beschlagnahme der Gebäude der öffentlichen Schulen — Aufhebung der Verordnung vom 29. Juni 1929 (B. v. 2. März) 35.
- Schulgeld**, Änderung des Gesetzes über das Schulgeld an den öffentlichen höheren Schulen (Schulgeldgesetz) vom 18. Juli 1930 (B. v. 18. März § 19) 56.
- Schulgrundstücke**, Erteilung der Genehmigung zur Veräußerung oder Belastung von Schulgrundstücken (B. v. 30. März § 12 Nr. 1h) 88.
- Schulverbände**, Bildung der Schulverbände und ihrer Organe in dem Restgebiete der früheren Provinzen Westpreußen und Posen (G. v. 4. Okt. § 3) 365.
Haushaltsführung in den Schulverbänden (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 143) 471.
- Schulvorstände**, Änderung der Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes über die Zugehörigkeit von Rabbinern zu den Schuldeputationen und Schulvorständen (G. v. 18. Dez.) 492.

- Schulzendorf** (Brandenburg), Kleinbahn Schulzendorf—Lindow, s. Eisenbahnen Nr. 1.
- Schutz des deutschen Volkes und Staates**, Verordnung zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1923 (v. 6. Febr.) 23. — Zweite Ausführungsverordnung (v. 26. April) 126. — Dritte Ausführungsverordnung (v. 15. Mai) 191.
Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (W. v. 2. März) 33. (W. v. 26. April) 127.
- Schwarz-Elster-Verband**, Änderung des Gesetzes, betr. die Schwarze Elster, vom 28. April 1928 (G. v. 25. Juli Art. 60, 61, 62 Buchst. f) 283.
- Schwarzwild**, Verbot des Schrot- und Postenschusses auf Schwarzwild (W. v. 10. März § 3) 73. — Anlegung von Saufängen usw. (daf. § 4) 73.
- Schwelm** (Westfalen), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.
- Seemannsämler** werden der Aufsicht des Regierungspräsidenten unterstellt (W. v. 30. März § 6) 85.
- Seerose**, weiße, gehört zu den geschützten Pflanzenarten (W. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 10) 72.
- Seeschwalben**, Sammeln von Eiern (W. v. 10. März § 2 Abs. 3) 73.
- Segeberg** (Schleswig-Holstein), Aufhebung des Restripts Christians VII. für das Amt Segeberg vom 20. Januar 1766 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1a Ziffer 6) 178. — s. Erbhofrecht.
- Seidelbast** gehört zu den geschützten Pflanzenarten (W. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 7) 72.
- Seitendorf** (Niederschlesien), Eingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Jauer (G. v. 17. Juli Kap. I § 4) 261.
- Selters** (Hessen-Nassau), Zulegung des Amtsgerichts Selters zu dem Landgericht Limburg (G. v. 23. Juni § 4) 222.
- Sensen**, Verwahrung von Sensen (Pol. W. v. 29. Nov.) 419.
- Sequestration**, Anordnung bei verpachteten Grundstücken der Domänen- und Forstverwaltung sowie gewisser unter Verwaltung des Oberpräsidenten usw. stehender Anstalten und Stiftungen (G. v. 12. Juli § 3) 253.
s. Zwangsverwaltung.
- Siebeneschläfer** gehört zu den geschützten Tierarten (W. v. 10. März § 1 I 10) 71.
- Siegel der Behörden**, s. Landeswappen.
Siegel und Wappen der Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 2) 428.
- Siegen** (Westfalen), Errichtung eines Landgerichts in Siegen, Zuteilung zum Oberlandesgericht Hamm (G. v. 23. Juni § 1) 221. (W. v. 14. Sept.) 353.
- Siegen** (Fortf.)
Dem Landgerichte Siegen werden zugelegt:
1. aus dem Bezirke des Landgerichts Arnberg: die Amtsgerichte Attendorn, Berleburg, Burbach, Fredeburg, Grevenerbrück, Hilchenbach, Kirchhundem, Laasphe, Olpe und Siegen;
2. aus dem Bezirke des Landgerichts Limburg: die Amtsgerichte Dillenburg und Herborn;
3. aus dem Bezirke des Landgerichts Neuwied: die Amtsgerichte Altenkirchen, Daaden, Kirchen und Wissen
(G. v. 23. Juni § 2) 221. — nicht Fredeburg (G. v. 13. Sept.) 351.
Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Burbach, Hilchenbach und Siegen bei dem Amtsgerichte Siegen (W. v. 18. Nov. V Nr. 5) 415.
- Sigmaringen** (Hohenzollern), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (W. v. 15. Sept. § 7 III 1) 349.
- Soest** (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Soest zu dem Landgericht Arnberg (G. v. 13. Sept.) 351.
- Solingen** (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Solingen und Solingen-Ohligs bei dem Amtsgericht in Solingen-Ohligs (W. v. 15. Aug. III Nr. 3) 314. (W. v. 18. Nov. IV Nr. 5) 415.
- Soltau** (Hannover), Aufteilung des Landkreises Fallingb.-Soltau in die Landkreise „Fallingb.“ mit dem Kreisitz in Fallingb. und „Soltau“ mit dem Kreisitz in Soltau (G. v. 17. Juni Kap. I § 8) 261.
- Soltmahnen** (Ostpreußen), s. Wege B. 1.
- Sommerfeld** (Brandenburg), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.
- Sonntage**, Änderung der Polizeiverordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage vom 23. November 1931 (Pol. W. v. 3. März § 2) 38.
- Sontra** (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (W. v. 15. Sept. § 7 V 4) 349.
- Sorau** (Brandenburg), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.
- Sparfassen**, Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Aufsicht des Staates über die Verwaltung des bei den Sparfassen- und Giroverbänden gebildeten Sparfassenausgleichsstocks (W. v. 30. März § 3 Nr. 1b) 84.
Änderung der Verordnung über die Sparfassen sowie die kommunalen Giroverbände und kommunalen Kreditinstitute vom 20. Juli/4. August 1932 (W. v. 14. März) 41.
Errichtung des Westfälischen Sparfassen- und Giroverbandes (St. M. Beschl. v. 24. April) 234 Ziffer 3.
Errichtung des Rheinischen Sparfassen- und Giroverbandes (St. M. Beschl. v. 29. Dez. 1932) 318 Ziffer 4.

Sparkassen (Fortf.)

Anderung des § 16 der Satzung des Sparkassen-Genossenschaftsverbandes Schleswig-Holstein (St. M. Beschl. v. 19. Jan.) 234 Ziffer 2.

Sparverordnungen, Abänderung und Ergänzung der Ersten Sparverordnung vom 12. September 1931 (W. v. 18. Jan.) 5. (W. v. 15. Juli §§ 2, 3) 249.

Abänderung der Zweiten Preussischen Sparverordnung vom 23. Dezember 1931 (W. v. 4. Febr.) 21. (W. v. 18. März § 23) 57. (G. v. 26. April § 1 Buchst. a, § 8) 118.

Anderung der Verordnung zur Ergänzung der Ersten und Zweiten Sparverordnung vom 14. März 1932 (W. v. 15. Juli §§ 3, 4) 249.

Bereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, s. Verwaltung.

Spenge (Westfalen), s. Wege B. 17.

Sperber gehört zu den ungeschützten Vogelarten (W. v. 10. März § 1 II) 71.

Sperlinge, Hausperling und Feldperling gehören zu den ungeschützten Vogelarten (W. v. 10. März § 1 II) 71.

Spruchkammern, Übergang der Zuständigkeit der Spruchkammern bei den Landeskulturämtern auf die Bezirksausschüsse und die Provinzialräte (W. v. 17. März Art. IX Nr. 2) 46.

Der Provinzialrat (Landeskulturabteilung) erhält die Bezeichnung „Spruchkammer für Siedlung und Auseinandersetzung“ (G. v. 15. Dez. § 3) 479. — Ernennung usw. der Mitglieder (das. § 4) 479. — Vertretung im Vorsitz (das. § 5) 480. — Entscheidungen (das. § 6) 481. — Kosten (das. § 7) 481.

s. Landeskulturbehörden.

Staatsanwaltschaft, Zuständigkeit usw. in Ausübung des Strafvollstreckungs- und Gnadenrechts (G. v. 1. Aug. §§ 2ff.) 293.

s. Oberstaatsanwälte.

Staatsanleihen, Gesetz über Anleiheermächtigungen v. 26. April 118. — Außerkräftsetzung einzelner Ermächtigungen (das. § 1) 118. — Beschränkung desgl. (das. § 2) 118. — Ermächtigung zur Erfüllung übernommener Verpflichtungen (das. §§ 3 bis 7) 120.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 28. April 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Erhöhung der Stammeinlage bei der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (G. v. 26. April § 2 Nr. 30) 120.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Durchführung des Abkommens zwischen dem Deutschen Reiche und dem Lande Preußen über die Regelung der Beteiligungen an der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse vom 21. Oktober 1932 zur Beteiligung des Staates an der Reichsgenossenschaftshilfe (G. v. 26. April § 4 Buchst. b) 121.

Außerkräftsetzung der durch das Gesetz vom 29. Juni 1931 erteilten Ermächtigung für die

Staatsanleihen (Fortf.)

Staatsanleihe zur Beteiligung des Preussischen Staates an den Kosten der Arbeitslosenfürsorge (G. v. 26. April § 1 Buchst. b) 118.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 13. Januar 1929 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung von Maßnahmen der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge (G. v. 26. April § 2 Nr. 26) 120.

Staatsanleihe zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5) 121.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 25. Juli 1930 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen nebst Zubehör auf den Domänen (G. v. 26. April § 2 Nr. 5) 118.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 17. Februar 1927 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen (G. v. 26. April § 2 Nr. 16) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 27. Juli 1927 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens (G. v. 26. April § 2 Nr. 25) 120.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes zur Förderung der Ansiedlung vom 31. Juli 1931 (G. v. 26. April § 2 Nr. 14) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 26. Juli 1926 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Bergwerksunternehmen (G. v. 26. April § 2 Nr. 8) 119.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Gewährung von Darlehen zwecks Ausgestaltung staatlicher Bergwerksunternehmen (G. v. 26. April § 3 Buchst. c) 120.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Stützung notleidender Bergwerksunternehmen (G. v. 26. April § 5 Buchst. f) 121.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 3. Dezember 1926 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln für die Ausgestaltung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmungen (G. v. 26. April § 2 Nr. 15) 119.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Gewährung von Darlehen an die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft (G. v. 26. April § 3 Buchst. b) 120.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 23. April 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau der domänenfiskalischen Bäder und Mineralbrunnen (G. v. 26. April § 2 Nr. 29) 120.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln für die Forsten zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5 Buchst. b) 121.

Staatsanleihen (Fortf.)

Außerkraftsetzung der durch das Gesetz vom 5. August 1931 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken (G. v. 26. April § 1 Buchst. c) 118.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 30. Juli 1930 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Meliorationen (G. v. 26. April § 2 Nr. 23) 120.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Gewährung von Beihilfen für Meliorationen (G. v. 26. April § 3 Buchst. e) 120. — für Meliorationen (das. § 5 Buchst. a) 121. — für Beteiligung an genossenschaftlichen Meliorationen (das. § 5 Buchst. e) 121.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 9. August 1929 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Ausführung von Bodenverbesserungen auf staatlichen Domänen und anderen domänenfiskalischen Grundstücken (G. v. 26. April § 2 Nr. 6) 118.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln für Domänen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5 Buchst. c) 121.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 27. Juli 1926 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- und Moorländereien durch den Staat (G. v. 26. April § 2 Nr. 3) 118.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 16. April 1927 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein und zur Förderung des Gemüsebaues im staatlichen Wiesmoor (Ostfriesland), Regierungsbezirk Aurich (G. v. 26. April § 2 Nr. 4) 118.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 9. Mai 1927 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen (G. v. 26. April § 2 Nr. 21) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 23. April 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Mitteln für die Entwässerung und Kultivierung der rechtsseitigen Moore in den Kreisen Hümmeling und Aschendorf, Regierungsbezirk Osnabrück (G. v. 26. April § 2 Nr. 28) 120.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 31. Juli 1925 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln für Landgewinnungsarbeiten in der Lumlauer Bucht im Kreise Eiderstedt (G. v. 26. April § 2 Nr. 7) 118.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 26. Juli 1930 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln für

Staatsanleihen (Fortf.)

Landgewinnungsarbeiten an der Nordseeküste in den Regierungsbezirken Schleswig, Aurich und Stade (G. v. 26. April § 2 Nr. 13) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 30. Juli 1926 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zum Bau eines Deiches an der Leybucht zwecks Abschlusses des Norder-Außentiefs im Regierungsbezirk Aurich sowie zur Ausführung von Binnenentwässerungsanlagen und sonstiger Folgeeinrichtungen (G. v. 26. April § 2 Nr. 12) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 17. Februar 1927 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Erschließung der Rogathaffampen im Regierungsbezirk Marienwerder (G. v. 26. April § 2 Nr. 17) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 15. Mai 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe für die Fortführung und Vollendung der Poldearbeiten westlich des Emdener Hafens (G. v. 26. April § 2 Nr. 31) 120.

Beschränkung der in dem Warthe-Neke-Bruch-Gesetze vom 9. Januar 1929 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bewilligung von Beihilfen zur Verbesserung der Wasserverhältnisse im Warthe-Neke-Bruch (G. v. 26. April § 2 Nr. 32) 120.

Beschränkung der in dem Westharztalesperren-Gesetze vom 28. März 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Gewährung von Beihilfen usw. an die Provinz Hannover zur Errichtung von Talsperren und zur Förderung der allgemeinen Landesmeliorationen (G. v. 26. April § 2 Nr. 27) 120.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln für den Bau der Saaletalsperren (G. v. 26. April § 3 Buchst. f) 120.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 23. April 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder (G. v. 26. April § 2 Nr. 1) 118.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 28. April 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder (G. v. 26. April § 2 Nr. 2) 118.

Beschränkung der in den Gesetzen vom 6. Mai 1927, 27. Oktober 1928 und 22. Juli 1929 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Wiederinstandsetzung und Verbesserung staatlicher Hafenanlagen (G. v. 26. April § 2 Nr. 18 bis 20) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 23. Juli 1927 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Staatsmitteln zum Ausbau des preussischen Hafengebiets an der unteren Elbe (G. v. 26. April § 2 Nr. 24) 120.

Beschränkung der in den Gesetzen vom 28. Juli 1926 und 9. Januar 1928 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung weiterer

Staatsanleihen (Fortf.)

Mittel für den Stettiner Hafen (G. v. 26. April § 2 Nr. 9, 10) 119.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 30. Juli 1926 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze wegen Vollendung des Mittellandkanals und der durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen vom 4. Dezember 1920 auszuführenden Bauarbeiten (G. v. 26. April § 2 Nr. 11) 119.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Vollendung des Mittellandkanals (G. v. 26. April § 3 Buchst. a) 120.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zum Ausbau des Fischereihafens Wesermünde (G. v. 26. April § 3 Buchst. d) 120.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln für Häfen und Brücken zur Förderung der Arbeitsbeschaffung (G. v. 26. April § 5 Buchst. d) 121.

Beschränkung der in dem Gesetze vom 17. Juli 1930 erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Bereitstellung von Mitteln zur weiteren Förderung des Baues und zur Erhaltung von Kleinbahnen (G. v. 26. April § 2 Nr. 22) 119.

Außerkräftsetzung der in der Zweiten Sparverordnung erteilten Ermächtigung für die Staatsanleihe zur Sicherung des Haushalts (G. v. 26. April § 1 Buchst. a) 118.

Staatsanleihe zur Deckung von Ausgaben der Rechnungsjahre 1930, 1931 und 1932 (G. v. 26. April § 7) 121.

Staatsanleihe zur Bereitstellung von Geldmitteln zur Durchführung der Verordnung, betr. Sicherheitsleistung zugunsten der Landesbank der Rheinprovinz, vom 8. Oktober 1931 (G. v. 26. April § 4 Buchst. a) 121.

Staatsanzeiger, Veröffentlichung der Satzung des überörtlichen Prüfungsverbandes für den Haushalt der Provinzial-(Bezirks-)Verbände im Reichs- und Staatsanzeiger (W. v. 28. Jan. § 7) 14.

Bekanntmachungen in dem Verteilungsverfahren wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände im Reichs- und Staatsanzeiger (W. v. 30. März §§ 10, 19) 103.

Staatsarchive, Übertragung der Aufsicht über die Staatsarchive in den Provinzen auf den Oberpräsidenten (W. v. 30. März § 4 Nr. 3) 84.

Staatsbank (Seehandlung), den Präsidenten ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1d) 266.

Abänderung der Satzung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) vom 18. März 1930, Aufhebung des Beirats (W. v. 22. Sept.) 368.

Staatsbauverwaltung, Aufhebung der Kabinettsordre, daß bei jeder wesentlichen Veränderung an öffentlichen Gebäuden usw. die Behörde, die sie vornehmen will, das Einverständnis der höchsten Baubehörde einholen soll, vom 4. Oktober 1815 (Beschl. v. 14. Okt. Nr. 9) 378.

Staatsdarlehen, Bereitstellung von Mitteln zur Gewährung von Darlehen an die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft (G. v. 26. April § 3 Buchst. b) 120. — desgl. zwecks Ausgestaltung staatlicher Bergwerks-Unternehmungen (daf. § 3 Buchst. c) 120.

Staatshaushalt, Änderung der Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juni 1932 (W. v. 18. März § 27) 58.

Gesetz über die Staatshaushaltsordnung (v. 15. Dez.) 475. — Aufhebung des Gesetzes, betr. den Staatshaushalt, vom 11. Mai 1898 (daf. Art. II § 3) 476.

Deckung von Ausgaben der Rechnungsjahre 1930, 1931 und 1932 (G. v. 26. April § 7) 121.

Staatshaushaltsplan, Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1932 und des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1933 (G. v. 26. April) 113. — Änderung (G. v. 29. Juni) 245. Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1933 (G. v. 27. Okt.) 389.

Staatskommissar, Einsetzung eines Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin (G. v. 31. Mai) 196. — Änderung der Staatsaufsicht über die Hauptstadt Berlin (G. v. 15. Dez.) 483.

Berufung von Beauftragten zur Wahrnehmung von Geschäften des Leiters von Gemeinden durch die Aufsichtsbehörde (Gem. Verf. G. v. 14. Dez. § 66) 440.

Staatsminister, Gleichschaltung der Rechtsverhältnisse der Staatsminister mit den Rechtsverhältnissen der Reichsminister (Staatsministergesetz), (G. v. 26. April) 123. — Aufhebung des Gesetzes über die Versorgung der Staatsminister vom 13. Juli 1924 (daf. § 6) 124.

Änderung des Staatsministergesetzes vom 26. April 1933 (G. v. 22. Sept.) 355.

Bestimmungen des Preussischen Staatsministeriums über Amtswohnungen, Umzugskostenentschädigungen, Tagegelber und Entschädigung für Reisekosten des Preussischen Ministerpräsidenten und der Preussischen Staatsminister (v. 20. Dez.) 502.

Ausübung, Regelung der Zuständigkeit der einzelnen Staatsminister (G. v. 17. Juli §§ 1, 2) 258.

Übertragung des Beamtenernennungsrechts auf die Staatsminister (G. v. 17. Juli Nr. 2) 267. Staatsminister sind Mitglieder des Staatsrats (G. v. 8. Juli §§ 1, 6) 241.

Staatsminister können die Einberufung des Provinzialrats verlangen, im Provinzialrat erscheinen und das Wort nehmen (G. v. 17. Juli § 12) 256.

Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (W. v. 6. Febr.) 23.

Zuständigkeit zur Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (W. v. 24. April) 157. (W. v. 15. Juni) 202.

Staatsminister (Fortf.)

Zuständigkeit zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 247.

Zuständigkeit zur Herabsetzung übermäßig hoher Dienst- und Versorgungsbezüge bei Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten subventionierter Unternehmungen (B. v. 16. Juli) 249.

f. Ministerpräsident.

Staatsministerium, Erlaß von Gesetzen zur Behebung der Not von Volk und Land durch das Staatsministerium (G. v. 1. Juni) 198.

Gesetz über die Landesregierung (v. 17. Juli) 258. — Befugnis bei Regelung der Zuständigkeit der einzelnen Staatsminister (daf. §§ 1, 2) 251. — Geschäftsordnung für die Führung der Geschäfte (daf. § 4) 251.

Zuständigkeit zur Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts (B. v. 15. Juli § 3) 248.

Ermächtigung des Staatsministeriums zur Bestimmung des Geschäftsbereichs einzelner Oberforstmeister (G. v. 1. Dez. § 4) 417.

Staatsministerium kann dem Oberpräsidenten die Verwaltung einzelner Verwaltungszweige in anderen Provinzen übertragen (G. v. 15. Dez. Art. I) 477.

Staatsministerium kann dem Provinzialrat (Landeskulturabteilung) die Entscheidung für andere Provinzen übertragen (B. v. 17. März Art. IX Nr. 4) 46.

Beschlüsse über die Reorganisation der landwirtschaftlichen (ritterchaftlichen) Kreditinstitute bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums (B. v. 12. Nov. Art. II) 402.

Zuständigkeit zur Änderung des Verzeichnisses der Wasserläufe erster Ordnung (G. v. 25. Juli Art. 1) 274.

Befugnis zur Ausdehnung der Vorschriften über die Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 23. Juni § 11) 220.

Änderungen von Gemeindegrenzen spricht das Staatsministerium aus (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 54) 439.

Zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zu Lasten des Staates ist die Zustimmung des Staatsministeriums erforderlich (G. v. 29. Juni) 245.

Ermächtigung zu Vorschriften über das Verwaltungsverfahren zur Beitreibung von Geldbeträgen (G. v. 12. Juli § 2) 252.

Geschäftsstelle des Staatsministeriums führt die Verwaltungsgeschäfte des Staatsrats (G. v. 8. Juli § 7) 242.

Staatsrat, Festsetzung der Zahl der von den Provinzen usw. in den Staatsrat zu entsendenden Vertreter (B. v. 29. März) 82.

Staatsrat (Fortf.)

Auflösung des bisherigen Staatsrats, Außerkräfttreten des Vierten Abschnitts der Preussischen Verfassung und des Gesetzes über die Wahlen zum Staatsrat vom 16. Dezember 1920 (G. v. 8. Juli § 15) 243.

Gesetz über den Staatsrat (v. 8. Juli) 241. — Änderung (G. v. 31. Juli Art. I) 289.

Aufgaben des Staatsrats (G. v. 8. Juli §§ 1, 10) 241.

Mitglieder (G. v. 8. Juli §§ 2 bis 6) 241. (G. v. 31. Juli Art. I) 289.

Sitzungen (G. v. 8. Juli §§ 8, 9, 11) 242.

Freie Eisenbahnfahrt und Aufwandsentschädigung der Mitglieder (G. v. 8. Juli § 14) 242. (B. v. 10. Juli) 265.

Staatsräte sind Mitglieder des Provinzialrats (G. v. 31. Juli § 2) 255.

Sechs Staatsräte gehören dem Staatsschuldenausschuß an (G. v. 24. Okt.) 383.

Staatsräte können an den Beratungen der Gemeinderäte ihres Wohnsitzes teilnehmen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 45) 437.

Staatsschuldenausschuß, anderweite Zusammenfassung des Staatsschuldenausschusses (G. v. 24. Okt.) 383.

Staatsschuldenordnung, Abänderung der Staatsschuldenordnung vom 12. März 1924 (G. v. 24. Okt.) 383.

Staatssekretäre ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1a) 266.

Ernennung zu Staatsräten (G. v. 8. Juli §§ 5, 6) 241. — sind Staatsräte kraft ihres Amtes (G. v. 31. Juli Art. I) 289.

Zuständigkeit zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 (B. v. 6. Febr.) 23.

Staatstheater, die Generalintendanten, Intendanten, Operndirektoren und Schauspielerektoren ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1h) 267.

f. Theater.

Stadtauschuß, Beseitigung der Stadtausschüsse als Beschlußbehörden (G. v. 15. Dez. § 1) 479.

Stadtausschüsse erhalten in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgerichte die Bezeichnung „Stadtverwaltungsgericht“ (G. v. 15. Dez. § 2) 479.

f. Stadtverwaltungsgericht.

Stadtbezirke, Eingliederung einiger Parzellen der Landgemeinde Altenberg des Landkreises Königsberg i. Pr. in den Stadtkreis und die Stadtgemeinde Königsberg i. Pr. (G. v. 8. Sept) 339.

Änderung der Grenzen des Stadtkreises Magdeburg (G. v. 24. Okt.) 381.

Aufteilung der Stadtgemeinde Stadbach-Rheydt (G. v. 24. Juni) 225.

f. Gemeindebezirke.

- Stadtgemeindevorschuss**, Übergang der Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung auf den Stadtgemeindevorschuss in Berlin (G. v. 22. Sept. § 1) 356.
 f. Gemeindevorschüsse.
- Stadträte**, Bestätigung der Stadträte in Berlin (G. v. 23. Juni) 217.
 Die Beigeordneten in Stadtkreisen, ausgenommen der Erste Beigeordnete und der Kämmerer, führen die Bezeichnung Stadtrat (Stadtbaurat usw.) (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 29 Abs. 3) 433.
 f. Beigeordnete.
- Stadtschaften**, Bestätigung von Änderungen der Satzung der Stadtschaft der Provinz Brandenburg (St. M. G. v. 6. Febr.) 92 Nr. 1.
 f. Grundkreditanstalten.
- Stadtverordnetenversammlung**, Übergang der Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung in Berlin auf den Stadtgemeindevorschuss (G. v. 22. Sept. § 1) 356.
 f. Gemeindevertretung.
- Stadtverwaltungsgericht**, Stadtausschüsse erhalten in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsgerichte die Bezeichnung „Stadtverwaltungsgericht“ (G. v. 15. Dez. § 2) 479. — Ernennung usw. der Mitglieder (daf. § 4) 479. — Vertretung im Vorstich (daf. § 5) 480. — Entscheidungen (daf. § 6) 481. — Kosten (daf. § 7) 481. — Änderungen der Zuständigkeiten (daf. §§ 8 ff.) 481.
- Städte** sind Gemeinden, denen das Recht, die Bezeichnung Stadt zu führen, staatlich verliehen ist (G. v. 15. Dez. § 2) 428. (B. v. 20. Dez. § 1) 497.
 Verleihung usw. eines Stadtbriefes durch den Minister des Innern (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 49) 437.
 f. Gemeindeverfassung.
- Städteordnungen**, Änderung des Titels VIII und des § 72 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen (G. v. 6. April § 1) 93.
- Stapelholm** (Schleswig-Holstein), Aufhebung der Stapelholmer Konstitution vom 27. Januar 1623, abgeändert durch die Verordnung vom 8. Juni 1774 und vom 28. Juli 1784 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1b Ziffer 1) 178. — f. Erbhofrecht.
- Stare**, Erlaubnis zum Abschluß von Staren (B. v. 10. März § 16 Abs. 3) 76.
- Statistisches Landesamt**, den Präsidenten ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1c) 266.
- Steinaw a. D.** (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 I 8) 348.
- Steinbach-Hallenberg** (Hessen-Nassau), Amtsgerichtsbezirk Steinbach-Hallenberg gehört zum gemeinschaftlichen Auerbengericht Schmalkalden (B. v. 18. Nov. VI) 415.
- Steinbach** (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Ufingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.
- Stempelsteuer**, Änderungen des Stempelsteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Oktober 1924 und der Gesetze vom 26. Juli 1926 und vom 5. April 1928 (G. v. 23. Mai Art. 1 I) 186.
 Rechtsmittelverordnung für die Stempelsteuer (v. 23. Mai) 192.
 Änderungen des Tarifs zum Stempelsteuergesetz (G. v. 23. Mai Art. 1 II) 187.
- Stempelsteuerfreiheit** der Rechtsgeschäfte aus Anlaß einer Grenzänderung zwischen Gemeinden (G. v. 15. Dez. § 57 Abs. 3) 439.
 f. Steuerfreiheit.
- Stendal** (Sachsen), Stendal-Langermünder Eisenbahn-Gesellschaft, f. Eisenbahnen Nr. 8.
- Stettin** (Pommern), Beschränkung des Kredits der Gesetze über die Bereitstellung weiterer Mittel für den Stettiner Hafen vom 28. Juli 1926 und 9. Januar 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 9, 10) 119.
 Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.
 Zulegung des Amtsgerichts Penkun zu dem Arbeitsgerichte Stettin (B. v. 14. Sept.) 354.
- Steuerausschüsse**, Neubildung der preussischen Steuerausschüsse (G. v. 12. Juni) 211.
- Steuerfreiheit**, Durchführung des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Befreiung des Reichspräsidenten von Hindenburg von Reichs- und Landessteuern für das Rittergut Neudeck vom 27. August 1933 (G. v. 27. Aug.) 311.
 f. Stempelsteuerfreiheit.
- Steuerzuwiderhandlungen**, Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen Zoll- und Steuerbestimmungen auf den Finanzminister (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2a) 303.
- Stiftungen**, Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 bei Stiftungen des öffentlichen Rechtes (B. v. 15. Juni § 3) 202.
 Durchführung des Reichsgesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933 (B. v. 15. Juli 247. (B. v. 15. Juli) 247. (B. v. 15. Juli) 248.
 Forderungen gewisser unter Verwaltung des Oberpräsidenten usw. stehender Stiftungen aus der laufenden Bewirtschaftung usw. von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken unterliegen der Beitreibung im Verwaltungs-zwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 3b) 252. — Zwangsbefugnisse bei verpachteten Grundstücken (Sequestration, Räumung) (daf. § 3) 253.
- Stöven** (Posen-Westpreußen), Eingliederung einer Anzahl Parzellen der Landgemeinde Kattun, Kreis Deutsch Krone, in die Landgemeinde Stöven des Netzekreises (G. v. 13. Sept.) 352.
- Stolberg** (Rheinprovinz), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VI 3) 349.

Strafanstalten, Aufhebung der Verordnung über die Neuordnung der Strafanstaltsverwaltung (Strafvollzugsämter) vom 8. Dezember 1922 (G. v. 1. Aug. § 71) 309.

f. **Strafvollstreckung**.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Polizeiverordnung über das Singen des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes (Pol. V. v. 18. Aug. § 2) 317.

Strafbestimmungen für die Nichtbefolgung der Vorschriften über das Meldewesen (Pol. V. v. 22. April § 25) 134.

Strafbestimmungen für die Nichtbefolgung der Vorschriften der Polizeiverordnung über das Leichenwesen (Pol. V. v. 18. April § 15) 152.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen (Pol. V. v. 16. Nov.) 414.

Strafbestimmungen für Übertretungen der Polizeiverordnung über die Verwendung von brennbaren Flüssigkeiten zu Koch- und Heizzwecken (Pol. V. v. 17. Juni § 2) 232.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Polizeiverordnung über die Verwahrung von Senfen (Pol. V. v. 29. Nov. § 2) 419.

Strafbestimmungen für Übertretungen der Polizeiverordnung über die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung von Mitteln oder Verfahren, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Menschen- oder Tierkrankheiten bestimmt sind (Pol. V. v. 2. Juni § 3) 215.

Strafbestimmung wegen unterlassener Meldung eines Schadenfeuers (G. v. 15. Dez. § 18) 487.

Strafbestimmungen für Übertretungen der Verordnung über die Regelung der Polizeistunde für Eisdielen, Trinkhallen und Getränkewagen (V. v. 22. April § 2) 111.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen Verbote des Ausschanks von Branntwein usw. (V. v. 17. Febr. § 2) 29.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung weiblicher Arbeitnehmer in Gast- und Schankwirtschaften (V. v. 27. Mai § 4) 214.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Verordnung zum Schutze von Tier- und Pflanzenarten (V. v. 10. März § 17) 77.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Polizeiverordnung über das Schlachten von Tieren (Pol. V. v. 28. April § 2) 155.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Polizeiverordnung für Kleinbahnen (nebenbahnähnliche Kleinbahnen und Straßenbahnen) mit Maschinenbetrieb — V. V. R. (Pol. V. v. 20. April § 11) 161.

Strafbestimmungen für Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Schlachtsteuergesetzes (G. v. 27. Nov. §§ 8, 16) 410.

Straferlaß (=milderung, =aussetzung), f. Gnadenrecht.

Strafvollstreckung, Preussisches Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht (G. v. 1. Aug.) 293. — Straf-

Strafvollstreckung (Fortf.)
vollstreckung, Allgemeines (§§ 1 bis 3) 293. — Todesstrafe (§ 4) 294. — Freiheitsstrafen (§§ 5 bis 34) 294. — Geldstrafen (§ 35) 301. — Nebenstrafen usw. (§ 36) 302. — Strafausstand (§§ 37 bis 40) 302. — Gnadenrecht (§§ 41 bis 70) 302. — Schluß- und Übergangsbestimmungen (§§ 71 bis 74) 309.

Ausführungsverordnung zum Preussischen Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht (v. 1. Aug.) 354.

Strandämter werden der Aufsicht des Regierungspräsidenten unterstellt (V. v. 30. März § 6) 85.

Strausberg (Brandenburg), Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde für die Errichtung einer Rieselfeldanlage nebst Nebeneinrichtungen (St. M. G. v. 15. Nov.) 425 Nr. 7.

Strehlen (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319. (V. v. 15. Sept. § 7 I 2, 6) 348.

Striegau (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (V. v. 15. Sept. § 7 I 9) 348.

Süderdithmarschen (Kreis in Schleswig-Holstein), Aufteilung des Landkreises Dithmarschen in die Landkreise „Norderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Heide und „Süderdithmarschen“ mit dem Kreisitz in Meldorf (G. v. 17. Juli Kap. I § 5) 261.

Sumpfsporst gehört zu den geschützten Pflanzenarten (V. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 5) 72.

Sumpfschildkröte gehört zu den geschützten Tierarten (V. v. 10. März § 1 III) 71.

Sythen (Westfalen), f. Wege B. 12.

T

Tabakrauchen, Aufhebung der Allerhöchsten Deklaration, betr. die Ermäßigung der in dem Edikt vom 19. Januar 1764 auf das feuergefährliche Tabakrauchen gesetzten Strafe, vom 31. August 1815 (Beschl. v. 1. Juli Nr. 8) 239.

Talsperren, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über Anlegung, Benutzung usw. von Talsperren (G. v. 25. Juli Art. 3, 6, 7, 41, 42) 274.

Tauben, Schutz der Felder und Gärten gegen fremde Tauben (V. v. 4. März) 64.

Aufgehoben werden:

1. Magdeburger Polizeiverordnung vom 3. Januar 1688, Kap. XX § 20 und Kap. XXIX § 15;
2. Bentheimische Landesverordnung vom 23. September 1690, Teil V Titel 20 Nr. 6;
3. Polizeiverordnung für das Herzogtum Westfalen von 1732;
4. Kurmärkisches Provinzialrecht, §§ 1—5;
5. Provinzialrecht des Markgrafentums Niederlausitz, § 7;
6. Provinzialrecht der Grafschaft Tecklenburg;

Tauben (Fortf.)

7. Provinzialrecht für das Fürstentum Minden und die Grafschaft Ravensberg, § 4;
8. die Verordnungen vom 25. August 1746, 6. Oktober 1766 und 30. Juni 1783 für das Fürstentum Eichsfeld;
9. Erneueretes Verbot gegen Unberechtigte vom 17. September 1756;
10. Preussische Flurordnung für das Fürstentum Halberstadt vom 27. Juli 1759, § 51, aufrechterhalten durch Reskript vom 22. Oktober 1793 über das Halten der Feldtauben;
11. Kurmainzische Verordnung vom 30. Juni 1783;
12. Nassauische Verordnung für das Fürstentum Lingen vom 13. November 1786;
13. Artikel 2 der Loi relative à la suppression du droit exclusif de la chasse, des capitaineries etc. vom 4./11. August 1789;
14. §§ 111 bis 113 Teil 1 Titel 9 des allgemeinen Landrechts;
15. Bekanntmachung der Großbritannisch-Hannoverschen provisorisch bestätigten Landesdirektion für Ostfriesland vom 3. Januar 1817;
16. Bekanntmachung der Provinzialregierung zu Stade, die Beschränkung des Taubenhaltens in der Stadt und dem Amte Verden betreffend, vom 13. Februar 1818;
17. Bekanntmachung der Provinzialregierung Hannover wegen des Taubenhaltens im Fürstentum Hildesheim mit Einschluß der Stadt Goslar vom 27. September 1820;
18. Bekanntmachung der Landdrostei Hildesheim an sämtliche Obrigkeiten des Fürstentums Göttingen, das Halten der ausfliegenden Tauben und das Schießen und Fangen fremder Tauben in dem Fürstentum Göttingen betreffend, vom 20. November 1826;
19. Bekanntmachung der Landdrostei Hannover wegen des Taubenhaltens in dem Fürstentum Calenberg vom 25. Oktober 1827;
20. Bekanntmachung der Landdrostei Hannover, das Taubenhalten in den Grafschaften Hoya und Diepholz betreffend, vom 3. Mai 1830;
21. § 40 Abs. 2 der Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847
(V. v. 4. März § 3) 64 f. Wildtauben.

Taucher, Fang auf künstlichen Fischteichen (V. v. 10. März §§ 3, 4, 15) 73. — Abschlußerlaubnis (daf. § 16) 76.

f. **Haubentaucher**.

Tecklenburg (Westfalen), Aufhebung des Provinzialrechts der Grafschaft Tecklenburg über das Halten von Tauben (V. v. 4. März § 3 Nr. 6) 64.

Tempelburg (Pommern), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (V. v. 15. Sept. § 7 VIII 2) 350.

Testamente, f. Verfügungen auf den Todesfall.

Thale (Sachsen), Verleihung des Enteignungsrechts an die Spielvereinigung 04 Thale e. V. für Zugangsmachung und Erweiterung ihres Sportplatzes in Thale (St. M. G. v. 30. Aug.) 369 Nr. 4.

Theater, Verträge der Gemeinden (Gemeindeverbände) mit Leitern und Künstlern an Theatern oder Orchestern bedürfen der staatlichen Zustimmung (V. v. 17. Juli) 265.
f. **Staatstheater**.

Thüringen (Freistaat), Änderung des Staatsvertrags zwischen dem Lande Preußen und dem Lande Thüringen über die Durchführung der Grundstückszusammenlegungen, Gemeinheitsteilungen und Ablösungen im Lande Thüringen durch die preussischen Landeskulturbehörden vom 5. Dezember 1925 (Verordn. v. 29. März/28. April) 232. (Bef. v. 13. Juni) 232.

Thüringenwerk, Verleihung des Enteignungsrechts an die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs-A.-G. Thüringenwerk in Weimar für den Bau einer 100 000 Volt-Leitung zwischen Jena und Breitungen, Nr. Herrschaft Schmalkalden, und einer 50 000 Volt-Leitung zwischen Gotha und Breitungen (St. M. G. v. 22. Juni) 320 Nr. 1.

Tierärzte, Überweisung des tierärztlichen Prüfungswesens an das Ministerium für Landwirtschaft usw. (G. v. 20. Juli) 269.

Tierärztekammern, Überweisung der Tierärztekammern an das Ministerium für Landwirtschaft usw. (G. v. 20. Juli) 269.

Auflösung der Tierärztekammern und des Tierärztekammerausschusses, Neubildung (G. v. 28. Juli) 286.

Tiere, Tier- und Pflanzenschutzverordnung (v. 10. März) 71. — Aufhebung der Verordnungen vom 16. Dezember 1929, 20. Juni 1930, 8. Dezember 1931 und 30. Juli 1932 (daf. § 18) 77.
f. **Schlachten**.

Todesstrafe, Vollstreckung der Todesstrafe (G. v. 1. Aug. §§ 4, 51, 52) 294. — Gnadenrecht (daf. § 45 Abs. 3) 304.

Aufhebung der Kabinettsorder wegen der Begnadigungsgesuche zum Tode verurteilter Verbrecher vom 15. Okt. 1810 und der Kabinettsorder über das Verfahren, wenn ein zum Tode Verurteilter nach Publikation des bestätigten Todesurteils ein Begnadigungsgesuch anbringt, vom 31. Jan. 1836
(Beschl. v. 31. Okt. Nr. 6, 9) 405.

Tönning (Schleswig-Holstein), Aufteilung des Landkreises Husum-Eiderstedt in die Landkreise „Husum“ mit dem Kreisitz in Husum und „Eiderstedt“ mit dem Kreisitz in Tönning (G. v. 17. Juli Kap. I § 6) 261.

Tostedt (Hannover), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (V. v. 15. Sept. § 7 II 5) 349.

Trappen, Jagdzeiten auf Großtrappenhähne (V. v. 10. März Anl. Ziffer 5) 78.

Traventhal (Schleswig-Holstein), Aufhebung der Verordnung des Amtsmanns Traventhal für die Ämter Reinfeld, Rethwisch und Traventhal mit Gieschenhagen vom 18. Juni 1768 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 1a Ziffer 7) 178. — f. Erbhofrecht.

Trehja (Hessen-Nassau), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 6) 348.

Trichinen, f. Fleischbeschau.

Triebel (Brandenburg), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 14. Sept.) 354.

Trier (Rheinprovinz), Änderung der Grenzen der Diözesen Trier und Limburg (Bef. v. 11. Okt.) 373.

Bildung eines gemeinschaftlichen Auerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Trier, Neumagen, Saarburg und Perl bei dem Amtsgericht Trier (B. v. 15. Aug. II Nr. 1) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Trinkhallen, Regelung der Polizeistunde (B. v. 22. April) 111. (B. v. 20. Mai) 191.

Trollblume gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 15) 72.

Tümlau (Schleswig-Holstein), Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln für Landgewinnungsarbeiten in der Tümlauer Bucht im Kreise Eiderstedt vom 31. Juli 1925 (G. v. 26. April § 2 Nr. 7) 118.

Türkenbund gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 18) 72.

Tworog (Oberschlesien), f. Wege B. 4.

U

Übergangsgebühren (Entlassungsgeld) der Schutzpolizeibeamten (B. v. 18. März §§ 16, 17) 55.

Übergangsgeld der Staatsminister (G. v. 26. April § 5) 124. — Aufhebung des Gesetzes vom 13. Juni 1924 (das. § 6) 124.

Übergangsgeld der nichtbestätigten Beamten von Gemeinden und Gemeindeverbänden (G. v. 23. Juni § 7) 219.

Übergangsgelder für Angestellte usw. in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 19, 20) 201.

Uferwege, Änderung des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29. Juli 1922 (G. v. 7. April) 99.

Umlegung, Genehmigung des Rezeßes in Umlegungssachen durch den Oberpräsidenten (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. d) 81.
f. Zusammenlegung.

Umzugskosten, Umzugskostenentschädigung des Ministerpräsidenten und der Staatsminister (Bef. v. 20. Dez.) 502.

Umzugskosten (Fortf.)

Umzugskosten bei Versetzung von Lehrern an öffentlichen Schulen in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 29. Juni § 1 Abs. 2) 265.

Univeritätsprofessoren ernannt der Ministerpräsident (G. v. 17. Juli Nr. 1g) 267.
f. Lehrer.

Unschädlichkeitszeugnisse, Genehmigung zur Ausstellung usw. durch den Oberpräsidenten (B. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. g, h, Abs. 3) 81.

Unterbringungs-gesetz, Änderung des Gesetzes über die Unterbringung von mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen (Unterbringungs-gesetz) vom 30. März 1920 (G. v. 4. Okt. Art. V) 367.

Unternehmungen, Herabsetzung übermäßig hoher Dienst- und Versorgungsbezüge bei Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten subventionierter Unternehmungen (St. M. Beschl. v. 16. Juli) 249.
f. Gemeindeunternehmungen.

Unterstützungen, Bewilligung usw. von Unterstützungen an ehemalige Angestellte usw. in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 9 bis 15) 200.

Untertaunuskreis (Hessen-Nassau), Ausscheiden der Landgemeinden Niederems mit Reimborn, Reichenbach, Steinfischbach und Wüstem aus dem Untertaunuskreis (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

Urkunden, Vollziehung der Willenserklärungen der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. §§ 45 ff.) 452.

Urlaub, Beamte usw. des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Körperschaften des öffentlichen Rechtes bedürfen zur Ausübung des Amtes als Staatsräte keines Urlaubs (G. v. 8. Juli § 13) 242. — desgl. als Provinzialräte (G. v. 17. Juli § 13) 256.

Beurlaubung der Lehrer an den öffentlichen Volks- und mittleren Schulen (B. v. 30. März § 12 Nr. 2b) 88.

Ursingen (Hessen-Nassau), Aufteilung des Landkreises Overtaunuskreis in die Landkreise „Overtaunuskreis“ mit dem Kreissitz in Bad Homburg v. d. Höhe und „Ursingen“ mit dem Kreissitz in Ursingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.

W

Veräußerung von Grundstücken der Wassergenossenschaften, Änderung des § 220 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (G. v. 25. Juli Art. 14) 275.

Veräußerung bäuerlicher Erbhöfe (G. v. 15. Mai §§ 5, 20) 166. (B. v. 24. Aug. II Nr. 4) 323.

f. Grundstücksteilungen.

- Verden** (Hannover), Aufhebung der Bekanntmachung der Provinzialregierung zu Stade, die Beschränkung des Taubenhaltens in der Stadt und dem Amte Verden betreffend, vom 13. Februar 1818 (B. v. 4. März § 3 Nr. 16) 65.
Aenderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 II 3) 349.
- Verfassung**, auf die vom Staatsministerium beschlossenen Gesetze finden die Artikel 6, 22, 29, 30, 40, 42, 60 bis 62 der Verfassung keine Anwendung (G. v. 1. Juni) 198.
Außerkräfttreten des Vierten Abschnitts der Preussischen Verfassung (Staatsrat) (G. v. 8. Juli § 15) 243.
Aufhebung des Art. 86 der Verfassung (G. v. 17. Juli Art. II) 256.
Aufhebung des Art. 54 Abs. 2, 3 der Verfassung (G. v. 22. Juli) 270.
- Verfügungen** auf den Todesfall über häuerliche Erbhöfe (G. v. 15. Mai § 6) 166. (B. v. 24. Aug. II Nr. 5, 44) 323.
- Vergnügungen**, Verbot des Singens und Spielens des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes in Vergnügungstätten (Pol. B. v. 18. Aug.) 317.
f. Gaststätten.
- Verkehrsabgaben**, Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung von Verkehrsabgaben auf die Minister für Wirtschaft usw. und für Landwirtschaft usw. (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2c) 304.
- Verkündung** der Landesgesetze durch den Ministerpräsidenten (G. v. 25. April) 113. (G. v. 1. Juni) 198.
Verkündung der Beschlüsse der Anerbengerichte (B. v. 30. Aug. § 13) 335.
- Versammlungen**, Zuständigkeit zum Verbot öffentlicher politischer Versammlungen usw., f. Schutz des deutschen Volkes.
- Verletzung** von Beamten in Ausführung des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (B. v. 15. Juni Nr. 14) 203. — desgl. von Lehrern an öffentlichen Schulen (B. v. 29. Juni) 264.
Verletzung der Beamten bei Wegfall der Planstelle (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 4) 5.
- Versicherung**, Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Wahrnehmung der Rechte der obersten Landesbehörde bei der Durchführung der Reichsversicherungsordnung durch die Provinz (B. v. 30. März § 2 Nr. 1d) 83. — desgl. durch provinziell zusammengefaßte Verbände (das. § 3 Nr. 1d) 84.
- Verforgung**, Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Aufsicht über die Verwaltungsorgane der Provinzialverbände (Hauptfürsorgestellen) bei der Durchführung des Reichsverforgungsgesetzes und des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter (B. v. 30. März § 2 Nr. 1e) 83.
- Verforgung** (Fortf.)
Verforgung der Schutzpolizeibeamten bei Zurruheetzung, Entlassung und Entziehung oder Neufestsetzung der Verforgungsbezüge nach dem Reichsgesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (G. v. 17. Nov.) 404.
f. Ruhegehalt.
- Verforgungsanwärter**, Errichtung zentraler Vormerkungsstellen für Verforgungsanwärter für Stellen im Gemeindedienst (B. v. 10. März) 49.
- Versteigerer**, Durchführungsverordnung zu dem Gesetze zur Beseitigung der Mißstände im Versteigerergewerbe vom 7. August 1933 (v. 16. Aug.) 316.
- Verteilungsverordnung**, Regelung des Verteilungsverfahrens (Verteilungsverordnung) wegen Geldforderungen gegen Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 30. März) 101. (G. v. 4. Okt. Art. IV) 366.
- Vertretung** des Ministerpräsidenten (G. v. 17. Juli § 3) 258. — als Chef der Geheimen Staatspolizei (G. v. 30. Nov. § 1) 413.
Vertretung des Landrats (B. v. 17. März Art. IX Nr. 6) 46.
Vertretung des Oberpräsidenten in Angelegenheiten des Provinzialverbandes (G. v. 15. Dez. Art. II Nr. 2) 477.
Vertretung der Vorsitzenden der Bezirks-, Kreis- und Stadtverwaltungsgerichte sowie der Spruchkammern für Siedlung und Auseinandersetzung (G. v. 15. Dez. § 5) 480.
Vertretung der Leiter der Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. §§ 29 ff.) 433. (B. v. 20. Dez. §§ 7, 8) 498.
Vertretung des Präsidenten des Landgerichts Berlin und des Präsidenten des Amtsgerichts Berlin-Mitte (G. v. 26. April §§ 4, 7) 125.
Vertretung der Gemeinden nach außen durch den Leiter (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 27) 432. — im bürgerlichen Rechtsverkehr (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 44) 451.
- Verwaltung**, Änderungen der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932 (B. v. 17. März Art. IX) 45. (G. v. 15. Dez. Art. I) 477.
Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 3. September 1932 (v. 30. März) 83.
Aenderung der Zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29. Oktober 1932 — Gestütverwaltung in der Ministerialinstanz — (G. v. 30. Juni) 229. — desgl. Veterinärverwaltung — (G. v. 20. Juli) 269. — desgl. Forstverwaltung (G. v. 1. Dez.) 417. — desgl. Geheime Staatspolizei (G. v. 30. Nov.) 413.
Gesetz zur Erzielung weiterer Ersparnisse in der gemeindlichen Verwaltung (v. 6. April) 93. — Ergänzung (G. v. 29. Mai) 195. — Aenderung (G. v. 17. Juli) 259.
Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung (B. v. 22. März) 67.
f. Landesverwaltung.

Verwaltungsbehörden, Aufhebung der §§ 143 bis 145 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (G. v. 15. Dez. § 6) 492. — desgl. der §§ 139, 140 (G. v. 15. Dez. § 24) 488.

Verwaltungsgerichte, Aufhebung der §§ 143 bis 145 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (G. v. 15. Dez. § 6) 492. — desgl. der §§ 139, 140 (G. v. 15. Dez. § 24) 488.

Beseitigung der Bezirksausschüsse usw. als Beschlußbehörden, neue Bezeichnung „Bezirks-, Kreis-, Stadtverwaltungsgericht“ (G. v. 15. Dez.) 479.

Ergänzung des Gesetzes über die berufsmäßige Rechtsvertretung vor den Verwaltungsgerichten vom 25. Mai 1926 (G. v. 12. Juni) 209. (G. v. 4. Okt.) 367.

f. Bezirksauschuß, Oberverwaltungsgericht, Bezirks-, Kreis-, Stadtverwaltungsgericht.

Verwaltungsrechtstrat, Zulassung als Verwaltungsrechtstrat, Ergänzung des Gesetzes vom 25. Mai 1926 (G. v. 12. Juni) 209. — Änderung des Gesetzes vom 25. Mai 1926 (G. v. 4. Okt.) 367.

Verwaltungsrechtsträte können die Annahme eines Ehrenamtes in der Gemeinde ablehnen (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 18 Abs. 3) 431.

Verwaltungsstreitverfahren, Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen Verfügungen, Beschlüsse und Bescheide von Behörden der allgemeinen Landesverwaltung (B. v. 17. März Art. IX Nr. 9) 47.

Verwaltungsstreitverfahren gegen Verfügungen des Geheimen Staatspolizeiamts (G. v. 26. April § 1 Abs. 3) 122.

Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen den Ausschluß eines Mitgliedes aus der Vertretungskörperschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 22. März §§ 2, 3) 67.

Verwaltungsstreitverfahren gegen Bescheide des Regierungspräsidenten auf Beschwerden gegen Entscheidungen des Landrats und Oberbürgermeisters an Stelle des Kreis- und Stadtausschusses (Magistrats usw.) als Beschlußbehörde (G. v. 15. Dez. § 9) 481.

Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen Verfügungen und Bescheide der Verwaltungsbehörden im Wege der Kommunalaufsicht oder Schulaufsicht findet nicht mehr statt (G. v. 15. Dez. § 11) 482.

Klage im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Entscheidung auf Einspruch in Angelegenheiten der öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde, des Bürgerrechts usw. (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 24) 432. (B. v. 20. Dez. § 6) 498.

Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über das Verwaltungsstreitverfahren in Angelegenheiten der Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 17, 23) 276. — desgl. der Deichverbände (daf. Art. 35) 279. — desgl. gegen wasserpolizeiliche Verfügungen (daf. Art. 44) 280.

Verwaltungsstreitverfahren (Fortf.)

Verwaltungsstreitverfahren gegen Entscheidungen des Regierungspräsidenten in den Fällen der §§ 99, 148, 149, 174, 186, 188, 192, 292, 340 des Wassergesetzes (G. v. 15. Dez. § 10) 481.

Änderung der Vorschriften des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 über das Verwaltungsstreitverfahren in Angelegenheiten der Fischereigenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 65, 71) 284.

Verwaltungsstreitverfahren für Entscheidungen auf Grund des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (B. v. 30. März) 106.

f. Verwaltungsgerichte usw.

Verwaltungszwangsverfahren, Zulässigkeit des Verwaltungszwangsverfahrens und sonstige finanzielle Zwangsbefugnisse (G. v. 12. Juli) 252. — Änderung der Verordnung vom 15. November 1899 (daf. § 4) 253.

Verwaltungszwangsverfahren zur Beitreibung der Beiträge usw. zu den Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 18, 20) 277. — desgl. zu den Deichverbänden (daf. Art. 35) 279.

Verwaltungszwangsverfahren zur Beitreibung der Beiträge, Strafgeelder usw. zu den Fischereigenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 66 bis 70) 284.

Verwandte, neue Bestimmungen, daß Verwandte usw. nicht gleichzeitig Mitglieder des Gemeindevorstandes, Beigeordneter, Schöffe, Landesrat usw., der Vertretungskörperschaft oder beider Körperschaften sein dürfen (B. v. 22. März § 4 Abs. 4 bis 7) 69. — nicht Schulze, Schöffe, Bürgermeister und Beigeordneter (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 50) 438.

Veterinärwesen, Übergang der Veterinärverwaltung mit Instituten und des ständigen Beirats für das Veterinärwesen auf das Ministerium für Landwirtschaft usw. (G. v. 20. Juli) 269.

Viehseuchen, Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Mitwirkung bei der Durchführung der Vorschriften über die Viehseuchenentschädigungen (B. v. 30. März § 2 Nr. 1b) 83.

Vögel, Bestimmungen zum Schutze der wildlebenden Vogelarten (B. v. 10. März) 71. — Aufhebung der Verordnung vom 16. Dezember 1929 (daf. § 18) 77.

Inkraftbleiben der Verordnung über den Vogelschutz auf Helgoland vom 29. Oktober 1928 (B. v. 10. März § 18) 77.

Wörden (Hannover), f. Wege B. 7, 8.

Volkschulen, Abänderung des Gesetzes, betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volkschulen, vom 28. Juli 1906 (G. v. 4. Okt. § 1) 365.

Änderung der Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetzes über die Zugehörigkeit von Rabbinern zu den Schuldeputationen und Schulvorständen (G. v. 18. Dez.) 492.

Aufhebung des § 6 des Gesetzes, betr. die Feststellung von Anforderungen für Volkschulen, vom 26. Mai 1887 (G. v. 4. Okt. § 2) 365.

Volkschullehrer-Bezahlungsgesetz (V.B.G.), Änderungen des Gesetzes über die Dienstbezüge der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 1. Mai 1928 (B. v. 18. März § 21) 57.

Volkszählung, Verordnung zum Reichsgesetz über die Durchführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933 vom 12. April 1933 (v. 11. Mai) 163.

Vorflut, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder vom 23. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 1) 118.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung weiterer Geldmittel zur Regelung der Hochwasser-, Deich- und Vorflutverhältnisse an der oberen und mittleren Oder vom 28. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 2) 118.

Vorkaufsrecht der Miterben bäuerlicher Erbhöfe (G. v. 11. Mai § 21) 170. (B. v. 24. Aug. II Nr. 16) 326.

W

Wacholder gehört zu den geschützten Pflanzenarten im Staatsgebiete westlich der Elbe und in der Provinz Schleswig-Holstein (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 20) 72.

Aufhebung der Verordnung, betr. das Sammeln der Wacholderbeeren und die Erhaltung der Wacholderstauden oder Büsche, vom 9. Juli 1801 für das Fürstentum Osnabrück und der hannoverschen Verordnung gegen das Abstreifen, Abkämmen und das unzeitige Einsammeln der Wacholderbeeren vom 22. Juli 1814 (Beschl. v. 31. Okt. Nr. 5, 7) 405.

Wadern (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Hermeskeil und Wadern bei dem Amtsgericht in Wadern (B. v. 15. Aug. IV Nr. 2) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Waffen, Zuständigkeit für die Einziehung von Waffen (B. v. 6. Febr. § 2 Nr. 6) 24.

Wahlen, Übertragung der Mitwirkung bei der Vorbereitung von Wahlen und Abstimmungen auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 8) 84. Änderung des Landeswahlgesetzes (B. v. 7. Febr.) 25.

Neuwahl des Preussischen Landtags — Wahltag — (B. v. 8. Febr.) 25.

Auslegung der Wählerverzeichnisse für die Wahl des Preussischen Landtags (B. v. 9. Febr.) 27.

Stimmabgabe im Reiseverkehr bei der Wahl des Preussischen Landtags am 5. März 1933 (B. v. 9. Febr.) 27.

Anderweite Anwendung von Vorschriften der Landeswahlordnung bei der Feststellung und Berufung der am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten zum Preussischen Landtag (B. v. 10. März) 37.

Wahlen (Fortf.)

Neuwahl von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen (B. v. 30. März) 91.

Festsetzung des Wahltags für die Neuwahlen der Vertretungskörperschaften der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 4. Febr.) 22.

Neuwahl der ehrenamtlichen Beamten von Gemeinden und Gemeindeverbänden (G. v. 6. April § 1) 95.

Neuwahl im Falle der Befugung der Befestigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (G. v. 23. Juni § 8) 219.

Wahl des Bürgermeisters, des Beigeordneten und der Schöffen in den Städten der Hohenzollerischen Lande (G. v. 6. April § 5) 96.

Wahl der Vertrauenspersonen des Ausschusses zur Wahl der Schöffen und Geschworenen (G. v. 2. Mai) 157. (G. v. 31. Mai) 195.

Neuwahlen der Schiedsmänner (G. v. 15. Juni) 213.

Wahl der Mitglieder der preussischen Steueraussschüsse (G. v. 12. Juni Art. II) 211.

Aussetzung der Neuwahlen zu den Landwirtschaftskammern (G. v. 24. Okt.) 384.

Aussetzung der Wahlen zu den gesetzlichen Betriebsvertretungen (B. v. 12. April § 1) 109. (B. v. 29. Sept.) 369.

Waldeck (ehemaliger Freistaat), Zuteilung des früheren waldeckischen Landesteils an den Bezirk des Oberbergrats in Claustral-Zellerfeld (B. v. 4. Okt.) 368.

Aufhebung des waldeckischen Gesetzes über das Anerbenrecht bei land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen vom 27. Dezember 1909 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 9) 179. — s. Erbhofrecht.

Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Hauszinssteuerverordnung des ehemaligen Freistaats Waldeck vom 19. November 1927 (B. v. 18. März § 5) 52.

Zuständigkeit der Kreispolizeibehörden in den vormals waldeckischen Kreisen zur Erteilung der polizeilichen Bauerlaubnis (B. v. 23. Aug.) 317.

Waldgüter, Inkraftbleiben der im Zwangsaufhebungsgesetz vom 22. April 1930 § 165 enthaltenen Vorschriften über das Anerbenrecht bei Waldgütern (G. v. 15. Mai § 58) 179.

Wallmerod (Hessen-Nassau), Zulegung des Amtsgerichts Wallmerod zu dem Landgericht Limburg (G. v. 23. Juni § 4) 222.

Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 III 2) 349.

Waltringhausen (Hannover), Ausgliederung eines Teiles der Landgemeinde Waltringhausen in die Landgemeinde Kolenfeld (G. v. 28. Okt.) 391.

Wandsbek (Schleswig-Holstein), Amtsgerichtsbezirk Wandsbek gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Altona (B. v. 18. Nov. VI) 415.

Wanne-Sidell (Westfalen), Amtsgerichtsbezirk Wanne-Sidell gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Bochum (B. v. 18. Nov. V Nr. 4) 415.

Wanzen (Niederschlesien), Wiedereinrichtung des Amtsgerichts (G. v. 29. Aug.) 319. (B. v. 14. Sept.) 354.

Wappen und Siegel der Gemeinden (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 2) 428.
f. Landeswappen.

Warenhaussteuer, Verordnung zur Durchführung des § 41a der Gewerbesteuerverordnung (Warenhauszweigstellensteuer) (v. 27. Juli) 290.

Warstein (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Warstein zu dem Landgericht Paderborn (G. v. 23. Juni § 3) 221. — Aufgehoben (G. v. 13. Sept.) 351.

Wartegeld der nichtbestätigten Beamten von Gemeinden und Gemeindeverbänden (G. v. 23. Juni § 6) 218.

Neue Vorschriften über das Wartegeld der Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände (B. v. 18. Jan. § 1 Nr. 6) 5.

Warthe (Fluß), Beschränkung des Kredits des Warthe-Neze-Bruch-Gesetzes vom 9. Januar 1929 (G. v. 26. April § 2 Nr. 32) 120.

Wasserbauten, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über den Ausbau der Wasserläufe erster und zweiter Ordnung (G. v. 25. Juli Art. 9, 10) 275.

Wasserbauverwaltung, Zuständigkeit des Oberpräsidenten als Leiter einer Wasserbauverwaltung (B. v. 30. März § 6) 85. — desgl. des Regierungspräsidenten (das. § 9) 87.

Wasserbeiräte, Aufhebung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Bildung usw. der Wasserbeiräte (G. v. 25. Juli Art. 46) 280.

Wassergenossenschaften (Ent- und Bewässerungs-, Reinhaltungs-, Talsperren-, Wiesen- usw. Genossenschaften):

A. Allgemeines.

Zuständigkeit des Regierungspräsidenten in Angelegenheiten der Bodenverbesserungsgenossenschaften (B. v. 17. März Art. IX Nr. 1) 45. — desgl. des Bezirksausschusses (das. Art. IX Nr. 2) 46.

Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Bildung usw. der Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 11 bis 28) 275.

Abänderung des Gesetzes über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften vom 5. Mai 1920 (G. v. 25. Juli Art. 47 bis 52) 281.

Änderung der Verordnung über die Bildung von Genossenschaften zur Bodenverbesserung von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien vom 7. November 1914 (G. v. 25. Juli Art. 53 bis 57) 281.

Verfahren zur beschleunigten Bildung von Bodenkulturgenossenschaften (Wassergenossenschaften, Deichverbände, Bodenverbesserungsgenossenschaften) (G. v. 25. Juli Art. 58) 281.

B. Einzelne Wassergenossenschaften.

I. Provinz Sachsen.

1. Schwarz-Elster-Verband, Änderung des Gesetzes, betr. die Schwarze Elster, vom 28. April 1928 (G. v. 25. Juli Art. 60, 61, 62 Buchst. f) 283.

II. Provinz Westfalen.

2. Änderung des Gesetzes, betr. die Bildung einer Genossenschaft zur Regelung der Vorflut und zur Abwässerreinigung im Emschergebiete, vom 14. Juli 1904 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. a) 283.

3. Lippeverband, Änderung des Lippegesetzes vom 19. Januar 1926 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. d) 283.

4. Ruhrverband, Änderung des Ruhrreinhaltungsgesetzes vom 5. Juni 1923 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. c) 283.

III. Rheinprovinz.

5. Änderung des Entwässerungsgesetzes für das linksrheinische Industriegebiet vom 29. April 1913 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. b) 283.

6. Niersverband, Änderung des Niersgesetzes vom 22. Juli 1927 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. e) 283.

7. Wupperverband, Änderung des Wupperegesetzes vom 8. Januar 1930 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. g) 283.

Wassergesetz, Änderungen der §§ 3, 23, 25, 31 bis 33, 109, 111, 112, 114, 173, 206, 210, 217, 220 bis 222, 226 bis 229, 231, 238, 247, 274, 275, 283, 289, 294, 302, 304, 308, 309, 317, 318, 324, 325, 329, 342 bis 344, 347, 356, 367 bis 369 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (G. v. 25. Juli Art. 1 bis 46) 274.

Wasserläufe, Änderungen der Bestimmungen des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über Ausbau usw. der Wasserläufe (G. v. 25. Juli Art. 1, 9, 10, 29) 274.

Änderung des Verzeichnisses der Wasserläufe erster Ordnung, Aufnahme des Küstenkanals (B. v. 23. Okt.) 394.

f. Gewässer.

Wasserpolizei, Änderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Wasserpolizei (G. v. 25. Juli Art. 41 bis 44) 280.

Wagweiler (Rheinprovinz), Amtsgerichtsbezirk Wagweiler gehört zum gemeinschaftlichen Auerberger Gericht Prüm (B. v. 15. Aug. IV Nr. 5) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov.) 414.

Wege (Wegbauten).

A. Allgemeines.

Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912 (B. v. 17. März Art. V) 44.

B. Einzelne Chausseen, Straßen, Wege:

I. Provinz Ostpreußen.

1. Gemeinde Neufreudental, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau des

Wege (Fortf.)

Sandwegs von Neufreudental nach Soltmahren zur Riesstraße (St. M. E. v. 6. Febr.) 66 Nr. 2.

II. Provinz Oberschlesien.

2. Kreis Neustadt, Verleihung des Enteignungsrechts für den Bau einer Chaussee vom Bahnhof Langenbrück zum Stauteich an der Bischofsmühle bei Oberlangenbrück (St. M. E. v. 20. Sept.) 380 Nr. 1.
3. Gemeinde Schmitsch, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau eines in dem nordwestlichen Teile der Ortslage zwischen dem Wiesenweg und der Pflüchnitzer Straße verlaufenden Feldwegs (St. M. E. v. 6. Mai) 194 Nr. 5.
4. Gemeinde Tworog, Verleihung des Enteignungsrechts für die Anlegung eines öffentlichen Weges (St. M. E. v. 15. Juni) 246 Nr. 2.

III. Provinz Sachsen.

5. Kreis Bitterfeld, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau der Kreisstraße Bitterfeld-Düben (St. M. E. v. 18. April) 194 Nr. 3.
6. Stadtgemeinde Weißenfels, Verleihung des Enteignungsrechts für Begrädigung der Chaussee von Weißenfels nach Leipzig zwischen km 1,6 und 1,8 (St. M. E. v. 2. Sept.) 370 Nr. 5.

IV. Provinz Hannover.

7. Kreis Bersenbrück, Verleihung des Enteignungsrechts für den Straßendurchbruch im Flecken Börden (St. M. E. v. 7. Juni) 369 Nr. 2.
8. Provinz Hannover, Verleihung des Enteignungsrechts für den landstraßenmäßigen Ausbau der im Zuge einer geplanten Straße durch das Große Moor von Börden bis Hunteburg belegenen Wegestrecke von Börden über die Siedlung Campemoor (St. M. E. v. 29. April) 369 Nr. 1.

V. Provinz Westfalen.

9. Gemeinde Datteln, Verleihung des Enteignungsrechts a) für den chausseemäßigen Ausbau einer bei km 3,2 der Kreisstraße Datteln-Sidingmühle abzweigenden Verbindungsstraße zwischen den Bauerschaften Klostern und Bochum (St. M. E. v. 10. Okt.) 399 Nr. 2; b) für den chausseemäßigen Ausbau der Straße Der-Erkenschwick-Ohsen (St. M. E. v. 10. Okt.) 399 Nr. 3.
10. Gemeinde Deilinghofen, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau der f. g. Pastoratsgasse (St. M. E. v. 13. März) 156 Nr. 2).
11. Stadt Haltern, Verleihung des Enteignungsrechts für den chausseemäßigen Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen

Wege (Fortf.)

den Provinzialstraßen Münster—Wesel und Haltern—Recklinghausen (St. M. E. v. 15. Nov.) 425 Nr. 8.

12. Gemeinde Kirchspiel Haltern, Verleihung des Enteignungsrechts für den chausseemäßigen Ausbau der Verbindungsstraße Flaesheim—Westrup—Sythen (St. M. E. v. 1. Juni) 215 Nr. 2.
13. Stadt Lübbecke, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau der Umgehungsstraße Ost—WestzwischenMindener- und Bahnhofstraße (Fernverkehrsstraße 65) in Lübbecke (St. M. E. v. 1. Juni) 235 Nr. 5.
14. Gemeinde Neubeckum, Verleihung des Enteignungsrechts für den chausseemäßigen Ausbau einer in Verlängerung der Brockstraße herzustellenden Verbindungsstraße zur Straße nach Warendorf (St. M. E. v. 31. Okt.) 406 Nr. 2.
15. Ruhrtalesperrenverein, Verleihung des Enteignungsrechts für die aus Anlaß des Baues der neuen Veretalssperre im Kreise Altena erforderliche Verlegung der Kreisstraße im Veretal (St. M. E. v. 1. Juni) 235 Nr. 6.
16. Gemeinde Kirchspiel Schöppingen, Verleihung des Enteignungsrechts für den chausseemäßigen Ausbau der Reststrecke der Straße Schöppingen—Darfeld (St. M. E. v. 1. Juni) 215 Nr. 1.
17. Gemeinde Spenge, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen der Kreisstraße Enger—Spenge und der Kreisstraße Bielefeld—Spenge—Hückekreuz—Bünde (St. M. E. v. 31. Jan.) 66 Nr. 1.

VI. Provinz Hessen-Nassau.

18. Gemeinde Kiedrich, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau von Weinbergswegen in der Gemarkung Kiedrich (St. M. E. v. 14. Febr.) 66 Nr. 4.
19. Gemeinde Winkel, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau von drei Weinbergswegen in der Feldlage „Im Hellersberg“ in der Gemarkung Winkel (St. M. E. v. 14. Febr.) 66 Nr. 5.

VII. Rheinprovinz.

20. Gemeinde Berglicht, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau der Provinzialstraße Dhron—Thalfang (Dhrontalstraße) (St. M. E. v. 5. Okt.) 424 Nr. 2.
21. Restkreis Merzig-Wadern, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau der Provinzialstraße Nunkirchen—Wadern innerhalb der Gemarkung Nunkirchen (St. M. E. v. 17. Juli) 320 Nr. 4.
22. Landkreis Saarburg, Verleihung des Enteignungsrechts: a) für den Ausbau der Obermoselstraße in der Gemarkung Wehr (St. M. E. v. 8. Mai) 235 Nr. 1; b) für den Ausbau der Obermoselstraße in den Gemarkungen

Wege (Fortf.)

kungen Helfant und Wincheringen (St. M. G. v. 1. Juni) 235 Nr. 7.

23. Gemeinde Winnekendonk, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau der Verbandsstraße D IIa (St. M. G. v. 26. Okt.) 425 Nr. 5.

24. Gemeinde Wolf, Verleihung des Enteignungsrechts für den Ausbau eines Weinbergswegs (St. M. G. v. 21. Aug.) 357 Nr. 2.

Wehr (Rheinprovinz), f. Wege B. 22a.

Wein, Übertragung der Bestellung von Weinkontrolloren auf den Oberpräsidenten (B. v. 30. März § 4 Nr. 16) 85.

Weinbau, Eintragung des Besitzes in die Erbhöfe-rolle (G. v. 15. Mai § 22a) 171. (B. v. 24. Aug. Art. 4, II Nr. 44) 322.

Weißenfels (Sachsen), f. Wege B. 6.

Welzow N.-Z. (Niederschlesien), Braunkohlenwerke und Brikettfabriken „Eintracht“ daselbst, f. Eintracht.

Werb (Westfalen), Zulegung des Amtsgerichts Werb zu dem Landgericht Arnsherg (G. v. 13. Sept.) 351.

Wermelskirchen (Rheinprovinz), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Remscheid-Lennep und Wermelskirchen bei dem Amtsgericht in Wermelskirchen (B. v. 15. Aug. III Nr. 2) 314. — Aufgehoben (B. v. 18. Nov. IV Nr. 2) 415.

Wesermünde (Hannover), Bereitstellung von Geldmitteln zum Ausbau des Fischereihafens Wesermünde (G. v. 26. April § 3 Buchst. d) 120.

Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Mttingengesellschaft Chemische Fabriken in Berlin, Verleihung des Enteignungsrechts für den Bau einer 15000-Volt-Leitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen den Werken Coswig und Reinsdorf (St. M. G. v. 16. Febr.) 92 Nr. 2.

Westfälische Ferngas A.-G. in Dortmund, Verleihung des Enteignungsrechts für den Bau einer Gasfernleitung von der Hardtstraße in Werdohl durch die Amtsbezirke Werdohl und Lüdenscheid des Kreises Altena bis zum Stahlwerk Plate in Brüninghausen (St. M. G. v. 16. Okt.) 425 Nr. 4.

Westfalen (Provinz), Aufhebung des Gesetzes, betr. das Anerbenrecht bei Landgütern in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg, Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr, vom 2. Juli 1898 (G. v. 15. Mai § 56 Nr. 2 Ziffer 6) 178. — f. Erbhofrecht.

Aufhebung der Exekutionsverordnung für Westfalen vom 30. Juni 1845 (G. v. 12. Juli § 5 Nr. 5) 254.

Aufhebung der Polizeiverordnung für das Herzogtum Westfalen über das Halten von Tauben aus dem Jahre 1732 und des Erneuernten Verbots der Taubenflucht gegen Unberechtigte vom 17. September 1756 (B. v. 4. März § 3 Nr. 3, 9) 64.

Abänderung der Verordnung über die Erhebung der Beiträge zur Landwirtschaftskammer

Westfalen (Fortf.)

für die Provinz Westfalen vom 24. August 1931 (B. v. 8. März) 63.

Übertragung des Rechtes zum Ausbau der Ems oberhalb von Schöneflieth an den Provinzialverband Westfalen (B. v. 7. April) 109.

Westfälischer Sparkassen- und Giroverband, f. Sparkassen.

Westharz, Beschränkung des Kredits des Westharztalesperrengesetzes — Beihilfen an die Provinz Hannover zur Errichtung von Talsperren im Sösetal usw. und zur Förderung der allgemeinen Landesmelioration — vom 28. März 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 27) 120.

Westpreußen (früher Provinz), Angleichung der Schulverwaltung in dem Restgebiete der früheren Provinzen Westpreußen und Posen (G. v. 4. Okt.) 365.

Westrup (Westfalen), f. Wege B. 12.

Wetter a. Ruhr (Westfalen), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

Wezlar (Hessen-Nassau), Auflösung der Amtsvertretungen der Ämter im Landkreise Wezlar (B. v. 8. Febr.) 30 Ziffer 2.

Eingliederung des Kreises Wezlar in die Diözese Limburg (Bef. v. 11. Okt.) 373.

Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 V 2) 349.

Wenhers (Hessen-Nassau), Verlegung des Amtsgerichts Wenhers nach Gersfeld (G. v. 24. Mai) 190.

Wiedenbrück (Westfalen), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (G. v. 29. Aug. § 3) 319.

Wiederaufnahme des Verfahrens in Landeskultursprachfachen vor dem Provinzialrate (Landeskulturabteilung) und dem Oberverwaltungsgerichte (Landeskultursenat) (B. v. 29. März § 7) 80.

Wiehl (Rheinprovinz), Änderung des Amtsgerichtsbezirkes (B. v. 15. Sept. § 7 VI 4) 349.

Wiesmoor (Ostfriesland), Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Förderung des Gemüsebaues im staatlichen Wiesmoor vom 16. April 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 4) 118.

Wild, Ergänzung der Vorschriften über den Verkehr mit jagdbaren Tieren (Wildhandelsbuch) (B. v. 10. März § 8) 74.

Wildenten, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 12) 78. — Jagd zur Nachtzeit (das. § 3) 73.

Wildgänse, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 12) 78. — Jagd zur Nachtzeit (das. § 3) 73.

Wildkatze gehört zu den geschützten Tierarten (B. v. 10. März § 1 I 7) 71.

Wildtauben, Jagdzeiten (B. v. 10. März Anl. Ziffer 10) 78.

f. Tauben.

Wilhelmshaven (Hannover), Amtsgerichtsbezirk Wilhelmshaven gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Wittmund (B. v. 18. Nov. III Nr. 1) 415.

Wincheringen (Rheinprovinz), f. Wege B. 22b.

- Winden** (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Ufingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.
- Windröschen**, großes, gehört zu den geschützten Pflanzenarten (B. v. 10. März § 1 Abs. 2 Nr. 16) 72.
- Winkel** (Hessen-Nassau), f. Wege B. 19.
- Winnelendouf** (Rheinprovinz), f. Wege B. 23.
- Winzig** (Niederschlesien), Änderung des Amtsgerichtsbezirk (B. v. 15. Sept. § 7 I 10) 348.
- Wissen** (Rheinprovinz), Zuteilung des Amtsgerichts Wissen zu dem Landgericht Siegen (G. v. 23. Juni § 2) 221.
Amtsgerichtsbezirk Wissen gehört zum gemeinschaftlichen Anerbengericht Altenkirchen (B. v. 18. Nov. V Nr. 6) 415.
- Wittenberge** (Brandenburg), Wittenberge-Perleberger Eisenbahn, f. Eisenbahnen Nr. 9.
- Wittmund** (Hannover), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für die Bezirke der Amtsgerichte Wittmund und Wilhelmshaven bei dem Amtsgerichte Wittmund (B. v. 18. Nov. III Nr. 1) 415.
- Wohnsiedlungsgebiete**, Erste Verordnung über Wohnsiedlungsgebiete (B. v. 4. Nov.) 394.
- Wohnungsbau**, Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Vermehrung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen nebst Zubehör auf den Domänen vom 25. Juli 1930 (G. v. 26. April § 2 Nr. 5) 118.
Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen vom 17. Februar 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 16) 119.
Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens vom 27. Juli 1927 (G. v. 26. April § 2 Nr. 25) 120. — Änderung des Gesetzes vom 27. Juli 1927 (das. § 9) 122.
Zins- und Tilgungsbeträge usw. für Darlehen des Reiches usw. zur Förderung der Bautätigkeit unterliegen der Vertreibung im Verwaltungs-zwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 1 Abs. 1 Nr. 4d) 252.
Zuständigkeit des Oberpräsidenten für die Wahrnehmung der Rechte des Staates bei den provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften (Heimstätten) und Siedlungsgesellschaften (B. v. 30. März § 3 Nr. 1c) 84.
Durchführung des Reichsgesetzes zur Sicherung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 14. Juli 1933 (B. v. 1. Aug.) 292.
Kostenwesen im Verfahren zur Regelung der Auszahlung gekündigter Geschäftsguthaben bei gemeinnützigen Baugenossenschaften (B. v. 15. Aug.) 314.
- Wohnungswesen**, Neunte Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft (v. 29. März) 90. — Zehnte Verordnung (v. 22. Mai) 193.
- Wolf** (Rheinprovinz), f. Wege B. 24.
- Wüstems** (Hessen-Nassau), Wiedereingliederung der Landgemeinde in den Landkreis Ufingen (G. v. 17. Juli Kap. I § 10) 262.
- Wunstorf** (Hannover), Eingliederung eines Teiles der Landgemeinde Haste in die Stadtgemeinde Wunstorf (G. v. 28. Okt.) 391.
- Wupper** (Fluß), Änderung des Wuppergesetzes vom 8. Januar 1930 (G. v. 25. Juli Art. 62 Buchst. g) 283.

3

Zentralgenossenschaftskasse, Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Lande Preußen über die Regelung der Beteiligungen an der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse vom 21. Oktober 1932 (B. v. 18. März § 24) 57.

Aufhebung der noch geltenden Vorschriften:

1. des Gesetzes über die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits vom 31. Juli 1895 in der Fassung, die sich aus der Bekanntmachung vom 8. März 1924 und den Gesetzen vom 12. Dezember 1927 und vom 28. April 1928 ergibt;
2. des Gesetzes vom 8. Juni 1896 zur Ergänzung des in Nr. 1 bezeichneten Gesetzes vom 31. Juli 1895;
3. des Gesetzes wegen Erhöhung des Grundkapitals der Preussischen Central-Genossenschaftskasse vom 20. April 1898;
4. des Abänderungsgesetzes vom 13. Juli 1909 zu dem in Nr. 1 bezeichneten Gesetze vom 31. Juli 1895;
5. des Abänderungsgesetzes vom 5. September 1918 zu dem in Nr. 1 bezeichneten Gesetze vom 31. Juli 1895;
6. des Abänderungsgesetzes vom 12. August 1922 zu dem in Nr. 1 bezeichneten Gesetze vom 31. Juli 1895;
7. des Abänderungsgesetzes vom 25. Juli 1923 zu dem in Nr. 1 bezeichneten Gesetze vom 31. Juli 1895;
8. der Verordnung vom 18. Januar 1924 zur Abänderung des in Nr. 1 bezeichneten Gesetzes vom 31. Juli 1895;
9. der Verordnung über den Ausschuss der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse vom 7. Mai 1924 in der Fassung, die sich aus den Verordnungen vom 28. April 1928 und vom 6. Februar 1931 ergibt;
10. des Gesetzes vom 12. Dezember 1927 zur Änderung des in Nr. 1 bezeichneten Gesetzes vom 31. Juli 1895 und zur Erhöhung der Stammeinlage des Staates bei der Anstalt;
11. des Artikels I des Gesetzes über die Preussische Zentralgenossenschaftskasse und über eine Erhöhung der Stammeinlage des Preussischen Staates vom 28. April 1928;

Zentralgenossenschaftskasse (Fortf.)

12. der Verordnung über die Rechtsverhältnisse der Beamten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse vom 2. August 1899;
 13. des Artikels II des Gesetzes über die Preussische Zentralgenossenschaftskasse und über eine Erhöhung der Stammeinlage des Preussischen Staates vom 28. April 1928;
 14. der Verordnung über die Dienstbezüge der Beamten der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse vom 26. März 1930 (R. v. 18. März § 25) 57.

Bereitstellung von Geldmitteln zur Durchführung des Abkommens über die Regelung der Beteiligungen an der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse vom 21. Oktober 1932 zur Beteiligung des Staates an der Reichsgenossenschaftshilfe (G. v. 26. April § 4 Buchst. b) 121.

Beschränkung des Kredits des Gesetzes über die Preussische Zentralgenossenschaftskasse und über eine Erhöhung der Stammeinlage des Preussischen Staates vom 28. April 1928 (G. v. 26. April § 2 Nr. 30) 120.

Zentrallandschaft für die Preussischen Staaten, s. Landschaften II 1.

Ziegenhain (Hessen-Nassau), Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde für die Sicherstellung der Wasserversorgung der Stadt (St. M. G. v. 31. Mai) 240 Nr. 1.

Zinsfuß, Herabsetzung der Zinssätze im Pfandleihgewerbe (R. v. 24. Okt.) 392.

Zivilhaft, Vollstreckung der Zivilhaft (G. v. 1. Aug. § 28) 300.
 s. Haft.

Zivilprozessordnung, Aufhebung des § 5 des Ausführungsgesetzes zur Zivilprozessordnung vom 6. Oktober 1899 (G. v. 12. Juli § 5 Nr. 7) 254.

Zollbehörden sind Schlachtsteuerstellen (G. v. 27. Nov. §§ 12, 15) 411.

Zollzuwiderhandlungen, Übertragung der Ausübung des Gnadenrechts bei Zuwiderhandlungen gegen Zoll- und Steuerbestimmungen (G. v. 1. Aug. § 45 Abs. 2a) 303.

Zoologische Handlungen, Inhaber müssen über die Herkunft der Tiere usw. geschützter Arten ein Verzeichnis führen (R. v. 10. März § 9) 75.

Zossen (Brandenburg), Bildung eines gemeinschaftlichen Anerbengerichts für den Bezirk des Amtsgerichts Zossen und für die Landgemeinden Blankenfelde, Dahlewitz, Glasow, Mahlow und Zühnsdorf aus dem Amtsgerichtsbezirke Tempelhof bei dem Amtsgerichte Zossen (R. v. 18. Nov. I Nr. 2) 414.

Zschipkau (Brandenburg), Zschipkau-Finsterwalder Eisenbahn, s. Eisenbahnen Nr. 10.

Zuchthaus, Vollstreckung der Zuchthausstrafe (G. v. 1. Aug. § 24) 299. — Gnadenrecht (daf. §§ 41 bis 70) 302.

Zu Zuchthaus Verurteilte scheiden als Erben bei häuerlichen Erbhöfen aus (G. v. 15. Mai § 12 Abs. 4) 168.

Zusammenlegung, Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Zusammenlegungssachen (R. v. 29. März § 9 Abs. 2 Buchst. d, h, Abs. 3) 81.

Verträge über die Durchführung der Grundstückszusammenlegungen usw. in anderen Staaten durch die preussischen Landeskulturbehörden, s. Landeskulturbehörden.

Zuständigkeit, Aufhebung der §§ 143 bis 145 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (G. v. 15. Dez. § 6) 492. — desgl. der §§ 139, 140 (G. v. 15. Dez. § 24) 488.

Beseitigung der Bezirksausschüsse usw. als Beschlußbehörden (G. v. 15. Dez.) 479.
 s. die einzelnen Behörden.

Zustellungen in dem Verfahren vor dem Provinzialrate (Landeskulturabteilung) und dem Obergericht (Landeskultursenat) in Landeskultursprachachen (R. v. 29. März §§ 2, 6, 8) 79.

Zustellungen im Verwaltungszwangsverfahren (G. v. 12. Juli § 4) 253.

Zwangsmittel zur Durchführung von Anordnungen der Aufsichtsbehörde gegen den Leiter der Gemeinde (Gem. Verf. G. v. 15. Dez. § 65) 440.

Anderung der Vorschriften des Wassergesetzes vom 7. April 1913 über die Zwangsmittel zur Durchführung der Anordnungen des Vorstandes der Wassergenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 18, 19) 276. — desgl. der Deichverwaltungsbehörden (daf. Art. 33 bis 35, 40) 279.

Anderung der Vorschriften des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 über die Zwangsmittel zur Durchführung der Anordnungen des Vorstandes der Fischereigenossenschaften (G. v. 25. Juli Art. 66, 67) 284.

Zwangsversteigerung, Änderung des Art. 10 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (G. v. 15. Sept.) 352.

Zwangsverwaltung, Änderung des Art. 10 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (G. v. 15. Sept.) 352.

s. Sequestration.

Zweckverbände, Haushaltsführung der Zweckverbände (Gem. Fin. G. v. 15. Dez. § 143) 471.

Feuerlöschverbände von Gemeinden haben die Stellung eines Zweckverbandes (G. v. 15. Dez. § 16) 487.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesefsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1.— RM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden.

Preis für den achteifigen Bogen oder den Bogenanteil 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. H. Preisermäßigung.